

**Für ein rauchfreies Leben:**

**Gratis-SMS für tabakfrei.at**

Sozialversicherung leistet Nicht-raucher-Aufklärung für Jugendliche 17

**Kommentar von Lisa Langbein:**

**Zum Überleben?**

Mindestsicherung nur als Ersatz für komplette Mittellosigkeit: Trauerspiel 29

**Kommunikationselektronik:**

**Eltern machen Kinder dumm**

Sie wollen ihren Kindern nicht nachhaltig schaden, aber ...

44

# Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 5 | Mai 2007 | 61. Jahrgang | € 2,- | [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Stand April 2007:**

**Der Aufbau des ÖGB**

Seite 18

**ÖGB-Reform:**

**Mitglieder betreuen**

Seite 20

**Diskussion:**

**Klimawandel**

Seite 22

**Budgets 2007 und 2008:**

**Kurs stimmt,  
aber ...**

Seite 30

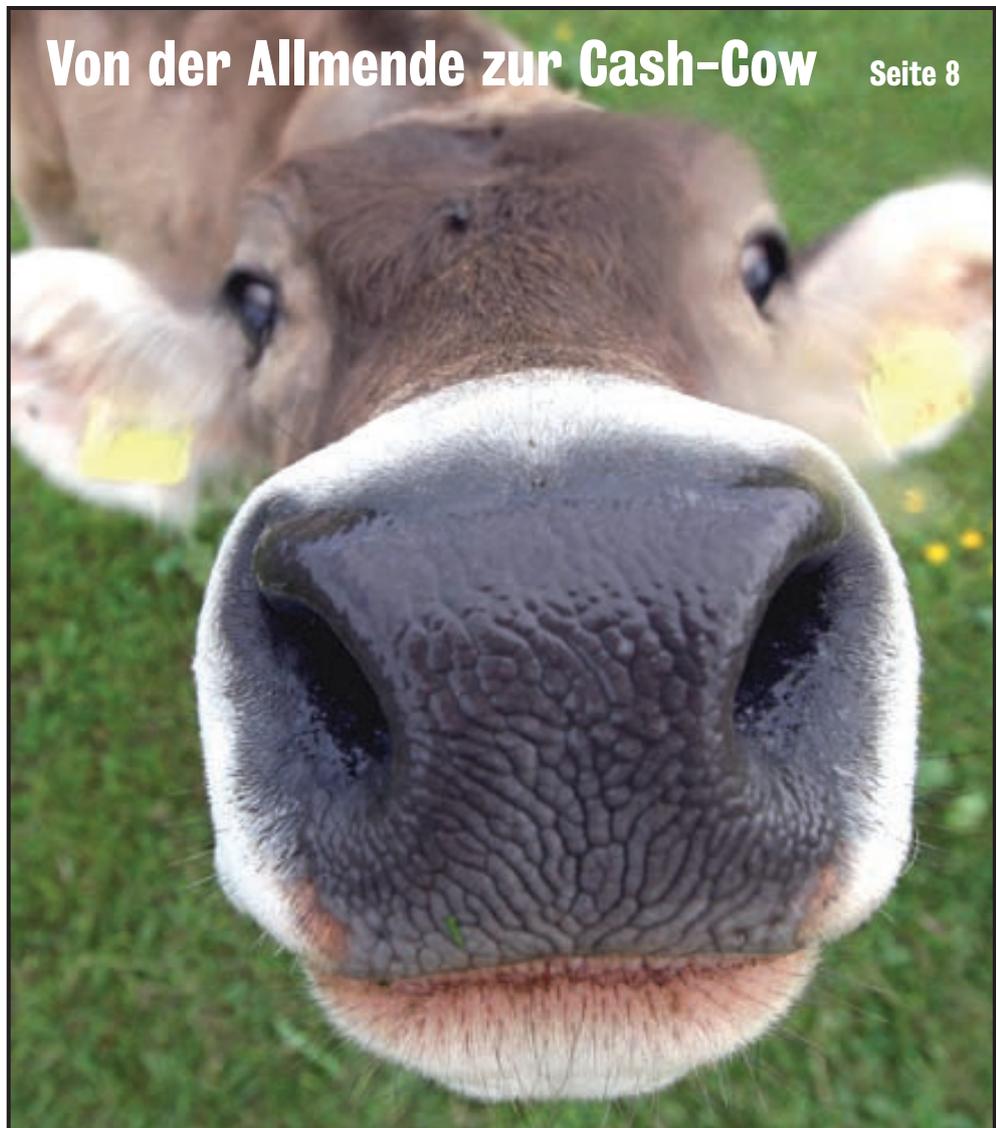
**Prozentrechnungen  
und Irreführungen:**

**Rasenmäher und  
Wahlergebnisse**

Seite 40

**Von der Allmende zur Cash-Cow**

Seite 8



## Schwerpunkt:

### Von der Allmende zur Cash-Cow

8

Staatsmetamorphose im Neoliberalismus – Das staatliche Schönheitsideal ist im Lauf der Geschichte einem ähnlichen Wandel unterworfen wie das Schönheitsideal des Menschen: Mal ist mollig schön, dann wieder schlank und rank. Und mitunter kann sogar ein gesundheitsschädliches Ideal – die Magersucht – zum ästhetischen Optimum werden.

## Hintergrund:

### Der Aufbau des ÖGB

18

Stand April 2007

### ÖGB-Reform: Mitglieder flächendeckend betreuen

20

Ein Jahr nach der BAWAG-Krise ist die ÖGB-Reform in vollem Gang.

### Diskussion: Klimawandel

22

Ob UNO-Klima-Bewertungsbericht, britischer »Stern-Report« über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels oder EU-Klimastrategie, einhelliger Befund: Das Klima wandelt sich, mit einem folgenschweren globalen Temperaturanstieg ist zu rechnen. Wandelt sich aber auch die entsprechende Politik?

### Budgets 2007 und 2008: Kurs stimmt, aber Mehrbedarf in wichtigen Zukunftsbereichen

30

Die Regierung legte ihr erstes Budget vor. Es ist gleich ein Doppelbudget für 2007 und 2008 geworden. Eine erste Analyse der AK zeigt: Die Grundrichtung für mehr Wachstum und Beschäftigung stimmt. Allerdings gibt es nach wie vor zu wenig Mittel für die wichtigen Zukunftsbereiche.

### Von Rasenmähern, Basisjahren und Wahlergebnissen

40

Dem geübten Statistiker fällt es oft nicht schwer, durch Zahlenspiele bestimmte Eindrücke zu erwecken. Prozentrechnungen eignen sich bestens zu Irreführungen.



8



22



40

## Meinung

- 4 | Standpunkt: Das gilt es zu verhindern!
- 5 | Leserforum
- 29 | Kommentar: Zum Überleben?

## Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | AK-Wettbewerbsbericht:  
Wann und wozu strategisches Eigentum?
- 6 | 60 Jahre Betriebsrätegesetz:  
Mitbestimmungsrechte ausweiten
- 7 | Großpackungen:  
Größer bedeutet nicht immer billiger
- 7 | www.betriebsraete.at: Das Service-Portal
- 7 | Überstunden: Verfallsfristen abschaffen

## Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 39 | Verbraucherpreise

## Internationales

- 33 | EU: Neugründung
- 33 | Zimbabwe: IGB fordert Intervention

## Gesellschaftspolitik

- 17 | Gratis SMS für »tabakfrei.at«
- 28 | Entwicklungspolitik: Spärliche Erhöhung
- 28 | EU: Soziales Gütesiegel
- 28 | Betriebsrats-Spiel: »Fairplay«
- 33 | Help: Für ein rauchfreies Leben.  
Ohne Rauch geht's auch
- 44 | Kinder und Kommunikationselektronik:  
Ohne es zu wollen,  
machen Eltern Kinder »dumm«

## Bücher

- 34 | Ferdinand Lacina, Dionys Lehner, Peter Mitterbauer,  
Andreas Resch: Österreichische Industriegeschichte  
1955–2005. Die ergriffene Chance.



Derzeit sind alle Beiträge im Internet abrufbar, man kann sie von dort zur Vervielfältigung ausdrucken oder an Interessierte versenden  
[www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

## Untaten am Gemeinwohl

Redaktion intern

Unser Beitrag zur »Staatsmetamorphose im Neoliberalismus – Von der Allmende zur Cash-Cow« von Christian Felber ist unserer Ansicht nach eine gute Übersicht über die Untaten am Gemeinwohl im Rahmen des Neoliberalismus. Der Beitrag stammt aus dem empfehlenswerten Buch »Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung«, herausgegeben von Manfred Mugrauer im Rahmen der Schriftenreihe »Quellen und Studien« der Alfred Klahr Gesellschaft. Christian Felber hat seine Ideen noch weiter entwickelt in dem Buch »50 Vor-

schläge für eine gerechtere Welt – Gegen Konzernmacht und Kapitalismus«, mit dem wir uns im nächsten Heft beschäftigen wollen. Hier nur ein Zitat zur Anregung: »... StaatsbürgerInnenrechte werden durch Liberalisierung und Privatisierung zu Konsumgütern. Privatisierung kommt vom lateinischen »privare« und bedeutet »rauben«. Das trifft es genau: Die Öffentlichkeit wird enteignet ...«

*Wir wünschen Ihnen viele Einsichten bei der Lektüre unserer Beiträge*

*Für das Redaktionskomitee  
Siegfried Sorz*



# Standpunkt

**Siegfried Sorz**  
Chefredakteur



## Dies gilt es zu verhindern!

»Wenn in einer Stadt mit 100.000 Einwohnern nur eine Person arbeitslos ist, dann ist das ihr persönliches Problem, und um ihr zu helfen, müssen wir ihren Charakter, ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten in Betracht ziehen. Wenn aber in einem Volk von 50 Millionen Beschäftigten 15 Millionen arbeitslos sind, dann bezeichnen wir das als allgemeines Geschehen, und wir wissen, dass wir eine Lösung niemals im Rahmen der Möglichkeiten jedes einzelnen Individuums finden können.«

Das Zitat stammt von dem großen Sozialtheoretiker C. Wright Mills, der auf diese Weise versuchte, zwischen »allgemeinem Geschehen« und »persönlichen Problemen« zu unterscheiden.<sup>1)</sup> Diese klassische Fragestellung ist nach wie vor aktuell. Versuchen wir doch, sie für unsere heutige Situation hier in unserem Land zu betrachten. Sie können jetzt auf Seite 39 dieses Heftes blättern, auf unsere »Statistiken-sind-Argumente«-Seite. Haben Sie's? Ja, da steht, im März 2007 gab es 237.715 vorgemerkte Arbeitslose.

Leider scheint in unserer Statistik nicht auf, wie viel gemeldete Arbeitslose in Schulungsmaßnahmen des AMS waren, aber ich habe diese Zahl: Es waren im März 2007 59.085 Personen, die geschult wurden und deswegen in der offiziellen Statistik nicht aufscheinen. Wenn wir diese beiden Zahlen nun zusammenzählen, sind wir auf rund 300.000.

Dazu gibt es noch einige andere Gruppen von Menschen, die nicht aufscheinen, neben den SchulungsteilnehmerInnen ein Teil der PensionsvorschussbezieherInnen, Arbeitslose im Krankenstand oder mit Bezugssperre, Lehrstellensuchende und

ÜbergangsgeldbezieherInnen müssen zu den Arbeitslosen dazugezählt werden. Daneben gibt es noch einige Gruppen, die Arbeit suchen und in der Statistik nicht erfasst sind: nicht arbeitslos gemeldete WiedereinsteigerInnen, Schul- und UniversitätsabsolventInnen, sogenannte Scheinselbständige, Personen mit Kurzzeitdienstverhältnissen, nicht arbeitslosenversicherte geringfügig Beschäftigte, SozialhilfebezieherInnen, usw.

Kritiker der Statistiken in unserem Nachbarland Deutschland führen zum Beispiel an, dass man diese Zahlen mit gutem Gewissen verdoppeln könnte, wenn man versuchte, jene, die bereits resigniert haben und die nicht mehr »arbeitslos« gemeldet sind, die nur von den Eltern oder dem Lebenspartner miterhalten werden usw., zu berücksichtigen.

Nach Berechnungen meines Freundes Christian Winkler von der bischöflichen Arbeitslosenstiftung in Linz war »jede/r vierte Beschäftigte in Österreich im Jahr 2005 von Arbeitslosigkeit betroffen, 801.521 Menschen mussten diese Erfahrung machen. Einige kommen mit dieser Situation zurecht, viele aber erleben eine Krise. Neben den materiellen Sorgen, die mit dem unregelmäßigen Einkommen verbunden sind, gerät oftmals die Psyche in Gefahr. Sinkendes Selbstbewusstsein ist das häufigste Zeichen. Viele Betroffene schildern, dass sie alles unternommen haben was ihnen möglich ist, um einen passenden Arbeitsplatz zu bekommen. Doch derzeit sind ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sehr schlecht, es fehlen die Arbeitsplätze.

Das Problem Arbeitslosigkeit wird sichtbar an der Zahl der arbeitslosen Menschen. Die Lösung dieses Problems liegt aber in der Schaffung zusätzlicher men-

schengerechter Arbeitsplätze«. Arbeitslosigkeit kann also jeden und jede treffen, die ist ein gesellschaftliches Problem und nicht nur das individuelle des (oder der) einzelnen Arbeitslosen.

Was geschieht jetzt in unserer Gemeinschaft, in diesem unserem Staat und unserer Gesellschaft? Da wird jetzt verlangt, den Arbeitsmarkt für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen. Bürgerliche Kommentatoren schreiben von der »Verlogenheit der Abschottung«, die gegen jeden Anstand« sei usw. Die kürzlich erfolgte Öffnung des Arbeitsmarktes für 800 Schweißer und Fräser aus Osteuropa ist dafür ein Beispiel. Wie wir heute sehr genau wissen, entstand dieser Bedarf künstlich durch überhöhte Bedarfsmeldungen vor allem im Bereich von Leiharbeitsfirmen. Zitat:

*Betreff: Ostöffnung/Projekt Schweißer, Dreher und Fräser*

*Sehr geehrte Damen und Herren, nach langen Verhandlungen können nun doch erste Schritte zugunsten des Projektes »Schlosser und Schweißer aus Osteuropa« gesetzt werden:*

*1. Die Mitgliedsbetriebe sind eingeladen, ihren Bedarf an »Schlossern und Schweißern« kurzfristig, sehr vollständig und unter Bedachtnahme auf einen weiten Einsatzhorizont im innerbetrieblichen Geschehen an das lokal zuständige AMS zu melden ...*

»Anscheinend«, heißt es dazu in einem Kommentar, »anscheinend wird immer wieder vergessen, dass jeder arbeitslose Mensch von den Erwerbstätigen unserer Gesellschaft solidarisch mitfinanziert wird, oder gilt dies nur für unselbständige Arbeitnehmer und nicht für Unternehmer?

Macht dieses Beispiel Schule, kommen wir in den Zustand einer Zweiklassenarbeitnehmerschaft ohne Solidarität und Zusammenhalt, dem reinen Diktat der Dienstgeber ausgeliefert: Dies gilt es zu verhindern!«

So viel möchte ich zum Tag der Arbeitslosen und zum Tag der Arbeit sagen.

<sup>1)</sup> Zitiert nach Geert Mak: »Der Mord an Theo van Gogh. Geschichte einer moralischen Panik«, edition suhrkamp 2463, Frankfurt 2005

# Arbeit&Wirtschaft } – Leserforum

Arbeit&Wirtschaft-Leser interessieren sich für Hintergründe aus Wirtschaft, Gesellschaft, Arbeit. Bei der Arbeit wollen sie wissen, warum die Nehmer und die Geber wollen, was sie fordern, und – was die Experten dazu sagen. Für diese interessierten Leserinnen und Leser ist dieses Forum eine Plattform. Alle können hier zu Wort kommen. Vor allem, nachdem unser ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer eine tabulose Diskussion verlangt hat. Die einzige Einschränkung ist – der Platz. Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Laurenzerberg 2, 1010 Wien, Fax: 01 534 44-595

## Grundsätze

**Betrifft den Beitrag »Nach der Wahl ist vor der Wahl?« Kommentar von Barbara Blaha in Heft 2/2007 auf Seite 40**

Die SPÖ hat sich noch nie von ihren Grundsätzen verabschiedet.

Österreich wurde vom 28. 1. 2000 bis zum 10. 1. 2007 von einer Regierung beherrscht, wo wie erwähnt nicht einmal die Stipendien an der Inflation angepasst wurden. Und jetzt soll alles gleich, sofort erledigt werden! Wo waren Sie und Ihresgleichen in all den Jahren?

*Robert Sigl  
Mitglied des ÖGB seit 1957, Mitglied  
der SPÖ seit 1960*

### Antwort der Redaktion:

Werter Kollege Sigl!

Falls Sie mit der Frage »Wo waren Sie und Ihresgleichen in all den Jahren« uns meinen, so kann ich nur beteuern: Wir waren hier. Die Kollegin Barbara Blaha war sicher auch nicht abwesend. Grundsätzlich kann ich Ihnen nur erklären, dass der ÖGB überparteilich ist. Wir sind aber parteiisch auf Seiten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ob jemand Mitglied bei welcher Partei ist oder ob er ausgetreten ist oder ab seine Mitgliedsbeiträge ruhen, interessiert uns eigentlich nicht. Persönlich gehöre ich übrigens auch Ihrer Partei an, ich sehe die sehr sachlichen Argumente von Kollegin Blaha aber mit Wohlwollen und bin der Meinung, dass der freie Zugang zur Bildung ein Leitwert unserer Demokratie ist.

Die Gewerkschaftsbewegung beurteilt Regierung und Parteien nur danach, was sie für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun bereit sind.

*Mit freundlichen Grüßen  
Siegfried Sorz*



Abdruck mit freundlicher Genehmigung aus der Jugendzeitschrift des ÖGB »hallo!« 2/07

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Laurenzberg 2, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,  
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: [karin.stieber@oegbverlag.at](mailto:karin.stieber@oegbverlag.at)

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Andreas Gjecaj, Thomas Fessler, Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Johannes Richarz, Alexander Schneider, Siegfried Sorz, Barbara Teiber, Erik Türk

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Kai Biehl, Astrid Fadler, Christian Felber, Wilfried Leisch, Karl Kollmann, Thomas G. Lachs, Lisa Langbein, Michael Mesch, Gabriele Müller, Eva Maria Nesvadba, Thomas Plabmann, Reinhold Russinger, Christa Schlager, Tobias Schweitzer

**Gestaltung:**

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);  
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer  
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: [Renate.Wimmer@oegbverlag.at](mailto:Renate.Wimmer@oegbverlag.at),  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:**

Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien**Herstellungsort:** Wien**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Leserschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**AK-Wettbewerbsbericht:**

# Wann und wozu strategisches Eigentum?

**Der aktuelle AK-Wettbewerbsbericht »Märkte – Wettbewerb – Regulierung« widmet sich der aktuellen Industriepolitik und der Frage des strategischen Eigentums.**

In den letzten Jahren wurden erhebliche Teile der österreichischen Industrie privatisiert. In den letzten Monaten zog auch »Heuschreckenkapitalisten« in den Wortschatz und in die wirtschaftliche Realität Österreichs ein. Wie soll eine geeignete Industriepolitik im Interesse der Arbeitnehmer ausschauen? Für die AK ist klar: »Wichtige Industriebetriebe können nur im Land gehalten werden, wenn sich ein strategischer Eigentümer dazu bereit erklärt, nicht nur auf Gewinn, sondern auch auf die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens, seines Standortes und seiner Beschäftigten zu achten.« Wodurch soll sich ein strategischer Eigen-

tümer auszeichnen? Die AK hat dazu einige Kriterien entwickelt, z. B.: Versorgungssicherheit, Leistbarkeit, Arbeitsplätze, Beitrag zum BIP, gehen aus dem Unternehmen Dividenden an die öffentliche Hand, Wachstums- und Innovationspotenzial, Beschäftigungssicherung oder Milderung von Strukturumbrüchen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich dabei um einen privaten oder öffentlichen Eigentümer handelt. »In der Realität ist anzunehmen, dass private Investoren dieses gesamtheitliche Interesse nicht haben, die Diskussion rund um Böhler zeigt dies ganz deutlich«, so die AK-Experten. *W. L.*

**60 Jahre Betriebsrätegesetz:**

# Mitbestimmungsrechte ausweiten

**60 Jahre ist es her, dass das für die ArbeitnehmerInnen wegweisende Betriebsrätegesetz 1947 in Kraft trat. Aktuell fordert der ÖGB eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte.**

»Das Betriebsrätegesetz war ein Meilenstein, der es den BelegschaftsvertreterInnen ermöglicht hat, ihre reiche praktische Erfahrung in die Führung der Betriebe einzubringen«, so der Leitende Sekretär im ÖGB, Richard Leutner. Die Arbeitswelt hat sich jedoch in den letzten sechs Jahrzehnten gewaltig gewandelt. Leutner: »Der steigende Druck in der Arbeitswelt führt in den Unternehmen zu mehr Konflikten und anderen Rechtsproblemen. In Betrieben mit Betriebsrat werden Konflikte besser gelöst. Betriebsrätinnen und Betriebsräte sind Vermittler und tragen zur Lösung von Problemen bei. Ein Erfolgsmodell, das in vielen Be-

trieben dringend nötig wäre und moderne Unternehmen auszeichnet.« Heute würden aber oft durch Umstrukturierungen, Ausgliederungen usw. die Rechte und die Position von BetriebsrätInnen ausgehöhlt. Gleichzeitig ist für BelegschaftsvertreterInnen noch mehr Fachwissen nötig, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Deshalb fordert der ÖGB einen Betriebsrat pro Standort, auch wenn die Belegschaft arbeitsrechtlich bei verschiedenen Unternehmen beschäftigt ist, sowie eine Verlängerung (von drei auf vier Wochen) und Ausweitung (auch auf ErsatzbetriebsrätInnen) der Bildungsfreistellung. *W. L.*

**Großpackungen:**

# Größer bedeutet nicht immer billiger

**Viele Konsumenten meinen, dass Großpackungen im Verhältnis zu kleinen Packungen billiger kommen. Dass dies nicht stimmt, erhoben die AK-Konsumentenschützer.**

Die AK testete bei Adeg, Interspar, Merkur und Zielpunkt die Preise und Packungsgrößen von 41 Lebensmitteln wie Getränken, Tiefkühlwaren, Milchprodukten oder Schokolade. Das verblüffende Ergebnis: Entgegen der weit verbreiteten Annahme, dass Lebensmittel in Großpackungen bezogen auf den Grundpreis im Vergleich zum jeweiligen Produkt in kleinen Packungen billiger zu erstehen sind, erwies sich als falsch. Vor allem bei Sü-

ßigkeiten, Käse, Joghurt und Getränken könnten Verbraucher bei größeren Packungen im wahrsten Sinne des Wortes draufzahlen. Um ein Drittel bis zu 40 Prozent teurer können Produkte in großen Verpackungen im Verhältnis zu kleinen Packungen sein.

Wichtigster Tipp der AK-Konsumentenschützer: Auf den Grundpreis achten! Das heißt, den Preis pro Liter oder Kilogramm zu betrachten und dann zu ver-

gleichen, welche Packungsgröße billiger kommt. Aber auch bei der Grundpreisangabe selbst gibt es oft schon das Problem, dass diese – normalerweise am Supermarktregal am rechten unteren Rand angeschrieben – schlampig, unvollständig oder gar nicht ausgezeichnet ist. Deshalb fordern die AK-Konsumentenschützer, »dass die Grundpreisauszeichnung in Geschäften deutlich geschrieben ist.« W. L.

[www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at):

## Das Service-Portal

**Zehntausende, direkt von den ArbeitnehmerInnen gewählte BetriebsrätInnen gibt es in Österreich. Das ÖGB-Service-Portal hilft ihnen bei der täglichen Arbeit.**

Das Service-Portal für ArbeitnehmervertreterInnen [www.betriebsraete.at](http://www.betriebsraete.at) bietet auf mehr als 800 Seiten einen umfangreichen Überblick zu allen Arten der ArbeitnehmerInnenvertretung vom Betriebsrat über Jugendvertrauensrat, Behindertenvertrauensperson, Sicherheitsvertrauensperson, Personalvertretung, Zentralbetriebsrat, Konzernvertretung, EU-Betriebsrat, Weiterbildung, Serviceangebote, oft gefragte Themen der prak-

tischen Betriebsarbeit, AnsprechpartnerInnen in der ÖGB-Zentrale, in den Einzelgewerkschaften und auf Bundesländer- und Bezirksebene. Genaueres erfährt man auch über Gründe, Aufgaben und Anforderungen zur Betriebsratsarbeit.

Weiters stehen Folder, Broschüren sowie alle für die Betriebsratswahl erforderlichen Formulare als Download zur Verfügung. Außerdem gibt es die neue Ver-

sion V2.55 des Betriebsratswahlhelfer-Programms online zur Planung und Durchführung einer Wahl. Damit wird das Verfahren der Betriebsratswahl für alle Beteiligten in der Praxis erleichtert. Bis zu 150 Betriebsratswahlen können parallel mit einem Programm abgewickelt werden. Der Terminrechner ist gegenüber der früheren Version nicht nur als Kalender, sondern auch als Liste-Fristenübersicht verfügbar. W. L.

**Überstunden:**

## Verfallsfristen abschaffen

**Viele Arbeitnehmer leisten regelmäßig Überstunden, bekommen diese aber nur schleppend oder gar nicht bezahlt. Fordern sie diese zu spät ein, verfallen diese. Die AK fordert Abhilfe.**

Mehr als 3000 Euro waren die Überstunden wert, die eine Angestellte über mehrere Monate geleistet hat. In einem anderen Fall wurden über Jahre zwar die Überstunden in Zeitausgleich abgegolten, nicht aber die Zuschläge – der Geldwert: 11.000 Euro. In beiden Fällen gab es dafür vom Arbeitgeber kein Geld. Aus Angst um den Arbeitsplatz forderten beide erst als sie kündigten bzw. gekündigt wurden die offenen Überstundenansprü-

che ein. Zu spät! Im geschilderten zweiten Fall erhielt der Kläger vom Arbeitsgericht nur mehr 3.000 Euro zugestanden. Der Großteil des beiden Arbeitnehmern zustehenden Geldes ist den kurzen Verfallsfristen zum Opfer gefallen! »Die kurzen Fristen ermuntern Firmen geradezu, Überstundenentgelte zu vergessen«, kritisiert Johann Kalliauer, Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich die geltende Rechtsprechung:

»Die wenigsten wissen, dass Überstunden nur eine gewisse Zeit lang eingefordert werden können. Die Verfallsfristen müssen per Gesetz abgeschafft werden – und zwar für alle Lohn- und Gehaltsansprüche.« Was im Konsumentenrecht gilt – beim Kauf eines Geräts etwa bekommt man im Schadensfall im Rahmen der Gewährleistung bis zu zwei Jahren sein Geld zurück – muss auch in der Arbeitswelt gelten. W. L.

# Von der Allmende zur Cash-Cow

*Staatsmetamorphose im Neoliberalismus:*

*Das staatliche Schönheitsideal ist im Lauf der Geschichte einem ähnlichen Wandel unterworfen wie das Schönheitsideal des Menschen: mal ist mollig schön, dann wieder schlank und rank. Und mitunter kann sogar ein gesundheitsschädliches Ideal – die Magersucht – zum ästhetischen Optimum werden.*

Autor: Christian Felber

Gründungsmitglied von Attac-Österreich,  
freier Autor und Publizist

Vor über hundert Jahren, im ausgehenden 19. Jahrhundert, war der Staat in der Regel schlank. Im Sinne liberaler Wirtschaftstheorie war er vorrangig für die Garantie innerer und äußerer Sicherheit zuständig. Für diese Kernkompetenz erhielt er den Spitznamen »Nachwächterstaat«. Die Bereitstellung öffentlicher Güter oder Umverteilung spielten eine geringere Rolle. In der Folge war die Armut hoch, auch die Versorgung der Bevölkerung mit Grundgütern funktionierte nicht blendend. So sah sich in Wien zur Jahrhundertwende der konservative Bürgermeister Dr. Karl Lueger gezwungen, sowohl die Straßenbahnen als auch die Energieversorgung zu verstaatlichen. Die Performance der Privaten war schlicht unzumutbar.

Die Preise waren hoch, die Straßenbahnen unpünktlich, überfüllt und verdreckt, und die Arbeitsbedingungen miserabel. Gasexplosionen ließen die Bevölkerung nach mehr Sicherheit in der Energieversorgung sehnen. Sogar die öffentlichen Toilettenanlagen an der Wiener

Ringstraße wurden verstaatlicht, weil die Privaten die Kosten einer ordnungsgemäßen Pflege gescheut hatten.

Zu diesen Erfahrungen mit privater Daseinsvorsorge kam 1929 die Weltwirtschaftskrise, die durch Laissez-faire-Politik ausgelöst wurde. Sie veranlassten John Maynard Keynes, ein Gegenparadigma zum Wirtschaftsliberalismus zu entwickeln: Der Staat solle nicht nur steuernd in die Wirtschaft eingreifen, sondern auch öffentliche Güter bereitstellen und in einem gewissen Ausmaß umverteilen. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen die meisten Industrieländer auf Basis von Keynes' Überlegungen zwei große neue Aufgaben: Den Aufbau der Infrastruktur – von Verkehrs- über Kommunikations- bis zu den Energienetzen – und den Ausbau des Sozialstaates: Gesellschaftliche Risiken wie Unfall, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter sollten gemeinschaftlich versichert werden und nicht von jeder/m selbst getragen werden müssen.<sup>1)</sup> Diese beiden Aufgaben des Staates – Infrastruktur und Sozialversicherung – bildeten die Grundlage des europäischen Wohlfahrtsstaatsmodells, das wiederum die Basis für das Wirtschaftswunder in den Nachkriegsdekaden bildete. Die höchsten Wachstumsraten

1) Die Anfänge der gesetzlichen Sozialversicherung gehen auf 1889 zurück, aber die entscheidende Entwicklung nahm das Sozialversicherungssystem nach dem Zweiten Weltkrieg.

waren historisch zu verzeichnen, als der Sozialstaat dicker wurde.

Auch in der Industrie betätigte sich der Staat als Unternehmer. Das deutsche Wirtschaftswunder gelang mit 600 öffentlichen Unternehmen allein auf Bundesebene. Die Begründungen für öffentliche Industriebeteiligungen waren vielfältig. Zum einen war schlicht kein privates Großkapital nach dem Krieg vorhanden. Zum anderen galt es in Österreich, die Schlüsselindustrien vor dem russischen Zugriff zu retten. Drittens war auch die Anschauung verbreitet, dass der Staat die Kontrolle über die Schlüsselindustrien behalten sollte, um einerseits die Anhäufung von zu großer Macht in privaten Händen zu verhindern und andererseits anstelle des betriebswirtschaftlichen Maximums das »volkswirtschaftliche Optimum« anzustreben. **Am Beispiel der Voest** sei gezeigt, was unter dem volkswirtschaftlichen Optimum verstanden werden kann:

**1.** Die Voest sollte billige Stahlzeugnisse für den Wiederaufbau und die Wirtschaft bereitstellen, zum Teil unter den Weltmarktpreisen.

**2.** Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik. Um in der weltweiten Stahlkrise Massenarbeitslosigkeit zu verhindern, wurden mehr Menschen beschäf-



tigt als zwingend nötig war. Der unrentable Standort Donawitz wurde gehalten, um eine Krisenregion zu vermeiden. Heute ist er wieder profitabel.

**3.** Die Voest bildete mehr Lehrlinge aus als sie selbst benötigte, um der privaten Wirtschaft, vor allem den KMU, die sich dies nicht leisten konnten, qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

**4.** Regelmäßige Investitionen in Forschung & Entwicklung ließen die Voest zum Weltmarktführer aufsteigen. (Die private Industrieforschungsquote ist in Österreich heute Schlusslicht.)

**5.** Der öffentliche »geschützte« Sektor sollte stets eine Vorbildwirkung auf den privaten »ungeschützten« Sektor entfalten, damit sich Entlohnung, soziale Absicherung, Gleichbehandlung der Geschlechter und betriebliche Mitbestimmung übertragen.

Was an diesem Beispiel gezeigt werden soll: Ein Unternehmen kann eine breite Palette von Zielsetzungen verfolgen, die sich betriebswirtschaftlich nicht immer rentieren, die aber volkswirtschaftlich wertvoll und dem Gemeinwohl dienlich sein können. Heute zählen tendenziell nur noch betriebswirtschaftliche Ziele, Gemeinwohlziele werden immer stärker in den Hintergrund gedrängt und als Managementfehler oder gar Misswirtschaft gebrandmarkt.

Dies trifft nicht nur auf Industriebetriebe, sondern noch viel stärker auf öffentliche Dienstleistungen zu. Die Versorgungsbereiche Bildung, Gesundheit, Pensionen, Trinkwasser, Energie, Kommunikation (Post, Telekom, Internet) und Mobilität (öffentlicher Verkehr) wurden gerade deshalb von der öffentlichen Hand übernommen, weil damit gemeinnützige Ziele verfolgt werden sollten und eben nicht nur Gewinn für die Shareholder. **Die wichtigsten gemeinnützigen Aufgaben in der Daseinsvorsorge sind:**

**Universaldienst:** Versorgung aller Menschen, auch jener, die sich die Dienste nicht leisten können oder in peripheren Gebieten wohnen

■ Höchstmögliche Qualität, nicht nur Mindeststandard

■ Versorgungssicherheit (z. B. Strom, Pensionen)

■ Vorbildliche Beschäftigungsbedingungen

■ Weitere demokratische Zielsetzungen, die der Allgemeinheit jeweils wichtig sind, z. B. Umweltschutz, Nahversorgung.

Aus betriebswirtschaftlich-gewinnorientierter Sicht handelt es sich bei diesen Zielen wie angesprochen um Managementfehler. Was dabei herauskommt, wenn man diese Grundversorgungsbereiche dennoch privatisiert und damit auf vorrangig betriebswirtschaftliche Zielsetzungen umstellt, soll eine kurze Beispielsammlung zeigen:

**Trinkwasser:** In Großbritannien stiegen die Wasserpreise seit der Privatisierung um durchschnittlich 46 Prozent – obwohl die privaten Betreiber bis zu zwei Drittel der Beschäftigten abbauten und die Infrastruktur so vernachlässigten, dass Krankheiten wie Hepatitis A und Durchfall grassierten. In Cochabamba (Bolivien) und Tucumán (Argentinien) haben sich die Preise verdoppelt, in Südafrika stiegen sie um 140 Prozent. In Potsdam platzte eine public private partnership (PPP), weil der private Vertragspartner eine mittelfristige Preiserhöhung um 109 Prozent durchsetzen wollte.

**Strom:** Als Kalifornien 1998 den Strommarkt liberalisierte, wurde den BürgerInnen in der Präambel des Gesetzes eine 20-prozentige Preisreduktion in Aussicht gestellt. 2001 folgte ein flächendeckendes Blackout nach dem anderen – fünf Monate lang. Die Versorgung konnte erst durch eine 50-prozentige Preiserhöhung normalisiert werden. In Norwegen stiegen die Strompreise im Winter 2002/03 um 400 Prozent! Die Privaten hatten die Wasserkraftreserven im Sommer zu guten Preisen exportiert, was im niederschlagsarmen Winter zur Preisexplosion führte.

**Gesundheit:** Die solidarische öffentliche Krankenversicherung in Österreich deckt

fast 100 Prozent der Bevölkerung. Die Zufriedenheit mit dem Gesundheitssystem ist – im internationalen Vergleich – sehr hoch. Dieses System kostet die ÖsterreicherInnen acht Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (BIP). In den USA muss sich jeder und jede privat versichern. Das Ergebnis: 16 Prozent der Bevölkerung sind gar nicht krankenversichert, weil sie es sich nicht leisten können. Dennoch kostet das Gesundheitssystem die US-BürgerInnen fast doppelt so viel: 14 Prozent vom BIP.

**Pensionen:** Die gesetzliche Pensionsversicherung in Österreich kostet 1,9 Prozent der Beiträge für die Verwaltung. Die privaten Fonds und Versicherer schneiden weltweit zwischen neun und 35 Prozent vom Beitragskuchen herunter: der Markt ist hier – aufgrund von Marketing-Kosten, Verwaltungsverdopplung und Gewinnstreben der Privaten – zehnmal teurer als der Staat. Hinzu kommt das Finanzmarktrisiko. In Großbritannien wurden Millionen Versicherte aus dem öffentlichen System in private Vorsorgeverträge gelockt. Dort waren sie nach den Börsenverlusten 2000–2002 so schlecht dran, dass der französische Versicherer Axa im Juni 2003 Millionen Privatversicherten die Rückkehr ins staatliche Pensionssystem anriet, falls die Regierung die Vergünstigungen für die Privatvorsorge nicht verbessern sollte.<sup>2)</sup>

**Post:** Seit sich der »Gelbe Riese« für den Börsengang fit macht, ziehen die Preise an: Im Mai 2003 wurden mittelschwere Sendungen um bis zu 30 Prozent teurer. (Urlaubs-)Postfächer, die eigentlich unter das Stichwort »Kundenservice« fallen, verteuerten sich gleich um 1000 Prozent. Das Ganze bei schlechterer Versorgung: Von den 2300 Postämtern in Österreich sperrten in einer ersten Welle 700 zu, zwei Drittel davon ersatzlos, der Rest degenerierte zu »McPost«. Die zweite Welle bedroht 350 Postämter.

**Telekom:** Der bisher einzige Liberalisierungserfolg (gesunkene Preise, höhere Qualität) ist mit großer Vorsicht zu genießen. Zum einen zeichnet sich ab, dass

<sup>2)</sup> The Guardian, 20. Juni 2003: [www.guardian.co.uk/business/story/0,981214,00.html](http://www.guardian.co.uk/business/story/0,981214,00.html)

die – hochverschuldeten – Anbieter zum Oligopol zusammenwachsen, was steigende Preise zur Folge haben wird. Zum anderen sind GeringtelefoniererInnen schon heute mit höheren Telefonrechnungen konfrontiert als vor der Liberalisierung, weil die Fixkosten stark gestiegen sind. Die Investitionen sind stark rückläufig, was zu technischen Problemen führen kann. Und die Frage der Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen des Mobilfunks ist noch völlig offen.

**Bahn:** Das emblematischste Privatisierungsdesaster ist die britische Eisenbahn. Die Entstaatlichung führte zu unpünktlicheren Zügen, höheren Kosten und tödlichen Unfällen. Die Infrastrukturgesellschaft »Railtrack« wurde nur sieben Jahre nach der Privatisierung rückverstaatlicht, weil das Schienennetz völlig im Eimer war. Nach Eigenangaben ist das

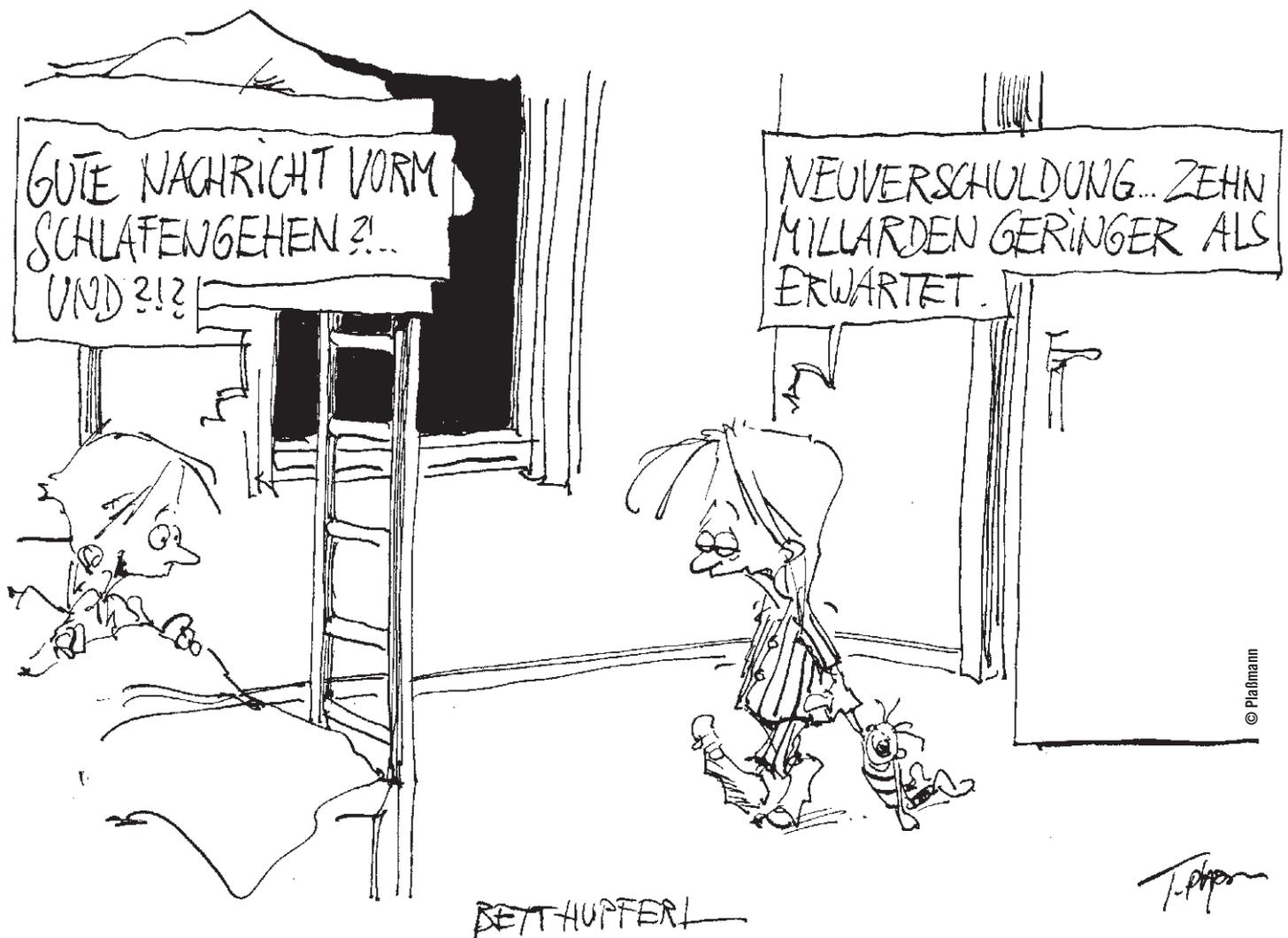
britische »das schlechteste Bahnsystem der Welt«.

**Gefängnisse:** Laut Michael Prüller, Ex-Wirtschaftsressortleiter und nun Chef vom Dienst in der Presse, sind private Gefängnisse »im Prinzip« nichts anderes als private Straßenkehrer. Ein genauerer Blick zeigt anderes: Private Gefängnisse in Großbritannien oder den USA sparen gerne bei Essen, Einrichtung und Wachpersonal, was zu häufigeren Tumulten (mit Toten) führt und öffentliche Polizeieinsätze erfordert, die mit Steuergeldern bezahlt werden. Private Gefängnisbetreiber sparen auch bei Ausbildungsprogrammen für Häftlinge, um den Gewinn zu maximieren. Nebeneffekt: Die Häftlinge lernen nichts dazu und kommen wieder – das ließe sich als strategischer Aufbau eines Stammkundenstocks lesen. In den USA sitzen zwei Prozent der erwerbsfähigen

Männer hinter Gittern. Ein gutes Geschäft für Private und Politik: die Privaten haben einen wachsenden Markt, die Politik niedrigere Arbeitslosenzahlen. Es macht eben doch einen prinzipiellen Unterschied, ob Gefängnisse öffentlich oder privat betrieben werden.

**Wald:** Die österreichischen Bundesforste wurden 1997 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Seither ist ein positives und steigendes Betriebsergebnis sowie die Dividende an den Finanzminister das vorrangige Ziel – auch wenn die Unternehmensbroschüren voll mit Nachhaltigkeitsbekenntnissen sind. **Die Umwandlung der Allmende Wald in eine Cash-Cow lässt sich an zahlreichen Phänomenen ablesen:**

■ Schließungswellen von Forstbetrieben und Personalabbau. Argumentiert wird



gerne mit dem technologischen Fortschritt. Dass aber die Förster mittlerweile so große Gebiete zu betreuen haben, dass sie kaum noch aus dem Auto herauskommen und wenn, dann um zum Computer zu wechseln, ist sicher nicht im Sinne einer Allmende.

■ Versuchter Verkauf von großen Flächen an Private, selbst in der Nähe der Quellgebiete der Wiener Trinkwasserversorgung. Diese Unternehmenspolitik wurde nach heftigen öffentlichen Protesten und Medienberichten wieder eingestellt.

■ Kleinere Kahlschläge, besonders im Nationalpark Kalkalpen. Auch hier brachten heftige öffentliche Proteste die Aktiengesellschaft zur Raison.

■ Verteuerung der Wegbenützung für WandererInnen, MountainbikerInnen und SeenbenützerInnen.

■ Rückzug aus der Pflege des Schutzwaldes bzw. das Ansinnen, sich diese von der öffentlichen Hand abgelten zu lassen.

■ Vertragsnaturschutz: Warum soll sich ein zu 100 Prozent im staatlichen Eigentum befindliches Unternehmen aus Umweltröpfen Naturschutzleistungen abgelten lassen, mit Mitteln, die dann anderswo fehlen?

An dieser Beispielliste wird deutlich, was passiert, wenn Allmenden in Cashcows umgewandelt werden. Die Reduktion des Unternehmenszwecks auf Betriebswirtschaft bringt eine radikale Vernachlässigung von Gemeinwohlzielen. Ein Vergleich zwischen gemeinnützigen und gewinnorientierten Unternehmen ist aus diesem Grund unsinnig und unfair, was die Neoliberalen nicht davon abhält, ihn permanent strategisch einzusetzen, um öffentliche/gemeinnützige Unternehmen und damit den Staat als Unternehmer zu diskreditieren. »Der Staat ist ein schlechter Unternehmer« ist schon allein deshalb unsinnig, weil der Staat wie gesagt in der Regel nur dort unternehmerisch tätig wurde/sein sollte, wo eben nicht betriebswirtschaftliche Ergebnisse Zweck der Unterneh-

mung waren, sondern das Gemeinwohl.

### Rosinen und Teig

Diese Gemeinwohlleistungen – zum Beispiel die Versorgung der Peripherie mit Bahnen, Bussen, Telefon und Post; oder die Miteinbeziehung der ökonomisch Schwächsten in Form von Grundgebührensbehaftung oder Ausgleichszulage – sind ein Hindernis bei der Privatisierung, denn sie machen den Gesamtkuchen der Daseinsvorsorge für Private unattraktiver. Die Strategie lautet daher: Rosinen picken, und den Teig beim Staat lassen.

**Beispiel Postbus:** Rund ein Drittel der Linien ist defizitär, ein Drittel schreibt eine schwarze Null, ein Drittel macht Gewinne. Zufällig lautet der Regierungsauftrag nicht: »Postbus privatisieren«, sondern »30 Prozent des Postbus privatisieren«. Für defizitäre Linien würden sich wohl kaum private Käufer finden. Diese bleiben beim Staat, mit absehbaren Folgen: Das Defizit des Postbus wird steigen, der Staat als »schlechter Unternehmer« gebrandmarkt werden und eine ganze Reihe weiterer Postbusse den Betrieb einstellen. **Dieses Spiel ist bekannt: Privatisierung von Gewinnen, Sozialisierung von Verlusten.**

**Anderes Beispiel:** In der deutschen Krankenversicherung wurde eine Versicherungspflichtgrenze eingezogen. Junge, gesunde Gutverdiener fliehen seither aus der gesetzlichen Pflichtversicherung und werden von den privaten mit offenen Armen empfangen. Die Abwanderung der besten Risiken erodiert die Finanzierungsbasis der gesetzlichen Krankenversicherung, was wiederum den Privatisierungsdruck erhöht. Private Pensionsversicherer verfolgen die Strategie, das öffentliche Umlageverfahren zu kürzen, um immer größere Anteile des Kuchens zu bekommen – die Ausgleichszulage und andere Umverteilungselemente bleiben natürlich beim Staat.

Auch die ehemaligen Allmenden Telekom, Post, ÖBB werden – vor der Privatisierung – nicht nur insgesamt in Cashcows umgewandelt, sondern auch filetiert, um zumindest die besten Stücke verkaufen zu können. Die delikatesten

Filets waren oder werden sein: die P.S.K. (Post), der Mobilfunk (Telekom) und der Güterverkehr (ÖBB). Der Staat wird regelrecht ausgeweidet.

### Österreich AG

Dem Zeitgeist zufolge soll der Staat zum Unternehmen werden. Die Industriellenvereinigung spricht gerne von der Österreich AG. Die Republik soll betriebswirtschaftlich denken und sich wie ein Flaggsschiff im Standortwettbewerb positionieren. Was beim Ökonomisierungsdiskurs übersehen wird. Hier wird nicht nur empfohlen, dass sich Volkswirtschaften wie betriebswirtschaftliche Einheiten benehmen sollen, was ein ökonomischer Unsinn ist<sup>3)</sup>, sondern es werden allen Ernstes die undemokratisch organisierten Aktiengesellschaften zum Vorbild für Demokratien gekürt.

Dass der Staat ein guter Betriebswirt sein kann, hat er vor allen Privatisierungen oftmals bewiesen. Denn beim Börsengang waren fast alle öffentlichen Unternehmen hochprofitabel, sonst hätten sie gar keinen Käufer gefunden. Wenn er will, kann der Staat also auch Gewinne machen, die Frage ist nur, ob er das soll.

### Privatisierungskosten

Was beim Starren auf die neuen Gewinne und Aktienkurse ausgeblendet wird, sind die Privatisierungskosten: Sie werden von der Allgemeinheit übernommen. Zu diesen Kosten zählt nicht nur der Erhalt des »Teigs«, sondern auch der teure Rückkauf von Railtrack, die Milliarden Schäden durch Stromausfälle in den USA, in Neuseeland und jüngst auch in Europa, die Bekämpfung der – infolge der Trinkwasserprivatisierung ausgebrochenen – Cholera-Epidemie in Südafrika, die Sanierung privater »durchgerosteter« Mülldeponien (zuletzt in Pill/Tirol), die rasch ansteigende Zahl von Sozialhilfefällen nach der Pensionsprivatisierung in Großbritannien, die Schließung Hunder-

3) Exemplarisch für diesen Unsinnsdiskurs ist die Debatte über Staatsschulden, in der der Staat mit einem Privathaushalt verglichen wird – das Ganze mit dem Teil. Ein typischer Denkfehler des »mechanistischen« Neoliberalismus, der gerne die Einzelteile – Individuum, Unternehmen, Haushalt – betrachtet, und nicht das Ganze, die Volkswirtschaft.

ter Postämter in Österreich oder der Erhalt Hunderttausender Arbeitsloser infolge der EU-Liberalisierungen – 150.000 im Telekom-Sektor, 250.000 im Energiebereich und 500.000 bei der Bahn. Sie drücken allesamt auf das Budget und verzögern den neoliberalen Traum vom »schlanken Staat«.

### Staatshass

Um die Debatte über Privatisierungskosten nicht führen zu müssen, wird blind auf den Staat gedroschen: »Wo eine Regierung und eine Bürokratie außer Kontrolle geraten, sind sie tausendmal verheerender als jeder noch so böse Privatkonzern«, meint zum Beispiel der Wirtschaftsressortleiter der »Presse«. Das Schlechtrede des Staates und alles Öffentlichen ist historisch betrachtet ein junger Sport: Das Phänomen der Privatisierung begann erst vor 20 Jahren, unter Ronald Reagan in den USA und im Großbritannien Margaret Thatchers. Die Eiserne Lady privatisierte nicht, weil die

Staatsbetriebe Defizite einführen – 1984 spülten sie acht Milliarden Pfund in die Staatskassen<sup>4)</sup> –, sondern aus Prinzip: In der neoliberalen Weltsicht ist der »Staat das Problem« (Ronald Reagan), er soll die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft dem Markt überlassen und nur unterstützend eingreifen (z. B. Eigentumschutz, Sicherung von Verträgen). Öffentliche Interessen werden privaten untergeordnet, der Staat (das Ganze) räume dem Markt (den Individuen) das Feld. Mit dieser Doktrin haben Thatcher und Reagan die globale Privatisierungswalze losgetreten.

Das geistige Fundament, auf das die beiden bauten, stammt von der ökonomischen Schule des Neoliberalismus, deren prominentester Vordenker der österreichische Ökonomie-Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek war. Hayek betrachtete den Markt als selbst erschaffene »spontane« Ordnung und daher als Naturgesetz. Dieser natürlichen »guten« Ordnung stellte er die schlechte, sozial konstruierte Ordnung alias Staat gegen-

über. »Der »Konstruktivismus ist der Vater aller Totalitarismen«, begründete Hayek seinen Staatshass. Würde er bei der Geburt dieses Gedankens noch belächelt, so haben sich heute seine Sichtweisen durchgesetzt: Globalisierung gilt als Naturgesetz, und das Mantra von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung wird weltumspannend gebetet.<sup>5)</sup>

Die wenig berauschenden Erfolge der bisherigen Privatisierungen erhöhen aber auch weltweit die Widerstände. Dagegen haben die Neoliberalen zwei geeignete Hebel gefunden. Hebel Nummer eins ist der Steuerwettbewerb. Als Folge des freien Kapitalverkehrs und der damit geschaffenen Möglichkeit für das Kapital, sich am steuerfreiesten Plätzchen des Globus niederzulassen, rasseln die Steuersätze auf Vermögen, Gewinne und Kapitaleinkommen weltweit in den Keller. Diese Abwärtsspirale könnte man a) stoppen,

4) Susan George: A Short History of Neoliberalism:

[www.tni.org/archives/george/bangkok.htm](http://www.tni.org/archives/george/bangkok.htm)

5) S. a. [www.christian-felber.at/artikel/pdf/hayek.pdf](http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/hayek.pdf)



indem man den freien Kapitalverkehr in unkooperative Steueroasen wieder einstellt. Man kann b) passiv zusehen und immer so nachziehen, dass man nicht Letzter bleibt. Oder man kann c) aktiv die nächste Runde einläuten, wie es Österreich mit KÖSt-Reform und Gruppenbesteuerung tat. Der Steuerwettlauf kommt neoliberalen Staatsverschlinkern zupass: Er liefert ihnen einen perfekten Vorwand, den Staat zur »Ausgabendisziplin« zu zwingen – und so das neoliberale Ideal vom schlanken Staat zu verwirklichen.

Die Bundesregierung träumt indes vom spindeldürren Staat: Laut Nachhaltigkeitsstrategie soll »die österreichische Steuer- und Abgabenquote zu den niedrigsten in der OECD zählen«. Die drei niedrigsten liegen bei 19 Prozent (Mexiko), 27 Prozent (Südkorea) und 29 Prozent (USA). Das wäre die Halbierung des Staates. Vom Pensions-, Gesundheits- und Bildungssystem würde nicht viel übrig bleiben. Desgleichen müssten bei derart akuter öffentlicher Magersucht nicht nur Post, ÖBB, AUA, OMV und ORF vollprivatisiert werden, sondern auch Kommunalbetriebe, Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser. Dem Markt würde auf allen Ebenen, wo er bisher nicht zugelassen war, zum Durchbruch verholfen. Der neoliberale Geist käme zur Erfüllung.

## Internationale Entwicklungen

Hebel Nummer zwei für unpopuläre Privatisierungen sind Liberalisierungen, die auf höherer, supranationaler, Ebene losgetreten werden und dann wie Naturgesetze auf die Nationalstaaten zurückdonnern. Es gibt drei »höhere Ebenen«:

**1.** Die EU betreibt die sektorale Liberalisierung von Telekom, Post, Bahn, öffentlichem Nahverkehr, Fernsehen und demnächst auch der Trinkwasser- und Gesundheitsversorgung. Hinzu kommt die Dienstleistungsrichtlinie, mit der ein horizontaler Streich versucht wird.

**2.** Weltbank und Währungsfonds knüpfen Kreditvergaben an die Bedingung zahlreicher Privatisierungen, häufig auch der Trinkwasserversorgung.

**3.** Und in der Welthandelsorganisation WTO findet derzeit eine neue GATS-Runde statt, in der der Dienstleistungshandel liberalisiert wird. Auch hier sind sämtliche öffentliche Dienstleistungen im Visier, die EU fordert 72 Staaten auf, die Trinkwasserversorgung für ihre Konzerne zu öffnen. Das GATS ist besonders problematisch, weil es zum einen Liberalisierung mit Deregulierung verknüpft und zum anderen de facto irreversibel ist: Einmal eingegangene Liberalisierungen dürfen drei Jahre lang gar nicht rückgängig gemacht werden, und danach nur mit dem Einverständnis der (über 130) Handelspartner.

Mit der Dienstleistungsrichtlinie hat Ex-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein ein kleines EU-GATS erfunden. Nicht nur das heißt umstrittene Herkunftslandprinzip macht die Richtlinie so gefährlich, sondern auch die Deregulierung bei der Niederlassungsgenehmigung sowie die Verlagerung von Regulierungskompetenzen zur Kommission.<sup>6)</sup>

**Am Beispiel der Trinkwasserversorgung** soll der – von der Kommission übrigen in Abrede gestellte – Liberalisierungseffekt der Dienstleistungsrichtlinie gezeigt werden.<sup>7)</sup>

**1.** Ist die Trinkwasserversorgung nicht vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen, da alle Dienstleistungen erfasst sind, die »auf einer wirtschaftlichen Gegenleistung« beruhen (Art. 4, Abs. 1), was beim Trinkwasser – aufgrund der Gebühren – unbestritten der Fall ist. Die Trinkwasserversorgung ist zwar vom Herkunftslandprinzip ausgenommen, nicht aber von den Bestimmungen bezüglich der Niederlassungsfreiheit, hier werden den Mitgliedsstaaten folgende Handschellen angelegt:

**2.** Gibt es eine natürliche oder technische Knappheit (wie im Fall der Trinkwasserversorgung – sie ist ein technisches Gebietsmonopol), muss ein »neutrales und transparentes« Verfahren durchgeführt werden (Art. 12). Das

könnte als Ausschreibungszwang verstanden werden. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Kommission die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung in Angriff nehmen möchte. Bisher ist sie am breiten Widerstand von Parlament, Mitgliedsstaaten und Regionen gescheitert. Beim öffentlichen Personennahverkehr drängt sie ganz offen auf »kontrollierten Wettbewerb«, sprich verpflichtende Ausschreibung. In die gleiche Kerbe schlägt Art. 15, Abs. 2a der Richtlinie, wonach die »mengenmäßige Beschränkung« der Dienstleistungsanbieter grundsätzlich eine ungerechtfertigte Niederlassungshürde darstellt und in einem EU-weiten Verfahren überprüft werden muss.

**3.** Darf die Zulassung (Ausschreibung) nicht auf gemeinnützige Unternehmen begrenzt werden, da keine Anforderungen bezüglich der Rechtsform der Unternehmen gestellt werden dürfen (Art. 15, Abs. 2b). Dieser Passus könnte es Gemeinden und Städten unmöglich machen, profitorientierte Aktiengesellschaften aus der Trinkwasserversorgung auszuschließen.

**4.** Schließlich ist die mehrheitliche öffentliche Kontrolle von kommunalen, landeseigenen oder staatlichen Versorgungsunternehmen (z. B. 51 Prozent) in Gefahr, weil auch Anforderungen bezüglich der »Beteiligung am Gesellschaftsvermögen« überprüft werden müssen (Art. 15, Abs. 3c). Diese Deregulierungsaufforderung erinnert frappierend an die aktuellen GATS-Verhandlungen, in denen die EU von zahlreichen Ländern die Aufhebung solcher 51-Prozent-Klauseln vor allem im Finanz-, Energie- und Telekommunikationsbereich fordert.

Die Dienstleistungsrichtlinie ist nur ein Beispiel für die versuchte Demontage öffentlicher Dienstleistungen. Neoliberale Kräfte wie die EU-Kommission bedienen sich gleichzeitig zahlreicher anderer Hebel: GATS, sektorale Liberalisierungen, Transparenzrichtlinie und Vergaberecht. Aus neoliberaler Sicht ist der EU-Binnenmarkt erst dann »vollendet«, wenn alle Dienstleistungen »von wirtschaftlichem Interesse«, egal ob Daseinsvorsorge oder nicht, liberalisiert und damit früher oder später auch privatisiert

6) [www.christian-felber.at/artikel/pdf/Dienstleistungsrichtlinie.pdf](http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Dienstleistungsrichtlinie.pdf)

7) Ursprünglicher Entwurf der Kommission. Bei Drucklegung des Buches fanden Änderungen statt. Die ursprüngliche Version ist aber sicher auch für die Zukunft lehrreich, um zu sehen, was seitens der Kommission »probiert« wurde.

sind. Am Ende des Tages drohen private Oligopole in den Bereichen Telekom, Post, Energie- und Wasserversorgung sowie Kranken- und Pensionsversicherung übrig zu bleiben. Das allein schon deshalb, weil diese infrastrukturintensiven und skalenrelevanten Wirtschaftsbereiche »natürliche Monopole« sind: es ist am effizientesten, wenn es ein Unternehmen macht. Die mühsam zerschlagenen und liberalisierten öffentlichen Ex-Monopole streben magnetisch zum – privaten – Oligopol. Für den Energie- und Telekomsektor, den beiden »Liberalisierungserfolgen«, wird vorhergesagt, dass in fünf bis zehn Jahren nur noch wenige Player in der EU übrig sein werden, der Wettbewerb könnte bald Geschichte sein.

### Eine Frage der Regulierung?

Wenn Liberalisierungsfans Privatisierungsdesaster vor Augen geführt bekommen, sagen sie gerne: »Das war kein Liberalisierungsproblem, sondern ein Regulierungsproblem.« Gemeint ist damit, dass die Regierung verabsäumt habe, den privaten Versorgern in Bezug auf Wettbewerb, Preis und Qualität strenge Regeln aufzuerlegen. Dazu gibt es einiges zu sagen:

**1. Liberalisiert wird nicht, um zu regulieren, sondern um zu deregulieren.** Wenn ein Staat einen öffentlichen Versorgungsbereich liberalisiert und den Privaten das Feld überlässt, dann

tut er das, um sich zurückzuziehen und die Segnungen des freien Marktes wirken zu lassen, und nicht um plötzlich groß Politik zu machen. Sich von der Liberalisierung eine starke Regulierung der privaten Anbieter zu erwarten, ist widersinnig. Nachdem der EU-Kommission ihre Regulierungsempfehlungen anfangs weitgehend auf Wettbewerbsziele beschränkte, ermutigte sie die Mitgliedstaaten erst im Weißbuch über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, nationale Regulierungsbehörden mit umfassenden Zielen und Befugnissen einzurichten.

**2. Regulierungsdilemma: Die Regulierten wollen nicht reguliert werden.** Selbst bei starkem Regulierungs-



willen hinkt der Staat hinterdrein: Erst »versagt der Markt«, dann wird repariert. Wenn überhaupt. Schließlich pflegen multinationale Konzerne sich mit allen Mitteln gegen handelshemmende und gewinnreduzierende Regulierungen zur Wehr zu setzen – wenn sie nicht gleich die Deregulierung in ihrem Interesse »mitgestalten«.

### »Die große Herausforderung liegt daher in der Demokratisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen.«

**3.** Je strenger reguliert wird, desto uninteressanter wird es für Private, weil ihre Kostenvorteile wegfallen. Hier kommt der ganze Widerspruch eines regulierten Marktes zum Vorschein: In dem Maße, in dem versucht wird, aus profitorientierten Versorgern durch Regulierung gemeinnützig zu machen – Preisschutz, Umweltziele, Universalversorgungsgebot, Versorgungssicherheit und Beschäftigtenschutz – wird es für sie uninteressant, da kann man sie gleich öffentlich lassen.

**4.** Regulierungsziele können bei der WTO als Handelshemmnisse attackiert werden. Selbst wenn es Staaten gelingen sollte, gegen die Macht von multinationalen Konzernen Regulierungen im öffentlichen Interesse durchzusetzen, könnten diese vom GATS wieder ausgehebelt werden. Denn staatliche Eingriffe machen sich in der WTO grundsätzlich der »Behinderung des Handels« verdächtig.

#### Der Staat muss wieder zur Allmende werden

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und den allgemeinen Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik – Schwächung öffentlicher Räume, zunehmendes Konkurrenzdenken auf allen Ebenen, Auflösung des sozialen Zusammenhalts, des Generationenvertrags und kooperativer Strukturen – wäre es dringend nötig, wieder bewusst »Allmenden« einzurichten: Ge-

meinschaftsgüter und öffentliche Dienstleistungen, die allen gehören und dem Gemeinwohl dienen. Drei Schritte könnten den Anfang machen.

**1.** Erlass einer **Rahmenrichtlinie auf EU-Ebene**, die es den Mitgliedsstaaten freistellt, Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (öffentliche Dienstleistungen, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge) zu definieren, zu erbringen und zu finanzieren und sie vom Wettbewerbsrecht der Union auszunehmen.

**2.** Historische oder aktuelle Mängel und Missstände bei öffentlichen Dienstleistungen sind nicht unbedingt dem Umstand geschuldet, dass diese Dienstleistungen öffentlich waren, sondern dass sie nicht demokratisch organisiert waren. Die große Herausforde-

### »... nicht möglichst hoher Gewinn, sondern das optimale Gemeinwohl ...«

lung liegt daher in der **Demokratisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen**. Anstelle der hoch in Mode befindlichen »public privat partnerships« könnten »public popular partnerships« eingerichtet werden. Die Versorgungsbetriebe werden gemeinsam von Management, Belegschaft und VolksvertreterInnen geführt. VolksvertreterInnen haben ein ähnliches Interesse wie private BetriebswirtInnen, nämlich die effiziente Verwendung von Steuergeldern. Ihr zweites Interesse ist dagegen **nicht möglichst hoher Gewinn, sondern das optimale Gemeinwohl** – andernfalls werden sie abgewählt. Solche Modelle hat es in der Geschichte gegeben und gibt es auch heute. Ein Beispiel ist die Trinkwasserversorgung von Porto Alegre. Durch die direkte Mitbestimmung der Bevölkerung

in der Unternehmensführung ist die Vereinbarkeit von betrieblichen und Gemeinwohlzielen gelungen: Die Wasserwerke versorgen nicht nur 99,5 Prozent der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser, was Rekord unter Brasiliens Städten ist, sondern arbeiten aufgrund eines progressiven Tarifmodells auch kostendeckend und bedürfen keiner Zuschüsse seitens der SteuerzahlerInnen.<sup>8)</sup>

**3.** Nicht alle öffentlichen Dienstleistungen können kostendeckend erbracht werden, wollen universale Versorgung und hohe Qualität erreicht werden. **Die dritte Maßnahme ist daher die Sicherung ihrer Finanzierung durch die Beendigung des globalen Steuerwettlaufs, die Schließung von Steueroasen und die angemessene Besteuerung von Vermögen, Gewinnen und Kapitaleinkommen.**<sup>9)</sup>

Dann wäre Schluss mit dem Paradoxon, dass sich in Zeiten wachsender Wirtschaft alle ärmer glauben und vermeinen, den Gürtel enger schnallen zu müssen. Die EU-Länder hätten wieder Budgetüberschüsse und könnten ihre – demokratisierten – Allmenden stärken und ausweiten anstatt sie auf Diät zu setzen, zu zerschlagen und zu privatisieren.

## LITERATUR

**Felber, Christian:** »Öffentliche Magersucht«, Gastkommentar in Kurier, 14. August 2004: [www.christian-felber.at/artikel/pdf/Oeffentliche\\_Magersucht.pdf](http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Oeffentliche_Magersucht.pdf)

**Felber, Christian:** »Gegen die Magersucht«, in Die Presse, 8. 9. 2004

**Felber, Christian:** »Die Privatisierungsfalle«, in Die Furche, 15. Jänner 2004: [www.christian-felber.at/artikel/privatisierungsfalle1.php](http://www.christian-felber.at/artikel/privatisierungsfalle1.php)

**Felber, Christian:** »Hayeks Freiheit«, in Der Standard, 26. März 2005: [www.christian-felber.at/artikel/pdf/hayek.pdf](http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/hayek.pdf)

**Reimon, Michel/Felber, Christian:** »Schwarzbuch Privatisierung. Wasser, Schulen, Krankenhäuser – Was opfern wird dem freien Markt?«, Ueberreuter, Wien 2004.

8) Internationale Alternativen zur Wasserprivatisierung:

[www.tni.org/books/publicwater.pdf](http://www.tni.org/books/publicwater.pdf)

9) Attac Österreich hat genaue Vorschläge ausgearbeitet:

[www.attac.at/uploads/media/flyer\\_steuergerechtigkeit.pdf](http://www.attac.at/uploads/media/flyer_steuergerechtigkeit.pdf)



# HELP

## FÜR EIN RAUCHFREIES LEBEN

## Gratis-SMS für »tabakfrei.at«

Sozialversicherung geht neue Wege in der Nicht-Raucher-Aufklärung für Jugendliche.

Das neue Internet-Portal [tabakfrei.at](http://tabakfrei.at) rund um das Thema Nichtrauchen speziell für die Zielgruppe der 12- bis 18-Jährigen bietet seinen Besuchern mit einem völlig neuen Gratis-Web-SMS-Service jetzt noch mehr Service, Spaß und Vorteile. Entwickelt und betrieben wurde das Web-SMS Service auf [tabakfrei.at](http://tabakfrei.at) vom Mobile Services Spezialisten Software-Management GmbH ([mobileservices.at](http://mobileservices.at)) zusammen mit der Agentur [heydarling.at](http://heydarling.at). Auftraggeber ist der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Gratis-SMS auf [tabakfrei.at](http://tabakfrei.at) unterstützt die laufende Nichtraucher-Kampagne gerade bei der jungen Zielgruppe.

Dazu Projektleiter Sascha Müller vom Hauptverband der Sozialversicherungsträger: »Die Kampagne »Nichtrauchen macht reich« setzt dort an, wo Jugendliche in ihrer Lebenswelt erreichbar sind. Wer das Rauchen im besten Fall erst gar nicht beginnt oder wieder aufgibt, erzielt langfristig nicht nur einen Gesundheitsgewinn, sondern gewinnt auch relativ unmittelbar und vor allem spürbar in finanzieller Hinsicht. Wie wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, ist gerade der finanzielle Aspekt des Rauchens ein wesentliches Argument, speziell bei Jugendlichen, sich für ein rauchfreies Leben zu entscheiden. Durch das Versenden von SMS über unsere Homepage werden die

Jugendlichen direkt zu Kommunikatoren der Botschaft »Nichtrauchen macht reich«.

Zusätzlich zu Informationen rund um das Thema Nichtrauchen stehen jedem Besucher monatlich fünf Gratis-SMS und ein Gratis-MMS zur Verfügung. Jeder registrierte User kann gratis Kontakte anlegen, Gruppen-SMS versenden oder auch überlange Nachrichten einfach per SMS oder MMS versenden. Weitere Gratis-SMS kann man sich verdienen, indem man Fragen zum Thema Nichtrauchen richtig beantwortet. Wer eine MMS verschicken will, kann ein eigenes Bild hochladen oder aus einer vorhandenen Bildergalerie wählen.

# Der Aufbau des ÖGB

(Stand April 2007\*)

## ALLGEMEINE RICHTLINIEN FÜR DIE ÖGB-ORGANE:

Die **Funktionsdauer** beträgt in der Regel vier Jahre.

Der **Frauenanteil** in den ÖGB-Organen und bei Delegierungen durch seine Gewerkschaften in die gemeinsamen Organe sowie unter den Leitenden SekretärInnen muss ausnahmslos zumindest dem Anteil der weiblichen Mitglieder entsprechen. Dabei muss mindestens ein Mandat von der Frauenorganisation besetzt werden.

### INFORMATION

**Adresse:** 1010 Wien, Laurenzerberg 2.

**Telefon:** 01 534 44

**E-Mail:** servicecenter@oegb.at.

**Mitgliederstand:**

Ende Februar 2007: 1,281.208.

### Der Bundeskongress

Der **Bundeskongress** ist das höchste Organ des ÖGB. Die maximal 250 Delegierten der Gewerkschaften werden entsprechend ihrer Mitgliederzahl vom Gewerkschaftsvorstand entsandt, den kleinsten Gewerkschaften stehen zumindest zwei Delegierte zu. Weiters sind die stimmberechtigten Mitglieder des Bundesvorstands auch stimmberechtigte Kongress-Delegierte. Als beratende Delegierte nehmen teil: die Mitglieder der Kontrollkommission, die beratenden Mitglieder des Bundesvorstands, der/die ersten SekretärInnen und RedakteurInnen der Gewerkschaften und VertreterInnen der Landesorganisationen sowie je Abteilungen Frauen, Jugend und PensionistInnen. Der Bundeskongress zieht Bilanz über die abgelaufene Tätigkeitsperiode, legt das Programm für die kommende fest und beschließt etwaige Änderungen der ÖGB-Statuten. Er wählt auch den/die PräsidentIn, zwei VizepräsidentInnen, die weiteren stimmberechtigten Mitglieder des ÖGB-Vorstands und die Mitglieder der Kontrollkommission.

### Die Gewerkschaften

Die **Gewerkschaften** organisieren und betreuen die ÖGB-Mitglieder entsprechend den Strukturen der Wirtschaft und sind nach Bedarf regional sowie nach Sektionen oder Fachgruppen gegliedert. Sie erfüllen im Rahmen des ÖGB in ihrem eigenen Wirkungsbereich selbständig alle Aufgaben, die sie allein bewältigen können, wenn diese nicht das Interesse mehrerer Organisationsbereiche des ÖGB oder den gesamten ÖGB berühren. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, Mitgliederversammlungen abzuhalten und entsenden Delegierte zum ÖGB-Bundeskongress sowie in den ÖGB-Bundesvorstand. Der Gewerkschaftstag beschließt eine eigene Geschäfts- und Wahlordnung.

### Der Bundesvorstand

Der **Bundesvorstand** besteht aus den stimmberechtigten Mitgliedern des ÖGB-Vorstands, bis zu 45 von den Gewerkschaftsvorständen entsendeten Delegierten, den Vorsitzenden der ÖGB-Landesorganisationen sowie GewerkschaftsvertreterInnen in gleicher Zahl, den VertreterInnen der ÖGB-Fraktionen, der Frauen-, Jugend- und Pensionistenabteilung sowie VertreterInnen der Kompetenzzentren, Themen- und Funktionsforen des Bundesvorstands und weiteren maximal acht kooptierten Mitgliedern. Beratende Delegierte sind neben den beratenden Mitgliedern des ÖGB-Vorstands der/die Vorsitzende und der/

die stellvertretende Vorsitzende der ÖGB-Kontrollkommission, zwei Mitglieder des Zentralbetriebsrats der im ÖGB Beschäftigten und von der ÖGB-Geschäftsführung vorgeschlagene SekretärInnen und RedakteurInnen.

Der Bundesvorstand ist das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Bundeskongressen. Neben einer Reihe anderer Aufgaben nimmt er zu wichtigen interessenpolitischen Fragen Stellung, bestellt die drei Leitenden SekretärInnen des ÖGB und die Abteilungs- und ReferatsleiterInnen der ÖGB-Zentrale sowie die ÖGB-Führungskräfte auf Landes-, Regional- und Bezirksebene, genehmigt das Jahresbudget des ÖGB, bestätigt die Geschäfts- und Wahlordnungen der Gewerkschaften und beschließt über die Mitgliedsbeiträge sowie über große gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen, aber auch einzelne Streiks, die die Gesamtbeziehung oder das öffentliche Interesse berühren.

Der Bundesvorstand teilt auch die interessenpolitischen Schwerpunkte des ÖGB-Vorstands ein.

### Der Vorstand

Dem **Vorstand** gehören der/die PräsidentIn, die zwei VizepräsidentInnen sowie 12 bis 18 weitere vom Bundeskongress gewählte Mitglieder an. Beratende Mitglieder sind auf jeden Fall die drei Leitenden SekretärInnen, der/die Vorsitzende und der/die stellvertretende Vorsitzende der Kontrollkommission sowie je eine VertreterIn der Jugend- und

der PensionistInnenabteilung, Der Vorstand führt die Geschäfte des ÖGB zwischen den Sitzungen des Bundesvorstands.

Er beschließt das Jahresbudget des ÖGB und legt es dem Bundesvorstand zur Genehmigung vor und verwaltet das Vermögen und die Liegenschaften des ÖGB.

Ferner fasst er die erforderlichen Beschlüsse bei beabsichtigten Streiks und drohenden Aussperrungen, soweit dafür nicht der Bundesvorstand zuständig ist. Er beauftragt auch im Bedarfsfall ein stimmberechtigtes Mitglied aus seinen Reihen mit der Vertretung des/der PräsidentIn.

### Die Geschäftsleitung

Die **Geschäftsleitung** besteht aus dem/der PräsidentIn, den beiden VizepräsidentInnen und den drei Leitenden SekretärInnen des ÖGB. Sie ist im Gegensatz zu den anderen hier beschriebenen Gremien kein Organ des ÖGB, sondern ist an die Weisungen des Vorstandes und

des Bundesvorstands gebunden. Sie besorgt die laufenden Geschäfte.

### Die Kontrollkommission

Die **Kontrollkommission** besteht aus sieben Mitgliedern und vier Ersatzmitgliedern. Sie wählt aus ihren Reihen eine/n Vorsitzende/n und eine/n stellvertretende/n Vorsitzende/n, wobei der/die Vorsitzende nicht jener Fraktion angehören darf, die gesamtösterreichisch die meisten BetriebsrätInnen/PersonalvertreterInnen stellt. Sie überwacht die Einhaltung der Statuten und die Durchführung der Beschlüsse des Bundeskongresses und überprüft und kontrolliert alle finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Gewerkschaften haben eigene Kontrollkommissionen, die ÖGB-Kontrollkommission kann sie aber auch direkt prüfen.

### Die Landesvorstände

Die **Landesvorstände** bestehen jeweils aus den Mitgliedern des Präsidiums (Landesvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende), Vertreterinnen der Gewerkschaften, der Frauen-, Jugend- und PensionistInnenabteilung und der auf Landesebene anerkannten Fraktionen sowie den Regionalvorsitzenden und kooperierten Mitgliedern.

Sie sind die Vertretungsorgane des ÖGB für ein Bundesland und sind an die Vorgaben durch die Bundesorgane gebunden. Eine besondere Aufgabe ist die befristete Benennung von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern zu gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen für Bereich mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen für die Organisationsarbeit wie z. B. Einkaufszentren, Saisonregionen oder Technologieparks.

Der Organisationsapparat sind die Landesleitungen. An ihrer Spitze stehen die vom Bundesvorstand bestellten Landessekretäre. Bei ihrer Bestellung hat der jeweilige Landesvorstand Empfehlungsrecht.

Der Organisationsapparat sind die Landesleitungen. An ihrer Spitze stehen die vom Bundesvorstand bestellten Landessekretäre. Bei ihrer Bestellung hat der jeweilige Landesvorstand Empfehlungsrecht.

*\*) Quelle: Skriptum GK 7 »Die Kammern für Arbeiter und Angestellte«, S. 56/57*



## ÖGB-Reform:

# Mitglieder flächen- deckend betreuen

*Ein Jahr nach der BAWAG-Krise ist die ÖGB-Reform in vollem Gang.*

**F**ür die österreichische Gewerkschaftsbewegung war 2006 ein turbulentes Jahr. Die sattsam bekannten Vorkommnisse um die mittlerweile verkaufte Gewerkschaftsbank BAWAG P.S.K. haben den ÖGB knapp an die Pleite geführt. »Das schwierigste Jahr in der Geschichte des ÖGB«, sagte Präsident Rudolf Hundstorfer nach seinem ersten Jahr an der Spitze.

Einig ist man sich im ÖGB-Vorstand mittlerweile über die Grundsätze eines Finanzierungsübereinkommens im ÖGB. »Es wird für den Zeitraum 2007 bis 2010 Gültigkeit haben«, sagte Hundstorfer. Neu wird eine Solidarfinanzierung für Unterstützungsleistungen für ÖGB-Mitglieder, wie beispielsweise Arbeitslosen-Unterstützung und Soliversicherung, vereinbart.

Doch die notwendigen Sanierungsmaßnahmen – im Jahr 2007 müssen 13 Millionen Euro allein in der ÖGB-Zentrale und in den Landesorganisationen eingespart werden – haben auch zu einer inhaltlichen Neuausrichtung geführt.

### »ÖGB neu«: 30 Umsetzungsprojekte

ÖGB-Vizepräsidentin Roswitha Bachner kündigte 30 Projekte an, die den »ÖGB neu« wieder auf die richtige Bahn bringen werden. Besonderes Augenmerk will sie künftig atypisch Beschäftigten und ausgetretenen Mitgliedern schenken. Sie sollen in persönlichen Gesprächen in den ÖGB geholt werden.

»Die Betreuung der Mitglieder in allen Bundesländern ist für mich ein wesentliches Kernstück der Reform. Wir haben uns das Ziel gesetzt, bis Juni eine Betreuungslandkarte zu erstellen«, so Bachner. Das Ziel: keine »weißen Flecken« mehr.

Im ÖGB Niederösterreich ist das bereits beschlossen: »Es wird keine einzige Bezirksstelle geschlossen, sondern wir stellen im Rotationsprinzip mit den Gewerkschaften eine flächendeckende Versorgung für die Beschäftigten her«, beschreibt Vorsitzender Josef Staudinger das Modell. Doppelgleisigkeiten und veraltete Strukturen werden durch die gemeinsame Betreuung der Regionen durch ÖGB- und GewerkschaftsmitarbeiterInnen abgeschafft.

»Es passiert viel, in den Ländern, in den Gewerkschaften und in der ÖGB-Zentrale. Ich gebe natürlich zu, dass man davon mehr mitbekommt, wenn man sich im »inneren Kreis« bewegt. Aber das ist ja auch Teil der Reform, dass wir unsere Arbeit viel offensiver kommunizieren müssen«, erklärt Vizepräsidentin Roswitha Bachner. Deshalb wird nun ein gemeinsames Medienkonzept für ÖGB und Gewerkschaften entwickelt.

Damit die Gewerkschaftsbewegung auch inhaltlich weiterhin etwas zu sagen hat, gibt es im ÖGB eine Grundsatzabteilung, die für alle ArbeitnehmerInnen relevante Themen aufbereitet und entsprechende Forderungen an die Politik formuliert. Zu ihren Aufgaben gehören

unter anderem Gesetzesbegutachtungen, Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, Arbeiterkammern, Ministerien und Behörden – und effizientes Lobbying für die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Die Gebiete, mit denen sich die **Grundsatzabteilung** befasst, sind:

- Bildungspolitik
- Sozialpolitik
- Wirtschaftspolitik
- Gesundheitspolitik sowie Internationales und Europapolitik.

### Neu an der Spitze: der ÖGB-Vorstand

An die Öffentlichkeit gebracht wird die Meinung des ÖGB von den Mitgliedern des seit dem Bundeskongress im Jänner bestehenden ÖGB-Vorstands, dessen Mitglieder als Sprecher für die wichtigsten Themenbereiche fungieren.

Zuständig sind für die Arbeitsschwerpunkte:

**Soziales:** Rudolf Hundstorfer, ÖGB-Präsident

**Wirtschaft:** Erich Foglar, GMTN-Vorsitzender

**Gesundheit:** Wilhelm Habertzettl, Vorsitzender der vida-Sektion Verkehr

**Infrastruktur:** Christian Meidlinger, GdG-Vorsitzender, und Gerhard Fritz, GPF-Vorsitzender

**Europa und Internationales:** Wolfgang Katzian, GPA-DJP-Vorsitzender

**Arbeitsmarkt:** Rudolf Kaske, vida-Vorsitzender

**Bildung:** Christine Gubitzer, stellvertretende GÖD-Vorsitzende

**Frauen:** Elisabeth Vondrasek, vida-Frauenvorsitzende

**Umwelt:** Lisa Langbein, Vorsitzende der Fraktion Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG)

**ÖGB-Reform:** ÖGB-Vizepräsidentin Roswitha Bachner

**Zukunft der Arbeit:** ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl

**Forschung und Entwicklung:** Dwora Stein, GPA-DJP-Bundesgeschäftsführerin

**ArbeitnehmerInnenschutz und Humanisierung:** Alfred Gajdosik, Vorsitzender der Fraktion Christlicher Gewerkschafter in der vida

**Weitere Mitglieder des Vorstandes:**

Alfred Armhäuser, GdC-Vorsitzender

Christine Haager, stellvertretende Vorsitzende der ÖGB-PensionistInnen

Johann Holper, GBH-Vorsitzender

Jürgen Michlmayr, ÖGJ-Vorsitzender

Erika Nussgraber-Schnabl, stellvertretende GMTN-Vorsitzende

**Mehr Transparenz und Kontrolle**

Neu ist, dass der/die Vorsitzende der zentralen Kontrollkommission des ÖGB von einer Minderheitsfraktion gestellt werden muss. ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl betont, dass es für ihn als Christgewerkschafter besonders wichtig ist, die »zentrale Kontrolle« nicht mehr nur in der »Hand der Mehrheitsfraktion« zu wis-

sen. Es gelte, den »ÖGB neu« transparent »nach außen und innen« zu machen.

Gestärkt wurden durch die Bundeskongress-Beschlüsse auch die Frauen im ÖGB. Sie müssen nun in allen Gremien entsprechend mindestens ihrem Mitgliederanteil vertreten sein, was auch Roswitha Bachner ein besonderes Anliegen war: »Ein Weg, den ÖGB für Frauen attraktiver zu machen, ist es, dem ÖGB ein weiblicheres Gesicht zu geben. Dann fühlen sich Frauen besser angesprochen.«

Die ÖGB-Reform ist also in vollem Gang, aber wann wird sie fertig sein? Vizepräsidentin Bachner: »Genau genommen nie. Dinge zu verbessern, zu verändern, ist ja die ureigenste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung, da dürfen wir konsequenterweise unsere Organisation nicht ausnehmen.« Dass trotz der intensiven Beschäftigung mit den eigenen Strukturen keine Lähmung des ÖGB droht, zeigt allein schon die Tatsache, dass die Gewerkschaftsbewegung trotz der Probleme im vergangenen Jahr 494 Kollektivverträge erfolgreich ausgehandelt hat. Damit wurde eine Lohnsumme von rund 102 Milliarden Euro bewegt.

F. Kräftner



# Klimawandel

*Ob UNO-Klima-Bewertungsbericht, britischer »Stern-Report« über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels oder EU-Klimastrategie, einhelliger Befund: Das Klima wandelt sich, mit einem folgenschweren globalen Temperaturanstieg ist zu rechnen. Wandelt sich aber auch die entsprechende Politik?*

*Autor: Wilfried Leisch*

*Politologin und als freier Journalist und Publizist sowie als Betriebs-, Energie- und Umweltberater tätig*

Seit Februar geht es rund. Kein Tag vergeht, an dem nicht das Thema Klimawandel in Zeitungen, Radio oder TV eine Rolle spielt. Der Grund: die Veröffentlichung des Berichtes des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Demnach wird die Durchschnittstemperatur auf der Erde bis 2100 um 1,8 bis 4,0 Grad Celsius steigen. Das wird die Umwelt für Menschen, Tier- und Pflanzenwelt schwerst bis nicht mehr reparierbar beeinflussen. Das kann eine Verschiebung der Klimazonen, ein Abschmelzen der Gletscher und des Eises in der Arktis, eine daraus resultierende Erhöhung des Meeresspiegels zwischen 18 und 59 cm und eine Erwärmung der Meere zur Folge haben. Durch den Klimawandel sei ein Fünftel der Arten vom Aussterben bedroht, Hungerkatastrophen, Dürreperioden und Überschwemmungen (auch in Europa), wären an der Tagesordnung.

Weitere Folge: Trinkwasserverknappung. Allein ein Grad Temperaturanstieg würde Wassermangel für 400 Millionen bis 1,7 Milliarden Menschen bedeuten. Hauptverursacher des Klimawandels sind derzeit die Industriestaaten, Hauptleidtragende in der Zukunft: Menschen in

Küstenregionen und in Afrika und Asien.<sup>1)</sup>

Aber auch Österreich ist – mehr als bisher bewusst – betroffen. Laut UNO-Klimabericht reagiert der Alpenraum auf den Klimawandel sensibler als bisher angenommen. Der seit 1860 gemessene globale Temperaturanstieg um 0,6 Grad Celsius ist in Österreich rund dreimal so stark ausgeprägt. Für die österreichische Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb geht der Klimawandel im alpinen Raum schneller voran, die Temperatur steigt bei uns rascher als woanders und extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hagel oder heftige Gewitter werden immer häufiger werden.<sup>2)</sup> 92 Prozent der vom Österreichischen Alpenverein beobachteten 105 Gletscher schmelzen ab. Zum Teil sehr deutlich: vier von ihnen um mehr als 50 Meter. Laut einer OECD-Studie ist in Österreich von den derzeit als schneesischer geltenden Regionen bereits rund ein Fünftel vom Klimawandel bedroht.

## Was verursacht den Klimawandel?

Ursache sind die Emissionen der sogenannten Treibhausgase, insbesondere aus industriellen Prozessen seit Beginn der Industrialisierung, aber auch durch die Rodung der tropischen Regenwälder.

Der natürliche Treibhauseffekt erwärmt die Erdatmosphäre, ähnlich wie die Luft in einem Glashaus. Die kurzwellige Sonnenstrahlung dringt fast vollstän-

dig bis zur Erde, während die von der Erde zurückgestrahlte Wärmestrahlung zum größten Teil aufgenommen wird. Ohne den Treibhauseffekt wäre Leben auf der Erde kaum möglich.

Durch die Industrialisierung erfolgte eine Beeinflussung der Konzentration dieser Treibhausgase in der Atmosphäre und es kam so zu einem zusätzlichen Treibhauseffekt. Die wichtigsten und am schnellsten steigenden Treibhausgase sind: Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), Lachgas (N<sub>2</sub>O) und Ozon (O<sub>3</sub>). Weitere nicht natürliche Treibhausgase sind: voll- und teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW bzw. H-FCKW), perfluorierte und wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe (FKW bzw. H-FKW), Halone und Schwefelhexafluorid (SF<sub>6</sub>).

Wichtig für die Treibhauswirksamkeit eines Gases ist die Verweilzeit in der Atmosphäre und deren Treibhauspotenzial, das heißt, wie viel zusätzliche Erwärmung durch dieses Gas ausgelöst wird. In der Regel vergleicht man das Treibhauspotenzial mit der Erwärmung, die eine vergleichbare Menge CO<sub>2</sub> (CO<sub>2</sub>-Äquivalent) verursacht hätte, weil CO<sub>2</sub> das mengenmäßig bedeutendste Treibhausgas darstellt.

Haupt-Emissionsquellen für Treibhausgase sind zum weitaus größten Teil die Verbrennung fossiler kohlenstoffhaltiger Energieträger (Kohle, Öl, Benzin, Diesel, Erdgas ...) für Industrie, Gewerbe, Energieerzeugung, Verkehr, bei denen CO<sub>2</sub> entsteht. Für die übrigen Treibhausgasemissionen ist die chemische Industrie

1) IPCC, [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch); [www.ipcc.ch/SPM2feb07.pdf](http://www.ipcc.ch/SPM2feb07.pdf)  
2) Die Presse, 8. 2. 07 bzw. Kronen Zeitung, 7. 4. 07



– vor allem FCKW und Halone, die Abholzung und Brandrodung von Wäldern sowie die Landwirtschaft und andere Bereiche, zum Beispiel CH<sub>4</sub> aus Rinderhaltung, Reisanbau und Mülldeponien, oder N<sub>2</sub>O durch Düngung, verantwortlich.<sup>3)</sup>

### Wirtschaftliche Folgen

Der Anstieg der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre bewirkt die Erwärmung auf der Erde. Betrug diese Konzentration vor der industriellen Revolution 280 ppm (parts per million) Kohlendioxidäquivalente, so sind es heute bereits 430 ppm. Jährlich wird mit einem Anstieg um 2 ppm gerechnet. Da Reduktionsmaßnahmen – sollten sie tatsächlich gesetzt werden – erst nach langer Zeit Wirkung zeigen, ist Feuer am Dach. So kommt der im Februar 2007 veröffentlichte Klimabericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonom und jetzigen Leiters des volkswirtschaftlichen Dienstes der britischen Regierung Nicholas Stern («Stern-Report») im Auftrag der britischen Regierung zu dem Schluss, dass die Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre unter 550 ppm gehalten werden müssen, um schwerwiegende Folgen für die Weltwirtschaft zu vermeiden. Wenn der Anstieg der Emissionen innerhalb von 15 Jahren gestoppt wird, kann der Anstieg der Erderwärmung auf zwei bis drei Grad Celsius begrenzt werden. Die Kosten für diese Maßnahme würden bei ca. ein Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegen. Überdies würden »Maßnahmen gegen den Klimawandel neue Märkte schaffen, zum Beispiel für kohlenstoffarme Energietechnologien und andere kohlenstoffarme Waren und Dienstleistungen.« Wenn die Staaten allerdings nicht handeln, könnte das langfristig eine Weltwirtschaftskrise verursachen, mit Verlusten von fünf bis 20 Prozent des globalen BIP.<sup>4)</sup>

### Kein Geld da?

Wenn debattiert wird, wo das Geld für den Klimaschutz herkommen soll, möge man sich dazu nur beispielhaft einige Fakten vor Augen führen: Die Erdöl- und Automobilkonzerne gehören sowohl zu den größten Verursachern der Treibhausgasemissionen, als auch zu den größten

Profiteuren dieser Umweltverschmutzung. So verzeichneten etwa Exxon-Mobil oder Shell 2006 einen Gewinn von 30 bzw. 25 Milliarden Dollar!<sup>5)</sup> Oder: in einem Jahr geben die USA für ihr Militärbudget rund 700 Milliarden Dollar aus. Laut dem UNO-Beauftragten Jean Ziegler kann man für ca. 100 Milliarden Dollar die Zerstörung der Wälder stoppen, gegen die Bodenerosion ankämpfen, die Ozonschicht schützen, gegen Sauren Regen und die Erwärmung des Planeten kämpfen und alternative Energien entwickeln: »In den 122 Staaten der Dritten Welt steigen die Leichenberge, die Goldberge steigen bei uns.«<sup>6)</sup>

### Hauptklimasünder

Grundlage der Klimapolitik bilden die Klima-Rahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll.<sup>7)</sup> Die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht unterzeichnet haben, sind der größte Klimasünder. Ihre Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Emissionen betragen 20 Tonnen. In der EU sind es 10 Tonnen und in China derzeit vier Tonnen pro Kopf. Mit rund 5,8 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub>-Ausstoß sind die USA der größte Klimasünder: sie verursachen 22 Prozent der Weltmissionen, stellen aber nur 4,6 Prozent der Weltbevölkerung. Insgesamt blasen derzeit die Industriestaaten die Hälfte aller weltweiten Treibhausgasemissionen (davon 15 Prozent die EU) in die Luft. Zehn Prozent stammen aus Russland, bzw. dem ehemaligen Ostblock und 40 Prozent vom Rest der Welt. Auch wenn China mit einer Bevölkerung von über einer Milliarden Menschen bis 2015 die USA eingeholt haben dürfte, zeigt sich auch bei der Klimaproblematik das weltweite soziale Gefälle zwischen Arm und Reich. Hat sich China – jüngsten Berichten zufolge – bereit erklärt, ab 2013 Maßnahmen gegen den Treibhausgasausstoß zu setzen, gibt

es in den USA diesbezüglich noch keinen »Klimawandel«.<sup>8)</sup>

### EU-Klimastrategie

Die EU hat sich in ihrer neuesten Klimastrategie das Ziel gesetzt, bis 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen um mindestens 20 Prozent herunterzufahren. Dabei muss man anmerken, dass schon die vorangegangenen Zielsetzungen verfehlt wurden und bei den künftigen den Lobbys nachgegeben wird. Zuletzt geschehen beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß für Pkw.: ab 2012 dürfen doch 130 statt 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer ausgestoßen werden: »Brüssel lässt beim CO<sub>2</sub> Milde walten, Autos werden aber teurer werden«, kommentierte die »Wiener Zeitung«<sup>9)</sup> den doppelten Nutzen der Autoindustrie.

### Atomarer Klimaschutz?

Von einigen EU-Ländern, in denen die Atomkraft stark genutzt wird, wie in Frankreich oder in Deutschland, wird mit dem Argument, dass AKW CO<sub>2</sub>-frei laufen, im Namen des Klimaschutzes Lobbying für die hinlänglich als risikoreich bekannte Atomkraft betrieben. Nach Berechnungen von Felix Chr. Matthes, Koordinator des Bereichs Energie & Klimaschutz am Öko-Institut in Berlin, müssten theoretisch bis 2050 jährlich zumindest 25 bis 35 große Kernkraftwerke gebaut werden, um ein nennenswertes CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel zu erreichen. Solch eine massive Atomenergieexpansion würde unter anderem wegen schwerer Unfälle, der Gefahr von Terroranschlägen usw. die Risiken für Gesundheit, Ökosysteme, soziale und ökonomische Systeme signifikant erhöhen sowie das Problem der nuklearen Abfälle und Nichtweiterverbreitung von Kernmaterialien in eine neue Dimension erheben.

### Klimasünder Österreich

Österreich, das sich gerne selbst als Umweltmusterland darstellt, ist beim Klimaschutz zum Nachzügler geworden: Laut Kyoto-Ziel soll Österreich im Zeitraum 1990 bis 2010 seine Treibhausgasemissionen im Schnitt um 13 Prozent absenken. Faktum ist, dass im Jahr 2005 um 18 Prozent mehr Treibhausgase in die

3) IPCC

4) Nicholas Stern: The Economics of Climate Change. The Stern Review. Cambridge University Press 2007; bzw. de.wikipedia.org/wiki/Stern-Report

5) Die Presse, 2. 2. 07

6) Österreich, 5. 1. 07; und: Jean Ziegler/Dieter Hornig von Pantheon: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung

7) www.unfccc.int

8) IEA, Internationale Energie Agentur www.iea.org

9) Wiener Zeitung, 8. 2. 07

8) IEA, Internationale Energie Agentur www.iea.org

9) Wiener Zeitung, 8. 2. 07

Luft geblasen wurden. Seit 1990 haben sich die Emissionen aus dem Verkehr fast verdoppelt (plus 91%). die Energieaufbringung verursachte um 16% mehr, die Industrie um 11% mehr und die Raumwärme um 6% mehr Treibhausgase. Zwischen Kyoto-Ziel und Wirklichkeit stehen 24,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente zu viel zu Buche. Die Hauptverursacher der im Jahr 2005 ausgestoßenen 93,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente sind zu fast gleichen Teilen (26,5 bzw. 26,2%) Industrie und Verkehr, die somit mehr als die Hälfte aller Emissionen ausmachen, gefolgt von Energie/Elektrizität (17%), Haushalt (16,7%), Landwirtschaft (8,3%) und Sonstige (5,3%).<sup>10)</sup>

### Österreichs Klimastrategie

Wurde am 21. März 2007 im Ministerrat verabschiedet. Sie rechnet einen Teil der Verkehrsemissionen wegen des Tankou-

rismus heraus und erlaubte überdies der Industrie doch einen erheblichen Zukauf von Verschmutzungsrechten aus dem Ausland.<sup>11)</sup> Dies hat zuletzt die EU kritisiert, eine geringere Zuteilung von Emissions-Zertifikaten angekündigt und erhebliche Nachbesserungen eingefordert, insbesondere höhere Eigen-Reduktionsziele im Bereich von Industrie, Raumwärme und Energieerzeugung.

### Arme Industrie?

Die Industriellenvereinigung lief dagegen Sturm und die Voest drohte mit Investitionsabzug, weil die weitere CO<sub>2</sub>-Senkung eine jährliche Mehrbelastung des Stahlkonzerns von 60 Millionen Euro bedeuten würde. Dass da dick aufgetragen wurde, musste sogar »Die Presse« zu-

gestehen: »Natürlich muss ein hoch profitabler Konzern wie die OMV keinen Termin beim Konkursrichter anmelden, wenn er Emissionszertifikate auf dem freien Markt kaufen muss. Doch die Industrie ist darüber erbost, dass ihre Bemühungen, Energie effizienter einzusetzen, nicht honoriert werden.«<sup>12)</sup>

Was steckt hinter dieser beleidigten Haltung? Seit 2005 erhalten in der EU Industrie- und Energieunternehmen von ihren jeweiligen Regierungen kostenlos eine bestimmte Menge an Verschmutzungsrechten. Stoßen die Betriebe mehr Treibhausgase als die zugeteilten Zertifikate wert sind aus, müssen Emissionsrechte zugekauft werden. So sollten energieeffiziente und innovative Betriebe belohnt werden. Tatsächlich aber erhielten die Firmen von den Regierungen mehr Emissionszertifikate zugeteilt als sie verschmutzen. Die Folge: der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub>, der 2005 bei 10 Euro und 2006 bei 30 Euro lag, stürzte im

10) Umweltbundesamt 2006, [www.umweltbundesamt.at](http://www.umweltbundesamt.at)

11) [umwelt.lebensministerium.at/article/articleview/55599/1/1467](http://umwelt.lebensministerium.at/article/articleview/55599/1/1467)

12) Die Presse, 3. 4. 07



REFORMEN - NICHT NACHLASSEN!!

März 2007 auf unter einen Euro ab. Da in Zukunft weniger Zertifikate ausgegeben werden, wird geschätzt, dass der Preis 2008 zwischen 15 und 20 Euro liegen wird. Jetzt also, wo die Unternehmen erstmals tatsächlich für die Reduktion der Treibhausgase in die Tasche greifen müssten – und die, die es betrifft, schreiben ja die höchsten Gewinne aller Zeiten, wie Böhler-Uddeholm, voestalpine, OMV oder Energiebetriebe wie EVN, Verbund etc. – kommt das große Jammern von wegen zu teuer und Gefährdung des Standortes und von Arbeitsplätzen.

Dem hält AK-Klimaschutzexperte Christoph Streissler entgegen, dass »bei Förderung von Klimaschutz-Investitionen in Österreich die CO<sub>2</sub>-Reduktion je Tonne nur halb so viel wie beim Zukauf von Emissionsrechten kostet«. »Volkswirtschaftlich gesehen« ist das für den AK-Experten Thomas Ritt »ein komplett falscher Weg. Auch die meisten positiven Nebeneffekte des Klimaschutzes (Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Technologieentwicklung und der Versorgungssicherheit mit Energie, Ausbau des öffentlichen Verkehrs usw.) werden dann eben im Ausland wirksam.«<sup>13)</sup>

### Böse Tanktouristen?

Umweltminister Josef Pröll will, dass die Emissionen aus dem Tanktourismus Österreich nicht angerechnet werden. Tatsache aber ist, so rechnet die AK vor, dass mit der daraus eingenommenen Mineralölsteuer von ca. 120 Euro je Tonne CO<sub>2</sub> die daraus entstandenen Emissionen 24-mal eingespart hätten werden können. Schlecht fällt auch der Befund der AK für die bisherige Klimapolitik Österreichs aus. Thomas Ritt: »Jahrelang hat sie sich nur zwischen symbolischen Maßnahmen und Versuchen, über diesen Titel Landwirtschaftsförderung zu betreiben, bewegt.« Für die Zukunft sieht die AK etliche Möglichkeiten, nachhaltige Maßnahmen (flächendeckende Lkw-Maut, mehr öffentlicher Verkehr, koordinierte Raumplanung, Ausbau der Fernwärme, Verdoppelung der Sanierungsrate bei der Wärmedämmung, sinnvoller Biomasseeinsatz) zusetzen und begrüßt den mit 500 Millionen Euro dotierten Klimaschutzfonds.

### Verkehrter Verkehr?

»Ein wichtiger Weg zu mehr Klimaschutz« ist für Sylvia Leodolter, Leiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien, »die Einführung einer flächendeckender Lkw-Maut.« Laut Wegekostenrechnung bezahlt ein Lkw-Frächter auf ehemaligen Bundesstraßen nur 47 Prozent, auf Landes- und Gemeindestraßen gar nur 13 Prozent der Straßeninfrastrukturkosten. **Gemäß VCÖ-Berechnungen kostet die Frächterlobby die Steuerzahler im Jahr 4,4 Milliarden Euro, während sie selbst nur 0,9 Milliarden Euro für die Straßenbenutzung bezahlen.**

Für Wilhelm Haberzettl, Vorsitzender der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vido, »hat Österreichs Regierung beim letzten EU-Gipfel in Brüssel die Berücksichtigung des Verkehrs in den Klimaschutz hineinverhandeln können«. Gerechtfertigt sei auch der Vorstoß für eine europaweit einheitliche Besteuerung von Flugzeugtreibstoff, wenn man bedenkt, dass »sich der Flugverkehr seit 1990 um 150 Prozent gesteigert hat. Wäre der Luftverkehr im gleichen Maße wie der »Landverkehr« besteuert, würde dies auch zu einer gerechteren Gestaltung des Wettbewerbs zwischen den Verkehrsträgern und somit auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei der um vieles umweltfreundlicheren und besteuerten Bahn beitragen. Zudem bezahlen insbesondere subventionierte Billig-Fluglinien MitarbeiterInnen meistens nur Dumping-Löhne.«

Schifffahrt und Bahn sind die umweltfreundlichsten Verkehrsträger. Laut Zahlen des VCÖ betragen die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Bahn nur sieben Gramm je Nettotonnenkilometer. Beim Flugzeug sind es hingegen 239,3 Gramm.

### ArbeitnehmerInnen dürfen nicht draufzahlen

Für Dwora Stein, Bundesgeschäftsführerin der GPA-DJP, stehen bei Umweltak-

tivitäten und damit auch beim Klimaschutz die Menschen im Mittelpunkt. »Bei Umweltaktivitäten, an denen wir beteiligt waren oder sind, etwa bei der langjährigen Kampagnen zu »Fair Essen im Betrieb« und zur »Reparaturgesellschaft« (»Treffpunkt Reparatur«), zum Mobilitätsmanagement und zum Ökologisches Benchmarking, haben wir uns immer für Regionalität, Stärkung regionaler Wirtschaftsstrukturen, geringe Transportwege und Niedrighaltung der Emissionen und der Energiekosten eingesetzt.« Auch beim erfolgreichen Eintreten für ethisches Investment, speziell bei den MitarbeiterInnen-Vorsorgekassen (MVK), steht für die GPA-DJP neben dem Aspekt Arbeitnehmerrechte die Ökologie im Vordergrund. Dwora Stein: »Investitionen in Umwelttechnologien und die Ablehnung umwelt- und klimazerstörender Produktionen.«

### Durchbruch?

Verfolgt man die Berichterstattung zur Klimaproblematik in den Medien, gibt es einen eindeutigen Tenor: Schuld am Klimawandel ist der Mensch. Beispiele gefällig?: »Kaum mehr Zweifel an der Rolle des Menschen«<sup>14)</sup>, »UNO-Klimabericht: Mensch verursacht Erderwärmung«<sup>15)</sup>, »Der neue UNO-Klimabericht stellt die Verantwortung des Menschen für die Erderwärmung in den Vordergrund.«<sup>16)</sup> Und für den »Kurier«-Leitartikler Alfred Payerleitner ist mit der Erkenntnis, dass an der Erderwärmung der Mensch schuld ist, ein Durchbruch geschafft: »Wegleugnen lässt sich der Humanfaktor nicht mehr.«<sup>17)</sup>

Soviel Jubel über die eigene Erkenntnis macht stutzig. Zu Recht. Denn die Menschen pauschal zur Ursache des Klimawandels zu machen ist so richtig wie falsch. Der Trick liegt aber darin, dass die Sachlage so dargestellt bzw. kommentiert wird, dass wir alle gleichermaßen an der Klimakatastrophe schuld sein sollen.

Aber es wären nicht die bürgerlichen Medien, würden sie nicht gleich hinten nach einen »Ausweg« nach dem Geschmack der Wirtschaft skizzieren: »Klimaschutz als Konjunkturmotor«<sup>18)</sup> oder »Der Planet Erde ist zwar eine Art Raumschiff – aber eines, dessen Vorräte mit den Preisen wachsen.«<sup>19)</sup> Das heißt im Klar-

13) siehe: Wirtschaft & Umwelt, Nr. 1/2007

14) Neue Zürcher Zeitung, NZZ Online, 3. 2. 07

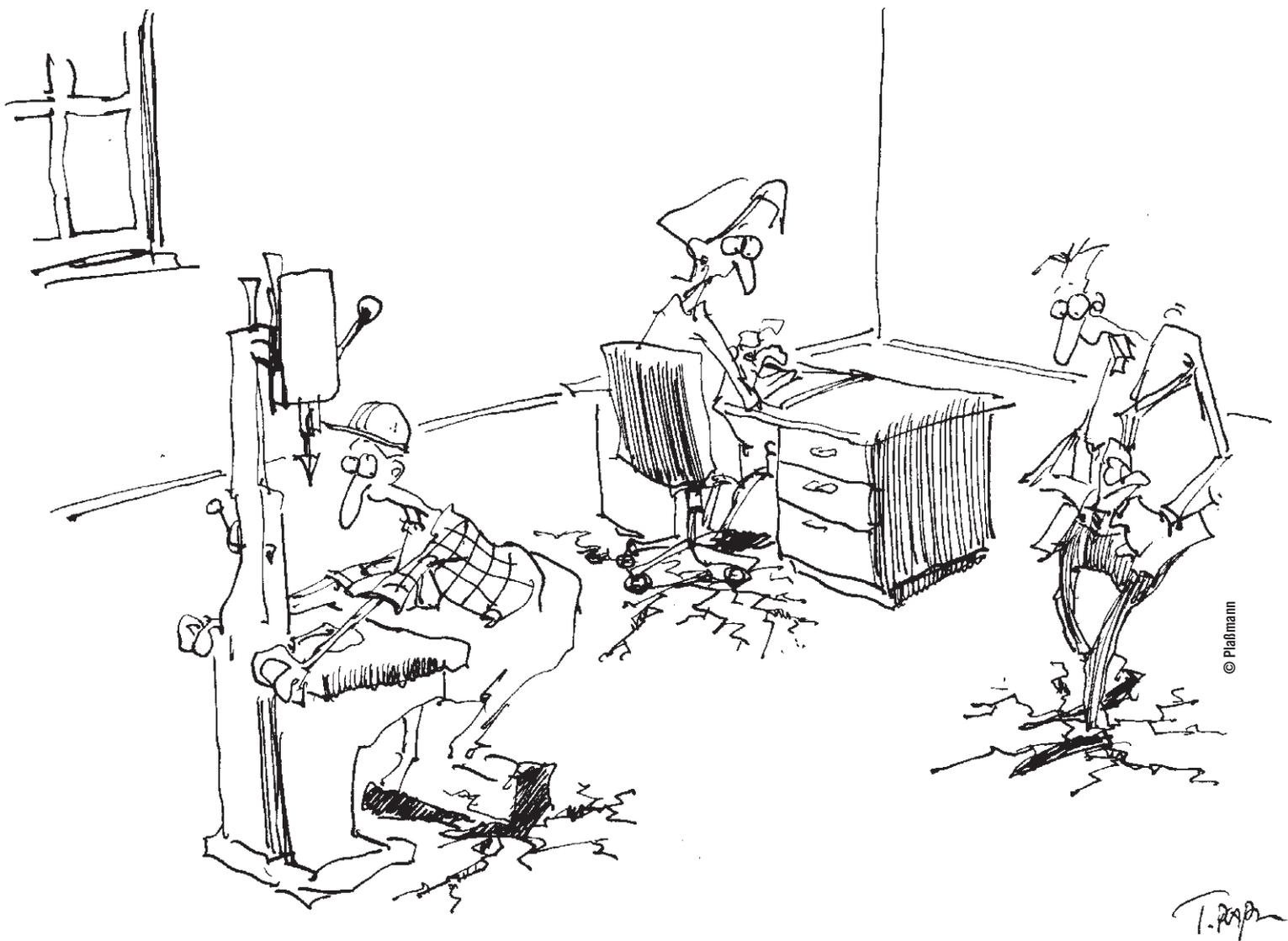
15) ORF Online, 3. 2. 07

16) Wirtschaftskammer, WKO.at, 7. 2. 07

17) Kurier, 10. 4. 07

18) Kronen Zeitung, 10. 3. 07

19) Kurier, 10. 4. 2007



## GEFÜHLTE MITTELSCHICHT

text, schuld ist jeder Einzelne, und wenn der bereit ist, tiefer in die Geldbörse zu greifen, dann – so wird damit verbreitet – kann das Problem gelöst werden. Und so werden fortan im Namen des Klimaschutzes vor allem Maßnahmen diskutiert, die die breite Masse der arbeitenden Menschen finanziell belasten sollen, aber zu keiner Lösung des Grundproblems führen. Sicher kann jeder Einzelne seinen Beitrag leisten, doch auf Produktions- und Wirtschaftsweise hat er derzeit nur marginalen Einfluss. Diese liegt fest in den Händen der Konzerne, von denen sich auch die Politik vermehrt – Stichwort »globalisierte Welt« – die Hand führen lässt. Worum es im Kern geht, musste zuletzt selbst der sonst so wirtschaftsfreundliche Umweltminister Josef Pröll anerkennen: »Bisher geht es immer nur um den Profit und nicht um die Umwelt, das muss

sich ändern.«<sup>20)</sup> Dem ist eigentlich nichts bzw. nur soviel hinzuzufügen, dass man dann doch endlich die Profiteure in die Pflicht nehmen soll. Dass dazu nicht die arbeitenden Menschen zählen, sollte klar geworden sein. Ebenso, dass diese somit die natürlichen Verbündeten der Politik gegen die zunehmende Willkür der Konzerne wären und nicht die Wirtschaft, die durch Lobbying der Politik »den Kopf verdreht«. Derzeit allerdings wird von den von den Bevölkerungen gewählten Vertretern der Politik willfähriges Verhalten gegenüber den Konzernen an den Tag gelegt. Dessen »Geschäft« erschöpft sich oft nur mehr darin, weitestgehend die Vorteile der Wirtschaft als im Interesse der Bevölkerung gelegen darzulegen und umzusetzen.

20) Kronen Zeitung 7. 4. 07

### INFORMATION

#### AK-RATGEBER – ENERGIE SPAREN

##### Was können die Endverbraucher tun?

Schon allein durch richtiges Heizen und Lüften sind für einen Durchschnittshaushalt bis zu 160 Euro Jahresersparnis drinnen. Die Broschüre der AK Wien hat praktische Spartipps parat, die das Geldbörsel und zusätzlich die Umwelt schonen. Umfassende Informationen und konkrete Tipps aus verschiedenen Energiebereichen des Haushalts, wie Raumheizung, Beleuchtung, Elektrogeräte-nutzung oder Auto, tragen dazu bei. Bestell-telefon: 01 501 65 401, Fax: 01 501 65 3065, E-Mail: [bestellservice@akwien.at](mailto:bestellservice@akwien.at)

Download unter:

[wien.arbeiterkammer.at/publikationen](http://wien.arbeiterkammer.at/publikationen)

## Entwicklungspolitik:

# Spärliche Erhöhung

**Entwicklungspolitische NGOs sind enttäuscht über das Budget 2007/08 für Entwicklungszusammenarbeit.**

In seiner Budgetrede betonte Finanzminister Wilhelm Molterer die Verpflichtung Österreichs, 0,51% des Bruttonationalprodukts bis zum Jahr 2010 für Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit zu erreichen. Im Gesamtbudget des Außenministeriums seien für 2007/08 entsprechend Mittel dafür veranschlagt.

Die im Dachverband AGEZ zusammengeschlossenen 33 entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen Entwicklungspolitische (NGOs) begrüßen, dass die Regierung diese Verpflichtung

umsetzen will, bedauern aber, dass für Entwicklungszusammenarbeit im Budget nur eine minimale Erhöhung vorgesehen ist: Knapp fünf Millionen mehr für Beiträge an internationale Organisationen, wie etwa die Vereinten Nationen. Das Kernstück der Entwicklungszusammenarbeit, die bilaterale Projekt- und Programmhilfe, wurde nur um zwei Millionen Euro erhöht. Geht man davon aus, dass rund 3% des Voranschlags im Finanzministerium einbehalten werden können (weil Entwicklungszusammenar-

beit eine Ermessensausgabe ist), fallen die Erhöhungen noch geringer aus.

Die NGOs bezweifeln, ob mit dieser minimalen Erhöhung das angepeilte Ziel von 0,51% bis 2010 erreicht werden kann. Um das Ziel der EU – 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 – zu erreichen, wäre ab sofort eine jährliche Steigerung von rund 200 Millionen Euro in Österreich notwendig. Die AGEZ fordert daher einen verbindlichen Stufenplan, um die 0,7% zu erreichen. *G. M.*

# EU: Soziales Gütesiegel

**Soziale Verantwortung von Unternehmen soll verpflichtend werden.**

»Die bisherigen Versuche der EU-Kommission Unternehmen zu mehr sozialer Verantwortung zu bewegen, waren wegen der Freiwilligkeit, auf der die Maßnahmen basierten, größtenteils zum Scheitern verurteilt. Daher ist es höchst an der Zeit, die Sozial- Umwelt- und Finanzberichterstattung der Unternehmen durch Vorschriften zu regeln«, forderte Harald Ettl, stellvertretender Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und Mitglied des Europäischen Parlaments. »Sowohl die soziale wie auch

die ökologischen Verantwortung und die Rechenschaftspflicht sind herausstechende Teile des Europäischen Sozialmodells und damit die Grundlage für die Bewältigung sozialer Herausforderungen«, meinte Ettl anlässlich der Abstimmung im Europäischen Parlament über einen Bericht zur sozialen Verantwortung von Unternehmen. Es sei nicht nötig, neue Vorschriften zu erfinden, wenn man die bereits bestehenden Regelungen und Programme entsprechend umsetzt, meinte der Gewerkschafter und EU-Parlamente-

tarier. Ähnlich den Öko-Gütesiegeln soll es nun eine Kennzeichnung für Produkte geben, deren Hersteller die Achtung der Menschenrechte und der grundlegenden Arbeitnehmerrechte garantieren. Besondere Bedeutung hat der internationale Ansatz in der Frage der sozialen Verantwortung. Ettl: »Die Befürchtungen der Unternehmen, wonach die Regelungen einen Wettbewerbsnachteil mit sich bringen könnten, müssen durch ein rechtsverbindliches internationales Übereinkommen entkräftet werden.« *G. M.*

# Betriebsrats-Spiel: »Fairplay«

**Das Leben ist hart genug, spielend Mitbestimmung erlernen, das ist das Motto des Spiels »Fairplay«.**

Zweck von »Fairplay« ist es, Kenntnisse über betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung zu vermitteln und den Nutzen von Demokratie im Betrieb aufzuzeigen. Der Spielablauf basiert auf DKT. Unterschied: es werden keine Straßen oder Häuser gekauft, sondern Betriebsräte gegründet, Betriebsratsfonds eingerichtet und Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben geworben. Rudolf Kaske, Vorsitzender der neuen Ver-

kehr- und Dienstleistungsgewerkschaft »vida«, stellte das Spiel gemeinsam mit Spielentwickler Günther Harapatt von der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) vor: »In der neu gegründeten Gewerkschaft vida haben wir uns das Leben, die Lebensfreude zum Motto gemacht. Da gefällt mir die Idee, dass bei Fairplay nicht kaufen, kaufen, kaufen im Mittelpunkt steht, sondern die Gründung von Betriebsräten – das macht auch

Spaß.« Sieger sind diejenigen, die möglichst viele Betriebsräte gründen, erfolgreich führen und letztlich Zentralbetriebsrat werden.

Dabei müssen die SpielerInnen ihr Wissen unter Beweis stellen.

**Preis: € 29,-, Versandkosten: € 3,90,  
Bestellung Telefon: 01/405 49 98/139,  
Fax: 01/405 49 98/136;  
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at  
Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)** *W. L.*

# Kommentar

**Lisa Langbein**

Vorsitzende der Unabhängigen  
GewerkschafterInnen im ÖGB und  
Mitglied des Vorstandes des  
Österreichischen  
Gewerkschaftsbundes.



## Zum Überleben?

**Eigentlich ist eine** bedarfsorientierte Mindestsicherung ja eine tolle Idee. Niemand in unserem reichen Land soll unter 726 Euro pro Monat zur Verfügung haben. 726 Euro im Monat sind nicht viel, wer an Mieten und Heizkosten denkt, weiß, dass sich das allenfalls recht knapp ausgeht. Wir wissen aber auch, dass viele Menschen weniger Geld zur Verfügung haben, insofern wäre das eine deutliche Verbesserung. Höchst an der Zeit, in allen Rankings der reichsten Länder der Erde taucht Österreich ganz vorne auf, ein Land, in dem aber trotzdem die Armut zunimmt.

Die Pläne zur Einrichtung einer Mindestsicherung scheinen da in die richtige Richtung zu gehen, Aufmerksamkeit scheinen wir nur mehr der Höhe der Summe widmen zu müssen.

Also alles palletti? Leider nicht.

### Gnadenakt Sozialhilfe

Die »bedarfsorientierte Mindestsicherung« wird im System der Sozialhilfe angedacht, und das hat seine Tücken.

Nicht nur, dass Sozialhilfe länderspezifisch unterschiedlich funktioniert, eine Vereinheitlichung wird zwar schwierig sein, ist aber längst überfällig. Der erste große Haken liegt in der »**Vermögensverwertung**«. Was das heisst? Nun, zuerst muss das ganze eigene Vermögen verbraucht sein, nur wer nichts mehr hat, kann etwas bekommen. Das bedeutet, zuerst sind die Bausparverträge, Sparbücher, Autos etc. zu verwerten. Das ist nicht nur demütigend und macht die Menschen zu Bittstellern, es ist auch armutsfördernd. Denn wer nichts mehr hat und dann erst wenig bekommt, wird sich nicht mehr leicht eine eigenständige Existenz aufbauen können.

Der zweite Haken liegt im **Regress**. So können – in vielen Bundesländern durchaus üblich – Eltern oder Kinder im Rahmen der Unterhaltsverpflichtung zur Beitragsleistung verpflichtet werden.

Unter die Bestimmungen der Sozialhilfe fallen übrigens auch pflegebedürftige Menschen mit dem Zuschuss, den sie meist für einen Pflegeheimaufenthalt brauchen. Also auch da, alles weg zuerst, alles, was im Leben aufgebaut wurde. Dann erst gibt es Hilfe.

### Trauerspiel Notstandshilfe

Noch viel stärker in Frage zu stellen ist, dass offenbar angedacht ist, in diese sogenannte Mindestsicherung auch Beziehenden von Notstandshilfe einzubeziehen. Das System der Notstandshilfe strotzt bereits jetzt von Ungerechtigkeiten: obwohl eigentlich eine Versicherungsleistung – schließlich hat jede/r potentielle NotstandshilfebezieherIn in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt – wird hier zur Anspruchsberechtigung das **PartnerInneneinkommen** herangezogen. Das führt dazu, dass gerade Frauen oft ihren Anspruch verlieren. Dieser Missstand bleibt unbehoben.

Die Summen, die NotstandshilfempfeängerInnen erhalten sind nicht übertrieben hoch. (2005: durchschnittliches Arbeitslosengeld € 711,20, Männer: € 781, Frauen: € 631, durchschnittliche Notstandshilfe € 570,20, Männer: € 615, Frauen: € 485).

Schon jetzt hätten viele einen Anspruch auf zusätzlich Sozialhilfe. Sie beantragen sie aber selten, weil dabei eben das Vermögen herangezogen und Angehörige in die Pflicht genommen werden.

**Untersuchungen zeigen, dass vorsichtig geschätzt, 100% mehr Betroffene Anspruch auf Sozialhilfe hätten, als sie derzeit beziehen. Die Sorge, alles, was im Laufe des Lebens aufgebaut wurde, zu verlieren, ist zu groß und berechtigt.**

### Gnadenakt für Arbeitslose?

Immer wieder kamen in der Vergangenheit Debatten darüber auf, die Notstandshilfe in die Sozialhilfe zu integrieren. Arbeiterkammer und Gewerkschaften lehnten das bisher ab. Jetzt, mit der Planung einer »bedarfsorientierten Mindestsicherung« droht das durch die Hintertür und unwidersprochen Tatsache zu werden. Damit könnte die »Versicherungsleistung« in eine Gewährung von ersatzweiser Hilfe umgewandelt werden. Und die Verarmung von Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind, ist damit programmiert. Eine Einbeziehung der Notstandshilfe in so ein System wäre eine Verschlechterung, eine Aufstockungsmöglichkeit auch keine Verbesserung. Eine Sockelung – also Mindestabsicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe nach unten in einer entsprechenden Höhe – ist ja nicht vorgesehen, sondern eben nur die mögliche »Ergänzung« um die zur Mindestsicherung mutierte Sozialhilfe. **Eine Mindestsicherung, die nur als Ersatz für komplette Mittellosigkeit dient, verdient diesen Namen nicht.** Sie garantiert nicht, dass die monatlichen Grundbedürfnisse dann gedeckt sind, wenn Menschen selbst dazu nicht in der Lage sind. Aus welchem Grund auch immer. Sie ist nur in der Lage, dazu zu verhelfen, dass, wenn alle Mittel aufgebraucht sind, nicht verhungert und erfroren wird. Also eine Hilfe, keine Sicherung.

# Budgets 2007 und 2008: Kurs stimmt

– aber Mehrbedarf in wichtigen Zukunftsbereichen

*Die Regierung legte ihr erstes Budget vor. Es ist gleich ein Doppelbudget für 2007 und 2008 geworden. Eine erste Analyse der AK zeigt: Die Grundrichtung für mehr Wachstum und Beschäftigung stimmt. Allerdings gibt es nach wie vor zu wenig Mittel für die wichtigen Zukunftsbereiche.*

Christa Schlager und  
Tobias Schweitzer

arbeiten in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

**U**m das Ziel der Regierung im Jahr 2010 Vollbeschäftigung zu erreichen, werden zusätzliche Anstrengungen notwendig sein (siehe Tabelle 1: »Einnahmen und Ausgaben in Milliarden Euro«).

Im Voranschlagsentwurf 2007 stehen Ausgaben von 69,6 Milliarden Euro Einnahmen von 65,7 Milliarden Euro gegenüber. Das gesamtstaatliche Defizit laut Maastricht wird mit 0,9% veranschlagt.

Im Jahr 2008 stehen den Ausgaben von 69,9 Milliarden Euro Einnahmen von 66,9 Milliarden Euro gegenüber. Das

gesamtstaatliche Defizit wird 2008 mit 0,7% angegeben.

Die Budgets 2007 und 2008 sind knapp unter den Ausgaben 2006, die 70,519 Milliarden Euro betragen. Dies ist angesichts der anhaltend guten Konjunkturlage auch ökonomisch sinnvoll (siehe Tabelle 2: »Defizit des Bundes in Prozent des BIP«).

## Einnahmenseite

Die Schätzung des Abgabenaufkommens für 2007 und 2008 erfolgte auf Basis der Dezemberprognose 2006 des WIFO wird in Summe als realistisch eingeschätzt, die Arbeiterkammer kommt allerdings bei einzelnen Steuern zu anderen Ergebnissen: Die Körperschaftsteuer und die Erbschafts- und Schenkungssteuer sind überschätzt, Lohn- und Umsatzsteuer tendenziell unterschätzt. Die hohe Belastung der

Arbeitseinkommen setzt sich weiter fort. Es bedarf dringend einer Steuerstrukturreform (siehe Tabelle 3: »Aufkommen ausgewählter Abgaben in Milliarden Euro«).

Aufgrund der günstigeren Konjunktorentwicklung hat das WIFO seine Prognose im März um +0,4 Prozentpunkte beim nominellen Wachstum für 2007 nach oben revidiert. Schon 2006 kam es aufgrund des in dieser Stärke ursprünglich nicht erwarteten Aufschwungs zu Mehreinnahmen von insgesamt 2,8 Milliarden Euro. Dies ergab für den Bund Mehreinnahmen von 1,8 Milliarden Euro. Es ist dementsprechend 2007 mit Mehreinnahmen zu rechnen.

Für 2008 wurden ebenfalls die Wachstumsrate des BIP zuletzt um +0,2 Prozentpunkte nach oben revidiert. Falls sich der gegenwärtig positive Trend fortsetzt, sind auch 2008 Mehreinnahmen wahrscheinlich.

## Ausgabenseite

Auf der Ausgabenseite sind die Voranschlagsentwürfe in Summe wachstumsneutral angelegt, sie setzen aber punktuell Akzente. Mehrausgaben sind für 2007 in den Bereichen Unterricht und Kultur, Wissenschaft und Forschung, Soziales,

## Einnahmen/Ausgaben administrativ

in Milliarden Euro

Tabelle 1

	2006	2007	2008
Ausgaben	70,5	69,6	69,9
Einnahmen	66,1	65,7	66,9
<b>Defizit</b>	<b>4,4</b>	<b>3,9</b>	<b>3,0</b>

## Defizit des Bundes in Prozent des BIP

Tabelle 2

	2006	2007	2008
Administratives Defizit	1,7	1,4	1,1
Maastricht-Defizit	1,5	1,3	1,2

Quelle: BMF

Familie, Umwelt, Infrastruktur aber vor allem für die Landesverteidigung aufgrund des Abfangjägerkaufs vorgesehen. Letztere werden sich aber nicht auf die Inlandsnachfrage auswirken. Die sinkende Arbeitslosigkeit und der Rückgang der Europäischen Sozialfondsmittel lassen die Ausgaben im Bereich Wirtschaft und Arbeit stark sinken. In Summe sind 2007 Minderausgaben von 945,4 Mio. Euro bzw. -1,3% angesetzt.

2008 steigen die Ausgaben um 0,4% bzw. 295 Millionen Euro gegenüber 2007 wieder leicht an. Diese Steigerung liegt nicht nur unter dem erwartenden nominalen Wachstum, sondern auch unter der erwartenden Inflationsentwicklung. Überdurchschnittlich steigen die Steuerüberweisungen an Länder und Gemeinden und für die Sozialversicherung, es sinken hingegen gegenüber 2007 die Ausgaben beim Verteidigungsministerium (weniger für Abfangjäger) und für das Ministerium Wirtschaft und Arbeit (sinkende Arbeitslosigkeit).

Betrachtet man die Entwicklung der Ausgaben **ohne die als Einmaleffekte anzusehenden Kosten der Abfangjäger**, zeigt sich, dass die automatischen Stabilisatoren in den nächsten beiden Jahren sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite zur Wirkung kommen: höhere Einnahmen bei Steuern und Abgaben, Minderausgaben für Arbeitslosenunterstützung und bei den Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung der ArbeitnehmerInnen. **Dies ist eine Rückkehr zur antizyklischen Wirtschaftspolitik, wie schon in der Regierungserklärung festgeschrieben. Der entscheidende Test hierfür steht jedoch noch aus.** Dies hieße für die Politik im Falle einer nachlassenden Konjunktur ebenfalls adäquat zu handeln. Auch dann müssen die automatischen Stabilisatoren ihre Wirkung entfalten können: Der Rückgang bei den Steuern und Abgaben wäre zuzulassen, die Mehrausgaben aufgrund abnehmender Beschäftigung wären zu akzep-

tieren, das Ziel der Defizitreduktion entsprechend auszusetzen.

### Wachstumswirkung

In einigen wichtigen Bereichen setzt das Budget richtige Akzente: Mehrausgaben in den Bereichen Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und für den sozialen Zusammenhalt. Dies ist im Sinne der Überlegungen des von den Sozialpartnern initiierten WIFO-Weißbuchs für Wachstum und Beschäftigung. Diese Mehrausgaben werden sich langfristig positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken. Eine noch stärkere Akzentsetzung wäre jedoch durchaus zu begrüßen gewesen. Gerade bei den Zukunftsausgaben, insbesondere bei berufsbildenden Schulen und für das Lebensbegleitende Lernen werden noch zusätzliche Mittel benötigt.

Auf der Einnahmenseite hingegen geht die Entwicklung in die falsche Richtung. Durch das Auslaufen der Erbschafts- und eventuell auch der Schenkungssteuer verstärkt sich die bestehende Schiefelage im Steuersystem.

Wie die neuesten Daten der WirtschaftsforscherInnen zeigen, ist die gute konjunkturelle Lage noch immer nicht in einer entsprechend Steigerung des privaten Konsums sichtbar geworden. Dieser steigt nur leicht auf 2,2% 2007, und 2% 2008 an. Gerade das Überspringen des Wachstums auf den privaten Kon-

sum ist entscheidend für die Nachhaltigkeit einer Konjunkturphase. Aus diesem Grund wäre auch aus Wachstumsüberlegungen eine Senkung der Belastungen für die ArbeitnehmerInnen notwendig.

### Beschäftigungswirkung

Die Beschäftigung entwickelte sich 2006 gut und auch die Prognosen für 2007 und 2008 sind erfreulich. Die wachstumsfördernden Mehrausgaben unterstützen diese Entwicklung zudem. Auch die Investitionen in die Infrastruktur unterstützen das Beschäftigungswachstum.

Um das selbst gesteckte Ziel der Vollbeschäftigung 2010 zu erreichen, werden zusätzliche Anstrengungen jedoch notwendig sein. Von besonderer Wichtigkeit ist, dass diese Phase dazu genutzt wird, möglichst viele arbeitsuchende Personen von der guten Konjunkturlage profitieren zu lassen und ihnen einen Weg in eine Beschäftigung zu öffnen.

Die Spielräume, die sich durch die gute wirtschaftliche Entwicklung ergeben sind für zusätzliche Ausgaben für berufliche Aus- und Weiterbildung im Zuge der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verwenden. Für Jugendliche sollte die Ausbildungsgarantie noch in diesem Jahr umgesetzt werden, ebenso ist das Auffangnetz für Jugendliche dauerhaft zu ersetzen.

Es gibt im Bildungsbudget zusätzliche Mittel für die Tagesbetreuung an Schulen, es fehlt jedoch Unterstützung vom Familienressort für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze. Die Forcierung hätte zahlreiche positive Wirkungen: für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für die Verteilung und für die Beschäftigung. Durch den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen würden nicht nur

## Aufkommen ausgewählter Abgaben

in Milliarden Euro

Tabelle 3

	2006	2007	2008
Einkommensteuer	2,5	2,7	2,9
Lohnsteuer	18,1	19,0	20,0
Körperschaftsteuer	4,8	5,5	5,9
Umsatzsteuer	20,2	20,9	21,7
Mineralölsteuer	3,6	3,7	3,8
Brutto- Einnahmen	60,4	63,2	65,9

Quelle: BMF

## I N F O R M A T I O N

### Unterschied administratives und Maastricht-Defizit

Innerhalb der EU wird die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten anhand eines einheitlichen Systems, nach den sogenannten Maastricht-Definitionen, beurteilt. Nach diesen Definitionen berechnetes Defizit (bzw. Überschuss) unterscheidet sich vom administrativen Defizit, das für die Darstellung und Formulierung der Budgetpolitik in Österreich verwendet wird. Zur Errechnung des Maastricht-Saldos wird das administrative Defizit um Buchungen bereinigt, die volkswirtschaftlich keine Veränderung der Haushaltssituation bedeuten.

Dies trifft zu, wenn

- **den getätigten Zahlungen Forderungen oder Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber stehen.** Beispiel dafür ist das Aufnehmen von Darlehen;
- **außerhalb des Budgets Reserven erhöht oder abgebaut werden;**
- **die Ursache der Zahlungen in eine Vor- oder Nachperiode fällt, etwa beim Zinsendienst.**
- **Einen besonderen Fall stellen die Eurofighter dar.** Diese werden nach Maastricht-Definition nach Lieferungen verbucht (2007: 4 Stück, 2008: 12 Stück und 2009: 2 Stück), in der administrativen Darstellung nach Zahlungszeitpunkt. Da ein Leasingmodell für die Bezahlung gewählt wurde, erstrecken sich diese Zahlungen über viele Jahre.

Bei den sogenannten Ausgliederungen, z. B. Museen, ist die Regelung ebenfalls etwas komplizierter. Diese Gesellschaften scheinen im administrativen Defizit nur mehr als Empfänger von Zuschüssen auf. Wie weit sie – und vor allem ihre Schulden – einbezogen werden müssen, hängt davon ab, inwieweit sie ihre Kosten (50-Prozent-Regel) selbst tragen können, wie weit sie frei entscheiden können und ob eine eigene Rechnungsführung vorliegt.

*Quelle: BMF*

neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch zahlreichen Menschen ermöglicht, ihre Arbeit auszuweiten bzw. Beschäftigung aufzunehmen.

Die beste Verteilungswirkung hat die direkte Beschäftigung. Maßnahmen zur Unterstützung des Rückganges der Arbeitslosigkeit sind deshalb positiv zu bewerten. Zudem finden sich im Budget einige positive umverteilende Maßnahmen. Zu erwähnen ist die Erhöhung des Ausgleichzulagenrichtsatzes in der Pensionsversicherung und finanzielle Vorkehrungen für die soziale Absicherung. Dies sind Maßnahmen in die richtige Richtung. Jedoch sind die Mittel sehr knapp bemessen. Außerdem ist der Bund auch von der Kooperationsbereitschaft der Länder und Gemeinden abhängig.

### Verteilungswirkung

Die Erhöhung der Schüler- und der Studienbeihilfen ist ein verteilungspolitisch wichtiger Schritt. Diese Maßnahmen zur Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems werden von der AK besonders begrüßt. Der Wermutstropfen ist, dass mit der Erhöhung der Studienbeihilfe nicht die gesamten Preissteigerungen seit der letzten Anpassung abgegolten wurden.

Die Erhöhung der Beiträge zur Krankenversicherung und der Mineralölsteuer (MöSt) haben eine negative Verteilungswirkung. Die Kompensation für die Erhöhung der MöSt durch eine Steigerung der PendlerInnenpauschale um 10% ist für PendlerInnen mit einem niedrigen Einkommen nicht wirksam. Die AK fordert, dass alle PendlerInnen von dieser Kompensation profitieren sollen.

Abgelehnt wird von der AK das ersatzlose Auslaufen der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Zweifellos bestand Reformbedarf bei diesen Steuern, jedoch ist eine Erbschaftssteuer aus der Perspektive der Verteilungsgerechtigkeit notwendig. Die allfällige Abschaffung der Schenkungssteuer wird zudem zu Ausfällen bei der Einkommen- und Grunderwerbssteuer führen und die punktuelle Aushöhung des Steuersystems weiter vorantreiben.

### Resümee

Die Budgets 2007 und 2008 setzen Signale in die richtige Richtung. Die gute Konjunkturlage eröffnet Budgetspielräume, die dazu genutzt werden können,

weitere Regierungsvorhaben umzusetzen und trotzdem auf dem Budgetpfad zu bleiben.

Von besonderer Wichtigkeit ist es diese Phase bestmöglich zu nutzen um möglichst viele arbeitssuchende Personen von der guten Konjunkturlage profitieren zu lassen und ihnen einen Weg in eine Beschäftigung zu eröffnen.

Zudem sind die Spielräume, die sich durch die gute wirtschaftliche Entwicklung ergeben zu nutzen, um zusätzliche Mittel für die Jugendausbildung, für die Ausbildung von Fachkräften in Österreich, für die Weiterbildung, für mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für den Ausbau der Pflege zu verwenden. Für PendlerInnen ist eine deutliche Anhebung des Pendlerpauschales sowie eine direkte Auszahlungsmöglichkeit für BezieherInnen niedriger Einkommen zur Abgeltung der Belastungen, vor allem durch die Möst-Anhebung notwendig.

Die wesentlichen Herausforderungen für die Zukunft werden die Steuerreform und der nächste Finanzausgleich sein. Bei der Steuerreform muss es zu einer Steuerstrukturreform kommen. Bei der letzten Reform profitierten vor allem die UnternehmerInnen und die Kapitalgesellschaften, bei der kommenden Steuerreform muss daher eine Entlastung der kleineren und mittleren Einkommen Priorität haben. Beim Finanzausgleich stehen zahlreiche Maßnahmen auf der Agenda: die bedarfsorientierte Grundsicherung, die Pflegereform und der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Von der Steuerreform und vom Ergebnis des Finanzausgleichs wird es abhängen, ob es dieser neuen Regierung gelingt, dass Österreich wieder sozialer und gerechter wird.

*Christa Schlager und Tobias Schweitzer sind MitarbeiterInnen der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK-Wien.*

## H I N W E I S

Die Gesamtanalyse der AK des Doppelbudgets ist unter [wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-34261.html](http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-34261.html) zu finden.

# EU: Neugründung

**50 Jahre nach Unterzeichnung der EU-Gründungsverträge entsteht der Pan-Europäische Regionalrat (PERR).**

Am 19. März, rund 50 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge, die den Prozess der europäischen Integration eingeleitet haben, wurde der Pan-Europäische Regionalrat (PERR) des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Rom gegründet. Damit wurde einem Beschluss des IGB-Gründungskongress Folge geleistet, der im vergangenen November in Wien stattgefunden hatte. John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ist nunmehr auch Generalsekretär des PERR. Mikhail

Shmakov, Vorsitzender des russischen Gewerkschaftsdachverbandes FNPR, wurde zum Vorsitzenden des Rates.

Aufgabe des Regionalrates sind die Förderung der Politik des IGB und die Stärkung der Gewerkschaftsbewegungen in der Region. Der PERR besteht aus 87 nationalen Zentren, die dem IGB unterstehen und mehr als 85 Millionen Mitglieder auf dem Kontinent, von Lissabon bis Wladiwostok, repräsentieren.

»Dies ist ein neuer und aufregender Beginn für das europäische Gewerkschafts-

wesen auf dem ganzen europäischen Kontinent. Der PERR wird bald seine Anwesenheit spüren lassen«, sagte John Monks, Generalsekretär des EGB. »Fundamentale Rechte der Arbeitnehmer werden nicht nur von Russland, Weißrussland, Georgien und Moldawien verletzt, sondern auch in Westeuropa, im Baltikum und am Balkan. Deshalb haben Schutz und Förderung der Rechte der Arbeitnehmer beim PERR auch die höchste Priorität«, sagte Mikhail Shmakov, der Vorsitzende von FNPR Russland. *G. M.*

# Zimbabwe: IGB fordert Intervention

**Nach Polizeigewalt gegen die Opposition gerät Langzeitpräsident Robert Mugabe zunehmend unter Druck.**

Noch verteidigt der 83-jährige Robert Mugabe sein Recht auf eine weitere Präsidentschaft, die 2008 ausläuft. »Die Verfassung von Zimbabwe kennt keine Begrenzung der Amtszeit«, betonte sein Sprecher. Oppositionschef Morgan Tsvangirai appellierte an die Staaten des südlichen Afrikas, »Diktator Mugabe zu isolieren«. Er forderte zudem eine Zimbabwe-Debatte im UN-Sicherheitsrat. Er könne sich eine Zusammenarbeit mit Mugabes Partei vorstellen, sagte Tsvangirai, Chef der Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC).

»Der einzige Weg zur Lösung der Krise ist ein nationaler Dialog, der zu einer neuen Verfassung und schließlich zu freien und fairen Wahlen führt.« Der zimbabwische Oppositionsführer will bei der Präsidentschaftswahl im nächsten Jahr nur dann kandidieren, wenn es bis dahin eine neue demokratische Verfassung gibt. Andernfalls werde er die Wahl boykottieren, sagte Tsvangirai bei der Trauerfeier für einen Anhänger der Opposition, der am 11. März von Polizisten erschossen wurde. Die Opposition wirft Präsident Mugabe vor, alle

Wahlen seit 2000 manipuliert zu haben. Es gilt als unwahrscheinlich, dass Mugabe vor den für März 2008 erwarteten Wahlen die Verfassung reformieren wird. Nach den Gewaltaktionen der Polizei gegen Oppositionelle und Plünderung der Büros der Zentrale des Gewerkschaftsdachverbandes Zimbabwe Trade Union Congress (ZCTU) richtete der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) einen energischen Protestbrief an Mugabe und forderte die Intervention der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). *G. M.*

**HELP: Für ein rauchfreies Leben**

# Ohne Rauch geht's auch

**Die Kampagne »HELP – Für ein rauchfreies Leben« setzt Akzente für ein rauchfreies Europa. HELP TV-Werbspots werden in allen 27 EU-Mitgliedsländern ausgestrahlt, weitere Werbeaktivitäten sind geplant.**

Zu diesen Werbeaktivitäten gehört die EU-weite Präsenz von HELP bei Veranstaltungen, wo sich die Öffentlichkeit anhand von Kohlenmonoxidmessungen selbst ein Bild über die Effekte des Rauchens und Passivrauchens machen kann. 2006 haben sich über 75.000 EuropäerInnen im Rahmen einer der 250 Veranstaltungen testen lassen, an denen HELP teilgenommen hat, um auf die negativen Auswirkungen des Rauchens aufmerksam zu machen.

Auch 2007 wird HELP die europäische Öffentlichkeit über die Gefahren des Rauchens informieren und, was noch wichtiger ist, auf die Möglichkeiten der Unterstützung für Entwöhnungswillige hinweisen. Wer sich mit dem Gedanken trägt aufzuhören, kann sich über die Website der Kampagne [www.help-eu.com](http://www.help-eu.com) Informationen oder Ratschläge holen bzw. die Telefonnummer der jeweiligen Quit Line erfragen. Diese Rauchertelefone sind mit professionellen Berate-

rInnen besetzt, die bei der Entwöhnung mit Rat und Tat zur Seite stehen. Warum sollten wir EuropäerInnen 2007 mit dem Rauchen aufhören? Weil:

- Rauchen oft zu absurden Verhaltensweisen führt.
- Rauchen die Gesundheit gefährdet.
- Rauchen teuer ist.
- Man durch Rauchen früher altert und stirbt.

HELP will für alle da sein, die das Rauchen endgültig aufgeben wollen. *(PA)*

# Österreichs Industrie seit 1955

Der vorliegende Prachtband bildet den dritten Teil einer umfassenden Geschichte der Industrialisierung Österreichs (in den heutigen Grenzen). Der erste Band, der 2003 erschien, befasst sich mit den Anfängen der Industrie im 18. Jahrhundert und mit dem Einsetzen der Industriellen Revolution in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.



Aus dem Kapitel »Der neue Typus des Arbeitnememers«: Der Österreichische Gewerkschaftsbund: ehemalige Zentrale, Wien I, Eingang mit Logo

**D**er zweite Band, der 2004 veröffentlicht wurde, verfolgt den Aufstieg der österreichischen Industrie in der Gründerzeit und der Spätgründerzeit. In der Ersten Republik setzte sich diese positive Entwicklung nicht fort; im Gegenteil, die Industrie erlebte einen Niedergang. In der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg war das Wachstum der Industrieproduktion besonders stark.

Die zwei Jahrzehnte von Mitte der 1950er bis Mitte der 1970er Jahre bildeten die »goldene Ära« der Industrie. Der Aufholprozess der österreichischen Wirtschaft gegenüber den westeuropäischen Ländern wurde von der industriellen Dynamik getragen. In den 1980er Jahren geriet die verstaatlichte Industrie in eine tiefe Krise. Die industrielle Entwicklung der Folgezeit war von verlangsamtem Produktionswachstum, einem

starken Wandel der Branchenstruktur, fortschreitender Internationalisierung, kürzeren Produktlebenszyklen, der raschen Diffusion der modernen Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechniken, tief greifenden Umstellungen in der Arbeitsorganisation und bedeutenden Verschiebungen in der Berufsstruktur der Industriebeschäftigung gekennzeichnet.

Trotz struktureller Mängel behauptete sich Österreichs Industrie in den letzten zwei Jahrzehnten vergleichsweise gut, was an der Entwicklung der Weltmarktanteile und der Handelsbilanz zu erkennen ist.

Von den beiden Hauptteilen des Werks beschäftigt sich der eine mit wesentlichen Aspekten der Industrialisierung: technischer Fortschritt, Produktinnovationen, Finanzierung, Ausrichtungen der Industriepolitik, Branchen-

strukturwandel, Außenhandel, Internationalisierung u. a.. Der andere Teil bietet einen Überblick über die Entwicklungen in den wichtigen Branchen.

In dem Aspekt-Kapitel »Der neue Typ des Arbeitnehmers« werden auch die für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Industriebeschäftigten wesentlichsten Aspekte ausführlich behandelt: Beschäftigungschancen, Arbeitslosigkeit, Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Gewerkschaften, Kollektivverträge, Sozialgesetze.

Hinzu kommen ein kurzer und prägnanter Abschnitt über die Nationalökonomie in Österreich und ein sehr interessantes Kapitel, welches die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs zwischen 1955 und 2005 einem internationalen Vergleich unterwirft.

## Die »goldene Ära«

In den beiden Dekaden von Mitte der 1950er Jahre bis Mitte der 1970er Jahre, häufig als die »goldene Ära« der europäischen Industriegesellschaften bezeichnet, befand sich die Sachgüterproduktion Österreichs und der anderen westeuropäischen Länder in einer positiven Wachstumsspirale:

Überdurchschnittliche Produktivitätserhöhungen in der verarbeitenden Industrie bewirkten einen Rückgang der relativen Preise vieler Industrieprodukte. In Reaktion auf diese relativen Preissenkungen erhöhten die KonsumentInnen ihre Nachfrage nach industriellen Produkten sehr stark: Die relativen (oder sogar absoluten) Preisrückgänge verwandelten exklusive Produkte in Güter des Massenkonsums.

Der aus diesem Nachfragezuwachs hervorgehende Beschäftigungsanstieg überkompensierte den arbeitssparenden Effekt des Produktivitätsfortschritts. Die aus den steigenden Realeinkommen resultierenden zusätzlichen Verbrauchsaus-

gaben der privaten Haushalte flossen in hohem Maße wieder in den Sachgütersektor, was dort weitere positive Beschäftigungseffekte zeitigte.

Weitere Produktivitätsfortschritte ergaben sich in dieser Spirale industriellen Wachstums im Zuge der Marktausdehnung aus Größenvorteilen: Neue Produkte wurden durch Prozessinnovationen effizienter und billiger produziert, was zu Marktausweitungen, daraus folgenden Produktivitätsgewinnen und weiteren Absatzsteigerungen und so fort führte. In der langen Hochkonjunkturphase Anfang der 1970er Jahre erreichte die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion ihren höchsten Stand.

### **Strukturwandel und Exportwachstum**

Mitte der Siebzigerjahre endete in Österreich ebenso wie in den meisten anderen westeuropäischen Ländern die Wachstumsphase, die in hohem Maße auf den wechselseitigen Verstärkungen zwischen Produktivitäts- und Einkommenswachstum sowie Beschäftigungs- und Marktexpansion im Sachgütersektor beruht hatte. In vielen Branchen der Sachgüterproduktion stieg in der Folge die Beschäftigung nur noch geringfügig oder stagnierte, und in jenen, wo die Marktausdehnung mit dem Produktivitätsfortschritt nicht mithielt, fiel die Arbeitskräftenachfrage.

Der positive Zusammenhang zwischen Produktivitätswachstum und Beschäftigungsexpansion je Branche, welche den sekundären Sektor im »goldenen Zeitalter« charakterisiert hatte, bestand nicht mehr.

### **Produktinnovation**

Nach wie vor verzeichnete die Sachgüterproduktion hohes Produktivitätswachstum, und die relativen Preise der Industrieprodukte fielen. Doch dieser Rückgang der relativen Preise war nicht mehr im gleichen Maße nachfragewirksam wie in der vorangegangenen Periode: Die Marktdurchdringung bei Haushaltsgeräten, Autos, TV- und Radiogeräten sowie Telefonapparaten erreichte bald sehr hohe Werte. Die Nachfrage auf diesen Märkten von Industrieprodukten betraf überwiegend nur noch den Ersatzbedarf.



Aus dem Kapitel »Bauindustrie und Bauwirtschaft«: DOKA-Schalungstechnik, Bau der Draubridge Lippitzbach



Aus dem Kapitel »Vom Staatsvertrag zum EU-Mitgliedsstaat«: Kampf gegen die Privatisierung – ÖGB-Protest vor dem Sitz der ÖIAG in der Wiener Kantgasse, 10. Juli 2003

Grundlegende Produktinnovationen, die einen beträchtlichen Teil der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte auf sich ziehen könnten, so wie das bei Autos, elektrischen Haushaltsgeräten etc. der Fall gewesen war, blieben im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts weitgehend aus. Videorekorder, Mikrowellenherde und Mobiltelefone bildeten zwar bedeutende Produktinnovationen, absorbierten aber im Vergleich zu den oben genannten nur einen kleinen Teil der Haushaltsbudgets. Viele Industrieunternehmen versuchen das geringe Wachstum der Binnennachfrage nach ihren Produkten durch Ausführen in jene Regionen der Welt auszugleichen, wo die betreffende Nachfrage noch stark steigt. Da Länder mit hohem Einkommensniveau nur in bestimmten Segmenten der Sachgüterproduktion mit

Schwellen- und Entwicklungsländern konkurrieren können (vor allem bei technik-, humankapital- und wissensintensiven sowie qualitativ hochwertigen Produkten) und da alle hoch entwickelten Länder die Marktexpansion via Export suchten, waren diese Bemühungen je nach Unternehmen und Branche sehr unterschiedlich erfolgreich. Die reale Produktion der Sachgütererzeugung expandierte weiter, aber in den meisten Branchen nicht stark genug, um den arbeitssparenden Effekt des Produktivitätswachstums auszugleichen.

Die Branchenstruktur der österreichischen Sachgüterproduktion änderte sich sehr stark: Produktion und Beschäftigung verlagerten sich im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts von Grundstoffen und Konsumgütern zu technischen Ver-

arbeitungsprodukten. Augenfälligstes Beispiel ist die starke Expansion der Herstellung von Fahrzeugen und Fahrzeugkomponenten.

Die Krise der verstaatlichten Industrie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war nicht zuletzt ein Ergebnis unterbliebener Anpassung an neue Markterfordernisse. Nach der Privatisierung erwiesen sich die meisten dieser Firmengruppen als sehr erfolgreich. Die von der Krise der Verstaatlichten ausgelöste Wende in der Industriepolitik betraf nicht nur die Eigentümerrolle des Staates: Allmählich erfolgte eine Umorientierung von der reaktiven Direktförderung von Unternehmen zu einer nachhaltigen Standortpolitik.

### Innere Tertiärisierung

Wegen der zunehmenden Konzentration auf technik- und wissensintensive sowie qualitativ hochwertige Produkte, der raschen Diffusion der modernen IK- und Steuerungstechniken und den damit einhergehenden Änderungen in der Arbeitsorganisation hat sich die Berufsstruktur der Beschäftigung in der Sachgüterproduktion in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt: Handarbeit wird tendenziell durch Maschinenarbeit ersetzt, die Bedienung einer Maschine durch die Mehrstellenbedienung, die Überwachung eines ganzen Maschinenparks oder eines Produktionsablaufs. Steuerungs- und Überwachungstätigkeiten, Instandhaltung und Wartung gewannen in der Fertigung also an Bedeutung. Insgesamt sank der Anteil der Fertigungsberufe deutlich.

Gleichzeitig schritt in den Betrieben, Zweigen und Branchen der Sachgüterproduktion die sogenannte »innere Tertiärisierung« der Beschäftigung fort: Der Anteil der Dienstleistungsberufe ausübenden Erwerbspersonen in der Sachgüterproduktion stieg zwischen 1991 und 2001 von 34,1 Prozent auf 44,0 Prozent, und auch in absoluten Zahlen war ein Zuwachs zu verzeichnen!

### Erfolg trotz Strukturschwächen

Im Großen und Ganzen behauptete sich Österreichs Industrie in den beiden zurückliegenden, von verstärkter Internationalisierung, vertiefter europäischer



Aus dem Kapitel »Massenmedien und Filmindustrie«: Selbstbildnis am Telefon, Maria Lassnig, Öl auf Leinwand, 1973

Integration und Ostöffnung gekennzeichneten Jahrzehnten gut. Dieser relative Erfolg ist unter anderem messbar daran, dass sich der österreichische Anteil an der Gesamtheit der Exporte der westlichen Industrieländer von ca. 1,6 Prozent in den 1960er Jahren auf über zwei Prozent seit den 1990er Jahren erhöht hat (S. 100). Ein weiterer Maßstab bildet die Handelsbilanz: Wies Österreich 1966 noch ein Handelsbilanzdefizit von nicht weniger als 6,4 Prozent des BIP auf, so hielten sich in den letzten Jahren Sachgüterausfuhren und -einfuhren etwa die Waage (S. 106). Und nicht wenige heimische Unternehmen haben eine weltweit führende Position in einer spezialisierten Marktnische erlangt (S. 161).

Die Ostöffnung und den EU-Beitritt der MOEL wusste Österreichs Industrieunternehmen sehr gut zu nutzen: Die

Industrieexporte in diese Länder erhöhten sich sehr stark, und die Arbeitsteilung zwischen Österreich und seinen östlichen Nachbarn vertiefte sich, was die kostengünstige Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe hierzulande stärkte.

Diese Erfolge konnten trotz der nach wie vor bestehenden strukturellen Schwächen der Sachgüterproduktion erzielt werden. Immer noch ist, wie die Strukturberichte des WIFO zeigen, der Anteil der Hochtechnik- und humankapitalintensiven Branchen zu gering. Sprach man bis Anfang der 1990er Jahre vom österreichischen Paradoxon veralteter Strukturen und überdurchschnittlichen industriellen Wachstums, so ist die derzeitige Situation von veralteten Strukturen und (im EU-Maßstab) nur noch durchschnittlicher Entwicklung charakterisiert. Die Stärken der österreichischen Industrie

liegen vor allem in den Hochpreissegmenten von Branchen mittelhohen Technikniveaus.

### **Verzicht auf Fachsprache**

Der Übergang zu einer industriellen Entwicklung, die noch viel stärker als in der Vergangenheit von Produkt-, Prozess- und organisatorischen Innovationen geprägt ist, wird vor allem von einem intensivierte Strukturwandel zugunsten von technikkapital- und wissensintensiven Industriezweigen abhängen.

Die Herausgeber und AutorenInnen haben versucht, nicht nur HistorikerInnen, sondern einen erweiterten LeserInnenkreis anzusprechen. Diesem Zweck dienen der Verzicht auf Fachsprache und wissenschaftliche Zitierung, eine klare Gliederung und insbesondere die opu-



Aus dem Kapitel »Der neue Typus des Arbeitnehmers«: Traditionelle Arbeiterkultur – Kammer für Arbeiter und Angestellte, Linz. 1928–1930, Architekt Hubert Gessner.

lente Ausstattung mit Abbildungen (Gemälde, Drucke und Fotos von Maschinen und Industrieanlagen, Fabriken, Gebäu-

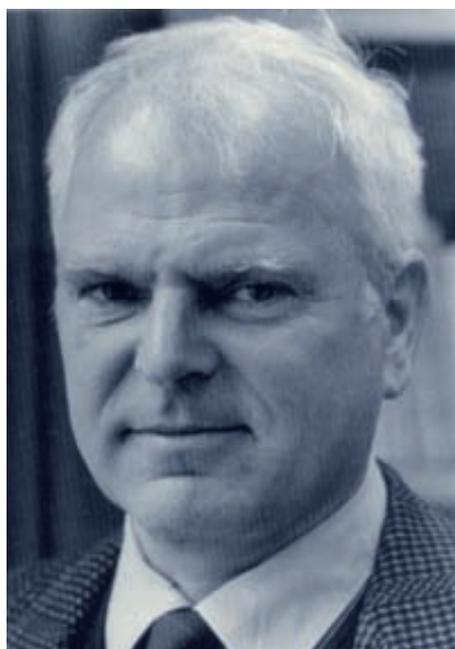
den, Produktionsprozessen, politischen Versammlungen; Werbeplakate, Produktpaletten, Porträts) sowie nicht zuletzt die Preisgestaltung.

Den Herausgebern und der AutorInnengruppe ist es nicht gänzlich gelungen, Widersprüche zwischen verschiedenen Buchteilen, die von unterschiedlichen AutorInnen verfasst wurden, zu vermeiden. Ganz besonders gilt dies bezüglich der Einschätzung, wann denn Österreichs Industrie ihre Chance ergriffen habe. Hiezu suggeriert die am Beginn des Bandes stehende Zusammenfassung, dass es erst ab den 1980er Jahren, als der Staat »wirtschaftsfreundlichere Rahmenbedingungen« und unternehmerischen »Freiraum« geschaffen habe, gelungen sei, »in zahlreichen Branchen die industrielle Chance zu ergreifen« (S. 10). Das Urteil der Zusammenfassung über die Leistungen der österreichischen Industrie und Industriepolitik in der Zeit davor fällt hingegen eher ambivalent aus: »Von 1955 bis 1980 tat sich Österreich in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung noch

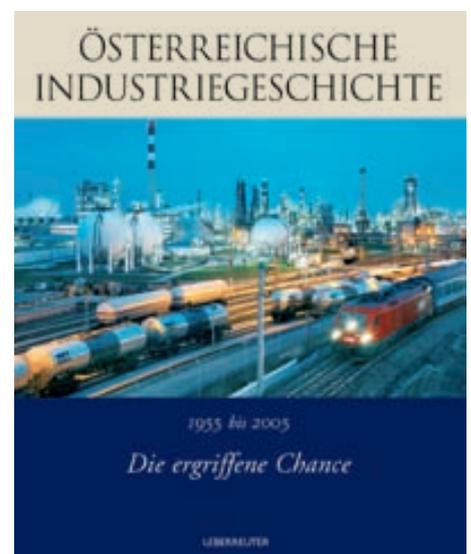
schwer«, heißt es da, und: »Man versuchte nicht ohne Erfolg einen eigenen Weg zu gehen.« (S. 10)

Dieses Herunterspielen der im historischen Maßstab und im internationalen Vergleich außerordentlichen Erfolge der österreichischen Industrie vor 1980 steht im Widerspruch zu den Ausführungen in mehreren Aspekt-Abschnitten und im Kapitel über den Ländervergleich. Auf S. 37 werden die betreffenden Zahlen genannt: Von 1955 bis 1973 expandierte die reale Produktion des Sachgütersektors um durchschnittlich 6,0 Prozent jährlich, von 1973 bis 2000 um 2,5 Prozent. In der ersten Periode befand sich Österreich »gegenüber allen anderen westeuropäischen Ländern« (außer Deutschland, Anm. MM) »auf der Überholspur« (S. 116). Der Tenor all dieser Darstellungen ist, dass Österreich auch schon in der Ära der sogenannten gemischten Wirtschaft »die Chance ergriffen« (S. 308) habe.

Die besondere Stärke des Bandes liegt neben der prächtigen Ausführung in der Darbietung zahlloser hochinteressanter Fakten und Details, vor allem in den Branchenberichten und in einigen Aspekt-Kapiteln, nach denen man in der spezialisierten (entweder ökonomischen oder technischen) Fachliteratur sehr lange suchen müsste – und auch dort nicht unbedingt fände. *Michael Mesch*



Aus dem Kapitel »Wirtschaftswissenschaft in Österreich«: Egon Matzner (1938–2003)



Ferdinand Lacina, Dionys Lehner, Peter Mitterbauer, Andreas Resch: Die ergriffene Chance. Österreichische Industriegeschichte 1955 bis 2005, Verlag Carl Ueberreuter, Wien 2005, 343 Seiten, € 48,-

# Statistiken sind Argumente

Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	Feb. 07	März 07	Feb. 07	März 07
	VPI			
Belgien	1,8	1,8	1,8	1,8
Deutschland	1,6	1,9	1,9	2,0
Finnland	2,2	2,6	1,2	1,6
Frankreich	...	1,2	1,2	1,2
Griechenland	2,7	2,6	3,0	2,8
Irland	...	5,1	...	2,9
Italien	1,8	1,7	2,1	2,1
Luxemburg	2,0	2,1	1,8	2,4
Niederlande	1,5	1,8	1,4	1,9
Österreich	1,7	1,8	1,8	1,9
Portugal	...	...	2,3	...
Slowenien	2,1	2,3	2,3	2,6
Spanien	2,4	2,5	2,5	2,5
VPI-EWU	...	...	1,8	1,9
Bulgarien	4,6	4,4	4,6	4,4
Dänemark	1,9	2,0	1,9	1,9
Estland	4,7	5,7	4,6	5,6
Lettland	7,3	8,5	7,2	8,5
Litauen	4,3	4,6	4,4	4,8
Malta	...	...	...	...
Polen	...	2,5	1,9	2,4
Rumänien	3,9	3,7	3,9	3,7
Schweden	2,0	1,9	1,7	1,6
Slowak. Rep.	2,7	2,7	2,0	2,1
Tschech. Rep.	1,5	1,9	1,7	2,1
Ungarn	8,8	9,0	9,0	9,0
UK	...	...	...	...
Zypern	1,5	1,5	1,2	1,4
EU 25	...	...	2,1	2,2
Island	7,4	5,9	6,7	4,7
Norwegen	1,1	1,1	0,8	1,3
VPI-EWR	...	...	2,1	2,2
Schweiz	0,0	0,2	...	...
USA	...	...	...	...

## Der Arbeitsmarkt im März 2007

	Stand März 07	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat
Unselbständige Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.299.479	34.413	86.298
Arbeiter	1.290.152	27.684	42.871
Angestellte u. Beamte	2.009.327	6.729	43.427
Männer	1.768.712	35.736	54.283
Frauen	1.530.767	-1.323	32.015
Ausländer	404.237	7.559	26.653
Inländer	2.895.242	26.854	59.645
<b>Vorgemerkte Arbeitslose</b>	<b>237.715</b>	<b>-38.937</b>	<b>-33.842</b>
Männer	139.176	-36.521	-27.695
Frauen	98.539	-2.416	-6.147
Ausländer	43.187	-7.764	-6.759
Inländer	194.528	-31.173	-27.083
Jugendliche (bis unter 19)	8.212	-1.030	-707
Jugendliche (19 bis unter 25)	27.849	-4.082	-3.825
Ältere (50 bis unter 55)	24.135	-3.851	-2.742
Ältere (55 bis unter 60)	18.583	-2.239	-2.171
Ältere (über 60)	4.125	-192	-353
<b>Arbeitslosenquote</b>	<b>6,7</b>	<b>-1,1</b>	<b>-1,1</b>
Offene Stellen	37.733	3.677	9.060
Lehrstellensuchende	4.417	-523	-360
Offene Lehrstellen	3.310	212	-90
Geringfügige Beschäftigung *)	244.948	3.235	8.597
Männer	74.918	1.271	3.183
Frauen	170.030	1.964	5.414
Arbeiter	135.229	-28	3.176
Angestellte	109.719	3.263	5.421

\*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

**Datenquellen:** Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat;  
**Anmerkung:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- und Beschäftigungspolitik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 ... = Bei Redaktionsschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVPI-Werte verfügbar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

# Von Rasenmähern, Basisjahren und Wahlergebnissen

*Dem geübten Statistiker fällt es oft nicht schwer, durch Zahlenspiele bestimmte Eindrücke zu erwecken. Prozentrechnungen eignen sich bestens zu Irreführungen.*

*Autor: Thomas G. Lachs  
Pensionist in Wien, war Direktor  
der Oesterreichischen Nationalbank*

*Autorin: Eva Maria Nesvadba  
Leiterin der Abteilung Zahlungsbilanz  
der Oesterreichischen Nationalbank*

In unserem letzten Beitrag haben wir uns schon mit den Tücken beim Rechnen mit und Verwenden von Prozenten beschäftigt. Dabei ging es um Prozente von oben oder unten, um Prozente von Prozenten, um Prozentpunkte und das Addieren von Prozenten. In diesem Artikel wollen wir uns einigen anderen Problemen widmen, die beim

Rechnen mit Prozenten immer wieder vorkommen.

Wir haben schon gesehen, dass man mit Prozentzahlen – bewusst oder unbewusst – recht falsche Eindrücke erwecken kann. Das Ausmaß der Irreführung durch Anwendung von Prozenten hängt sehr stark davon ab, wie groß oder klein die absoluten Zahlen sind, von denen man die Prozente berechnet.

## Rasenmäher

Dafür einige Beispiele: In einem Land gibt es zwei Rasenmäherfabriken, eine große und eine kleine. Die große hat im Jahr 1994 50.000 Rasenmäher erzeugt und seither ihre Produktion um 5 Prozent jährlich ausweiten können. Die kleine hat zwar 1994 nur 200 Rasenmäher erzeugt, konnte diese Zahl jedoch jähr-

lich um 10 Prozent steigern. Wie sieht nun die Produktionsentwicklung aus (siehe Tabelle 1: »Rasenmäher: Produktion in Stück«)?

Von diesen Zahlen ausgehend, stellt die Firmenleitung der Firma B folgendes fest: »Unsere Produktion ist seit 1995 um 160 Prozent gestiegen, jene der Firma A dagegen nur um 63 Prozent. Unsere Produktion stieg daher um rund 150 Prozent stärker als jene von A. Unser Anteil an der Produktion der Branche stieg um 59 Prozent.«

Die Firmenleitung wird vielleicht, um ihre Situation günstiger erscheinen zu lassen, sogar darauf verzichten, die obige Tabelle mit den absoluten Zahlen wiederzugeben, und statt dessen sich mit einer Darstellung begnügen, welche nur die prozentuelle Entwicklung in den beiden Fabriken wiedergibt. Das heißt, die

## Rasenmäher: Produktion in Stück

Tabelle 1

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Fabrik A	50.000	52.500	55.125	57.881	60.775	63.814	67.005	70.355	73.873	77.566	81.445
Fabrik B	200	220	242	266	293	322	354	390	429	472	519
Differenz	49.800	52.280	54.883	57.615	60.482	63.492	66.651	69.965	73.444	77.094	80.926

## Rasenmäher: Produktionsindex (1995=100)

Tabelle 2

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Fabrik A	100	105	110	116	122	128	134	141	148	155	163
Fabrik B	100	110	121	133	146	161	177	195	215	236	260



Eva Maria Nesvadba analysiert gemeinsam mit ihrem ehemaligen Kollegen Thomas G. Lachs die Tricks der Statistiker und gibt uns damit ein Mittel in die Hand, dieselben zu durchschauen.

Produktion des Jahres 1995 wird für jede der Fabriken gleich hundert gesetzt und dann geschaut, wie sich die Produktion von dieser Basis aus entwickelt hat. Damit gibt sie nicht die absolute Steigerung, sondern die prozentuelle Steigerung wieder (**siehe Tabelle 2: »Rasenmäher: Produktionsindex«**).

Das schaut in obigem Beispiel so aus:

Die Entwicklung ist sehr eindrucksvoll und scheint wirklich anzuzeigen, dass die Fabrik B sich wesentlich besser ent-

wickelt als die Fabrik A. Doch siehe da, auch die Direktoren der Fabrik A können schlagkräftige Argumente für ihre Tüchtigkeit anführen. Sie sagen: »Unsere Produktion stieg in den letzten 10 Jahren um 31.445 Stück, jene der Firma B jedoch lediglich um 319 Stück. Erzeugten wir im Jahre 1995 «nur» um 49.800 Rasenmäher mehr als die Firma B, waren es im Jahre 2005 bereits 80.926 Stück mehr. Der Abstand in der Produktion zwischen den beiden Betrieben hat sich also um 31.126 Stück oder 62 Prozent

unserer Produktion im Jahre 1995 erhöht.«

Wer sich die Arbeit macht, nicht nur den Produktionsindex, sondern auch die absoluten Zahlen zu vergleichen, wird bei obigem Beispiel keine Mühe haben festzustellen, dass der Abstand zwischen den Produktionszahlen der beiden Fabriken so groß ist, dass die kleinere die größere in absehbarer Zeit keinesfalls einholen kann. Ihre 10 Prozent Produktionssteigerung sind in absoluten Zahlen wesentlich geringer als die 5 Prozent bei der Fir-

## Stundenlohn in Euro

Tabelle 3

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Fabrik F	7,44	7,92	8,48	8,97	9,68	9,95	10,27	10,71	11,01	11,25	11,60
Fabrik G	9,50	9,94	10,26	10,54	10,89	11,11	11,45	11,86	12,55	13,00	13,40
Fabrik K	9,33	9,81	10,14	10,46	11,03	11,68	12,11	12,72	13,01	13,39	13,90

**Preissteigerungen in Prozenten (im Land A) Tabelle 4**

1999	2000	2001	2002	2003	2004
7,3	2,4	2,8	3,1	6,8	2,0

ma A (bei unveränderter Produktion der Firma A würde ein Aufholen der Firma B bei diesem Tempo 119 Jahre dauern).

### Wahl des Basisjahres

Ein weiteres Problem, das beim Vergleich von Entwicklungen über mehrere Jahre hinweg auftaucht, ist die Wahl des Ausgangs-(oder Basis-)jahres. Auch das soll an einem Beispiel demonstriert werden. Drei Unternehmer saßen 2006 zusammen und beschwerten sich gegenseitig über den starken Anstieg der Löhne, wobei jeder Unternehmer behauptete, in seiner Fabrik sei der Facharbeiterlohn am stärksten gestiegen.

Der Unternehmer F stellte fest: »Interessant ist nur die langfristige Entwicklung. Im Laufe der letzten zehn Jahre sind die Löhne in meiner Fabrik um 56 Prozent gestiegen, in der Fabrik G jedoch nur um 41 Prozent und bei K um 49 Prozent.«

Der Unternehmer K dagegen stellte fest: »So ist die Sache keinesfalls. Seit dem Jahr 1999, dem Jahr der Einführung des Euro, sind die Löhne bei mir um 26 Prozent gestiegen, dagegen bei F um 20 Prozent und bei G um 23 Prozent.«

Schließlich meinte G: »Mit diesen alten Dingen fange ich nichts an. Von 2002 bis 2005 stieg bei mir der Lohn um 13 Prozent, während er bei K nur um 9 Prozent und bei F nur um 8 Prozent gestiegen ist.«

Keiner der drei Herren hat gelogen. Jeder hat lediglich ein anderes Ausgangsjahr für seine Berechnungen gewählt. Da die Lohnentwicklung in den drei Fabriken unterschiedlich verlaufen ist, konnte jeder durch die »richtige« Auswahl des Basisjahres seinen Standpunkt beweisen (**siehe Tabelle 3: »Stundenlohn in Euro«**).

### Verwirrungstaktik

Der Leser wird nun fragen, welches Basisjahr eigentlich das richtige ist. Leider lässt sich diese Frage nicht eindeutig beantworten. Es hängt davon ab, was un-

tersucht werden soll. Wollen die Unternehmer wissen, wie sich ihre Lage in letzter Zeit entwickelt hat, wird der Zehnjahresvergleich nicht gerade das richtige sein. Geht es um langfristige Entwicklungen, wird man mit den Steigerungsraten der letzten drei Jahre kaum das Auslangen finden.

Je nach Problemstellung wird man daher das Basisjahr sorgfältig wählen müssen. Derjenige, der mit einer solchen Statistik konfrontiert wird, sollte vor allem herauszufinden versuchen, warum gerade ein bestimmtes Ausgangsjahr gewählt wurde. Denn sehr groß ist die Versuchung für denjenigen, der eine besonders starke Steigerung nachweisen will, ein Ausgangsjahr mit einem besonders niedrigen Wert zu wählen und umgekehrt.

Dabei wird noch gern der Durchschnitt der Jahressteigerungsraten zusätz-

### »Der Konsument der Statistiken sollte auf der Hut sein und versuchen, sich dennoch ein richtiges Bild zu machen.«

lich angeführt. Das kann (muss aber natürlich durchaus nicht immer) ebenfalls eine Verwirrungstaktik sein. Besonders dann, wenn die Steigerungsraten Jahr für Jahr ungefähr gleich groß sind, ist der Durchschnitt dieser Jahressteigerungsraten eine sehr aussagekräftige Zahl. Wenn aber Jahr für Jahr starke Schwankungen bei der jährlichen Steigerung festzustellen sind, dann kann man mit der Bildung eines mehrjährigen Durchschnittes und geschickter Wahl des Basisjahres sehr unterschiedliche Eindrücke erwecken (**siehe Tabelle 4: »Preissteigerungen in Prozenten [im Land A]«**).

In diesem Fall sind die Preise in den Jahren 2000 bis 2004 im Jahresdurchschnitt um 3,4 Prozent gestiegen (zur Be-

rechnungsmethode siehe die folgenden Ausführungen). Nimmt man allerdings das Jahr 1999 mit seiner starken Preissteigerung dazu, ergibt sich für die Gesamtperiode eine durchschnittliche Jahressteigerungsrate von 4,0 Prozent.

In diesem Zusammenhang sei noch auf einen weiteren Fehler verwiesen, der gelegentlich vorkommt. Man kann nicht die durchschnittliche Jahressteigerungsrate für eine Periode dadurch ermitteln, dass man die Gesamtsteigerung durch die Zahl der Jahre dividiert. Das kann man recht anschaulich am Beispiel der Rasenmäherfabriken zeigen.

Die Firma B hat ihre Produktion 10 Jahre lang jedes Jahr um 10 Prozent gesteigert. Der gesamte Produktionsanstieg machte dann aber nicht  $10 \times 10 = 100$  Prozent aus, sondern 160 Prozent. Die Ursache dafür ist einfach zu erklären: Jahr für Jahr werden die 10 Prozent von einer höheren Produktion aus gerechnet. Die Steigerung in absoluten Zahlen nimmt daher Jahr für Jahr zu.

Wer also den Durchschnitt von Jahressteigerungsraten errechnen will, der muss feststellen, welche, Jahr für Jahr gleiche Steigerungsrate zum selben Endegebnis (wie die tatsächlich unterschiedlichen Jahressteigerungsraten) geführt hätte. Das macht man so, dass man das geometrische Mittel aus den einzelnen Jahressteigerungen errechnet. Das hört sich vielleicht recht schwierig an, ist aber mit einem Rechner (oder dem Rechenprogramm eines Computers), der eine Wurzelfunktion hat, gar nicht so schwer zu machen.

### Wurzelziehen

Genau wird zum Beispiel im Falle der eben angeführten Preissteigerungen folgendermaßen gerechnet: Man nimmt den Index der Gesamtsteigerung, dividiert durch 100, zieht die der Anzahl der Jahre entsprechende Wurzel und multipliziert das Ergebnis mit 100. Damit erhält man den Index der durchschnittlichen Jahressteigerung.

Zum konkreten Beispiel: Bei 18,2 Prozent Steigerung in den 5 Jahren 2000 bis 2004:

**118,2 dividiert durch 100 = 1,182**  
**Wurzel 5 von 1,182 = 1,034**  
**1,034 x 100 = 103,4**

## Wahlergebnisse zweier Betriebsratswahlen

Tabelle 5

	Wähler insgesamt	Liste A		Liste B		Liste C		Liste D	
		Wähler	Prozent	Wähler	Prozent	Wähler	Prozent	Wähler	Prozent
1. Wahl	1.000	650	65,0	325	32,5	15	1,5	10	1,0
2. Wahl	1.100	700	63,6	367	33,4	22	2,0	11	1,0

### Die durchschnittliche Jahressteigerungsrate ist demnach 3,4 Prozent.

Wenn jedoch die Steigerungsraten Jahr für Jahr nicht allzu stark schwanken, kann man einen halbwegs brauchbaren Näherungswert feststellen, indem man vorerst Jahr für Jahr die Steigerungsrate ermittelt und daraus den Durchschnitt (arithmetisches Mittel) errechnet. Für die Praxis wird dies oft genügen. Im obigen Beispiel mit den Preissteigerungen hätten sich – wie bei der mathematisch richtigen Berechnung – ebenfalls 3,4 Prozent (17,1 dividiert durch 5) ergeben. In den sechs Jahren 1999 bis 2004 ergeben sich allerdings bei der methodisch richtigen Berechnung 4,0 Prozent, der Näherungswert beträgt dagegen 4,1 Prozent.

### Zahlenspiele

Bei den Löhnen in den drei Fabriken ergeben sich folgende Näherungswerte für die durchschnittlichen Jahressteigerungsraten: Für die Jahre 1996 bis 2005 in der Fabrik F 4,6 Prozent, in der Fabrik G 3,5 Prozent und in der Fabrik K 4,1 Prozent. Für die Jahre 2000 bis 2005 war die durchschnittliche Jahressteigerungsrate in der Fabrik F 3,1 Prozent, in der Fabrik G 3,8 Prozent und in der Fabrik K 3,5 Prozent. Für die Jahre 2003 bis 2005 schließlich waren die durchschnittlichen jährlichen Lohnsteigerungsraten in der Fabrik F 2,7 Prozent, in der Fabrik G 3,3 Prozent und in der Fabrik K 3,4 Prozent. Diese Form des Vergleiches ist durchaus brauchbar.

Die Erfahrung zeigt, dass gerade bei der »richtigen« Wahl von Basisjahren die stärkste Tendenz besteht, gewünschte statistische Eindrücke zu vermitteln, die kein »wahres« Bild ergeben. Das sollte man immer bedenken, wenn man vorerst nicht weiß, warum ein bestimmtes Basisjahr für eine Zeitreihe gewählt wurde.

Zum Abschluss sei noch ein Beispiel angeführt, wie man mit verschiedenen statistischen Berechnungen aus ein und demselben Zahlenmaterial die unterschiedlichsten Erkenntnisse gewinnen kann. In einer Fabrik finden im Abstand von vier Jahren zwei Betriebsratswahlen statt. Die Belegschaft dieser Fabrik hat innerhalb dieser Zeit etwas zugenommen. Die Wahlergebnisse sehen folgendermaßen aus (siehe Tabelle 5: »Wahlergebnisse zweier Betriebswahlen«):

### Interpretation von Wahlergebnissen

Wie wird dieses Wahlergebnis nun von den Spitzenkandidaten der einzelnen Listen ausgelegt? Der Vertreter der Liste A erklärt: »Wir sind die Sieger dieser Wahl. Wir haben fünfzig Stimmen dazu gewonnen, mehr als irgendeine andere Liste.« Da hat er schon recht, allerdings ist sein Anteil an den Gesamtstimmen von 65,0 Prozent auf 63,6 Prozent (also um 1,4 Prozentpunkte) gesunken.

Der Vertreter der Liste B erklärt: »Wir sind die Sieger dieser Wahl. Unser Stimmenanteil ist von 32,5 auf 33,4 Prozent gestiegen, also um 0,9 Prozentpunkte. Mehr als bei irgendeiner anderen Liste.« Da hat er schon Recht, wenn aber bei jeder Wahl die Liste A mehr Wähler dazu gewinnt als die Liste B, wird die Liste B die Liste A nie einholen können.

Der Vertreter der Liste C erklärt: »Wir sind die Sieger dieser Wahl. Wir haben unsere Stimmenanzahl um 47 Prozent erhöht, mehr als irgendeine andere Liste. Unser Stimmenanteil ist von 1,5 Prozent auf 2 Prozent, also um 33⅓ Prozent gestiegen. Weit mehr als bei irgendeiner anderen Liste.« Recht hat auch er. Allerdings hat er bereits zwei Sünden begangen: Bei seiner ersten Behauptung verwendet er prozentuelle Steigerungen sehr niedriger Zahlen und im zweiten Fall gar Prozente von Prozenten.

### Lauter Sieger

Selbst der Spitzenkandidat der Liste D ist voll Zuversicht: »Wir haben unsere Stimmenzahl um 10 Prozent erhöht. Das ist sogar mehr als der Anstieg der mächtigen Liste A. Wenn wir so weiter machen, werden wir die Liste A irgendeinmal einholen.« Irgendeinmal vielleicht schon, aber in absehbarer Zeit sicher nicht. Denn hier ist der Abstand in den absoluten Zahlen zu überwältigend, als dass man mit so kleinen Unterschieden in der prozentuellen Steigerung etwas ausrichten könnte. Wer nun der eigentliche Sieger dieser Wahl ist? Ganz sicher kann man das nicht sagen, denn es hängt davon ab, was sich jede Gruppe vernünftigerweise als Wahlziel setzt. Wenn man davon ausgeht, dass jede Gruppe einen möglichst hohen Stimmenanteil haben will, dürfte immerhin das Ergebnis der Liste B einen gewissen Fortschritt darstellen. Allerdings verfügt die Liste A noch immer über eine solide Mehrheit und wird deshalb die Arbeit des Betriebsrates weiterhin dominieren.

## RESÜMEE

Ob es um Rasenmäher, Wachstumsraten oder Wahlergebnisse geht – sobald mit Prozenten gerechnet wird, fällt es dem geübten Statistiker oft nicht schwer, unabhängig von der tatsächlichen Entwicklung jene Eindrücke zu erwecken, die er erwecken will. Der Konsument der Statistiken sollte aber auf der Hut sein und versuchen, sich dennoch ein richtiges Bild zu machen. Denn bei den meisten Statistiken werden Prozente verwendet, es wird sogar die am häufigsten verwendete Rechnungsart sein. Das ist auch gut und vernünftig. Man sollte sich nur stets bewusst sein, welche Teufelchen in solchen Prozentrechnungen ihren Unfug treiben können.

**Kinder und Kommunikationselektronik:**

# Ohne es zu wollen, machen Eltern Kinder »dumm«

Es klingt paradox, aber führt man aktuelle Studienergebnisse zusammen, sind es gerade die Eltern, die aus einer Art »Kinderorientierung« heraus und vor allem mit der Absicht, ihre Kinder gegenüber anderen Kindern nicht zu benachteiligen, ihnen in Wirklichkeit nachhaltig schaden.

**E**ine Diplomarbeit an der WU hat sich gerade mit dem Thema »Jugend und Kommunikationselektronik« beschäftigt und sich dabei zum ersten Mal intensiver mit den elterlichen Motiven, ihre Kinder mit Kommunikationstechnik auszustatten, auseinandergesetzt.<sup>1)</sup>

Die empirischen Ergebnisse sind aufs Erste schon recht überraschend. Aber sie passen auch irgendwie dann doch ins Bild unserer postmodernen chaotischen Gesellschaft.

## Die Eltern

Es sind nämlich gar nicht so sehr die Kinder (bzw. das heute typische Einzelkind), die ihren Eltern mit Konsumwünschen auf die Nerven gehen und beharrlich (Stichwort: »pester power« – auf Deutsch etwa: Quengelmacht) ständig die neuesten technischen Kommunikationsgeräte (Notebook, Handy, Spielekonsolen, eigener Fernseher im Kinderzimmer, usw.) einfordern. Nein, die Eltern selbst sind es, die in einer Art von wohlbehütendem und vorausseilendem Gehorsam für ihre Kinder bzw. ihr Kind »nur das Beste« wollen. Maßstab sind dabei die »anderen Eltern«, welche die Meinung, die Einstellungen und das Verhalten der jeweiligen Eltern beeinflussen.

Man möchte, dass der eigene Nachwuchs alles das auch haben soll, was andere Eltern ihren Kindern geben oder andere Kinder besitzen. Den eigenen Fernseher im Kinderzimmer (rund die Hälfte der Kinder haben das), Notebook, Internetanschluss, Spielekonsole, MP3-Spieler und anderes mehr.

Im Regelfall orientiert man sich dabei an den Medienbildern von guten »Familien«, zum Beispiel aus dem Fernsehen, oder auch an Familien, die wirtschaftlich gesehen ein bisschen über einem selbst

rangieren. Dieses Orientierungsmuster »nach oben« wurde übrigens schon früh, in den Fünfzigerjahren, in den US-amerikanischen Sozialwissenschaften festgestellt.

## Medienkompetenz

Es wird für die Kinder angeschafft, aber das war es dann auch schon. Anschaffung und Besitz der Kinder zählen, also: Meine Kinder sollen es so gut haben wie die anderen auch. Was diese dann damit tun, ist nicht mehr so wichtig. Das Vermitteln eines richtigen Umgangs mit den Medien spielt keine große Rolle. Medienkompetenz wird zu Hause nicht geübt. Was das Kind mit seinen elektronischen Sachen macht, bleibt weitgehend ihm selbst überlassen.

Vermutlich kommen hier auch Zeitprobleme von Eltern mit ins Spiel, sozusagen: sie sollen einerseits haben, was die anderen auch haben (oder von dem man meint, dass sie das üblicherweise haben), und andererseits ist damit für eine gewisse Ruhe zuhause gesorgt. Fernsehen oder Computerspiele beschäftigen das Kind und verschaffen den vom Erwerbsalltag und dem Alltagsstress atemlosen Eltern Luft.

## Interessant: weniger Einkommen, mehr Kinderkonsum

Weniger Einkommen im Haushalt bedeutet nicht, dass die Kinder von wirtschaftlich schlechter gestellten Eltern

auch sparsamer mit Kommunikationsgeräten ausgestattet wären. Jedoch: Bei der Elektronik wird nicht gespart, wird in der Diplomarbeit empirisch festgestellt. Im Gegenteil: Kinder mit unterdurchschnittlichem Familieneinkommen sind mit Handy, Fernseher und MP3-Player sogar besser ausgestattet.

## Je geringer das Bildungsniveau der Eltern, desto mehr Elektronik für Kinder

Und – da ja das erzielte Erwerbseinkommen meist mit Bildung bzw. Ausbildung zusammenfällt – Kinder mit Eltern die ein geringeres Bildungsniveau haben, besitzen mehr an Kommunikationselektronik. Das Alter der Eltern oder der Umfang der Erwerbstätigkeit der Eltern bestimmen hingegen nicht das Ausmaß, in dem die Kinderzimmer mit Kommunikationselektronik vollgestopft werden.

## Merkwürdiges Resultat

Fast makaber ist, dass gerade Eltern der unterdurchschnittlichen Bildungsschichten ihre Kinder (ungewollt) verdummen. Je mehr Kommunikationselektronikkonsum nämlich die lieben Kleinen haben, desto schlechter sind die schulischen Leistungen und um so geringer ist das erreichte Bildungsniveau der Kinder, so das Ergebnis einer umfangreichen quantitativ orientierten Studie zum Medienkonsum, durchgeführt vom KFN (Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V.).<sup>2)</sup>

Diesen fatalen Zusammenhang zwischen Medienkonsum und Schulleistungen bestätigen auch andere Untersuchungen. »Unsere Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass Kinder, die einen eigenen Fernseher im Zimmer haben, deutlich

1) Claudia Wallner: Jugend und Kommunikationselektronik, Diplomarbeit Wirtschaftsuniversität Wien, März 2007  
ftp.wu-wien.ac.at/wuw/kollmann/diplomanden/DA%20Wallner.pdf

2) KFN: Medienkonsum, Schulleistungen und Gewalt  
kfn.de/medienkonsumschulleistungsgewalt.pdf

3) Gerald Jörns: »Analphabeten haben in der Wissensgesellschaft keine Chance«, Telepolis 1. 4. 2005,  
www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19731/1.html

schlechtere Lesekompetenzen und auch Rechtschreibleistungen aufweisen.« So Prof. Joachim Tiedemann von der Universität Hannover, Fachbereich Erziehungswissenschaften.<sup>3)</sup>

### Aggressionsfördernd und psychisch krank machend

Die erwähnte Studie des KFN belegt auch, dass ein hoher elektronischer Medienkonsum (und aggressive Medieninhalte, auch Computerspiele) zu einem höheren Aggressionsniveau bei Kindern und zu psychischen Dysfunktionen, etwa ADS (Attention Deficit Syndrom) führen.

In der Bildungs- und Familienpolitik spricht man über diese Dinge ungern, die frühere Bildungsministerin Gehringer hatte sich ja massiv für die Elektronisierung (Computer) der Kinder eingesetzt, ohne sich um die Folgen zu kümmern. Förderung von E-Learning, die alte Metapher von der Wissensgesellschaft und der Datenautobahn und die damit einhergehenden Exzellenz-Phantasien, scheinen

ungebrochen. Erstmals wagte die Psychotherapeutin Rotraud Perner anlässlich einer gerade laufenden Studie in Niederösterreich, die Tatsachen deutlicher anzusprechen:

Die Kinder sind gewalttätiger als früher, die Eltern kooperationsunwillig. Funktioniert was nicht, wird die Schuld auf die Lehrer gedreht. »Die Leute sind überfordert. Und sie wissen nicht, wie sie ihre Kinder erziehen sollen. Sie schwanken zwischen Brutalität und Laissez-faire.« »Elfjährige Mädchen kommen unten ohne in die Schule, da die Paris Hilton das auch so macht.«<sup>4)</sup>

### Kaputt gehen: Ein Viertel psychisch gestört

Wie eine renommierte Studie von Patrik Andlin-Sobocki et. al.: »Cost of disorders of the brain in Europe«<sup>5)</sup> zeigt, liegt der Anteil der Menschen mit psychischen Störungen in Mitteleuropa mittlerweile

4) Tageszeitung »Österreich« 30. 3. 2007, S 3, NÖ-Teil.

5) European Journal of Neurology, Volume 12, Supplement 1, June 2005.

bei 25 Prozent. An sich ein Skandal sondergleichen, aber das scheint nur wenige aufzuregen.

Der Anteil der psychisch beeinträchtigten Menschen wird mehr und mehr werden, wenn hier die Politik nichts tut.

Das Gegenrezept wäre einfach: Etwa eine Ganztageschule mit mehr sozialpädagogisch geschulten Kräften, die die Kinder vom Bildschirmkonsum fernhält und ihnen statt dessen mehr an sozialer, lebendiger, menschlicher Kompetenz beibringt, etwa Streitkultur, also streiten können und Streit beilegen. Und eine Schule, die auch kritischen selbstbestimmten Umgang mit den modernen Medien fördert.

**Medienkompetenz und ähnliche Dinge an die Eltern zurück zu verlagern ist falsch. Die Eltern sind offenbar nicht imstande dazu, ihren Kindern Medienkompetenz beizubringen. Auch weil sie selbst nicht allzu kompetent mit Medien umgehen gelernt haben.**

Karl Kollmann

AK-Wien, Abt. Konsumentenpolitik



**Allmende:** gemeinschaftliches Eigentum, das allen offen steht, wie zum Beispiel Straßen oder Fischbestände in Gewässern, ursprünglich: Grundeigentum im Besitz einer Dorfgemeinschaft. »Moderne Allmenden sehen zum Beispiel so aus: Trinkwasserversorgungsbetriebe, Gesundheitszentren, Schulen, Universitäten, Straßen, öffentlicher Verkehr, Schwimmbäder, Seniorenheime, Saatgutbörsen, Internet, Wald. Zum Teil gibt es sie noch, zum Teil können sie auch noch von allen unentgeltlich genutzt werden. Die Tendenz ist aber, dass sie nach den Regeln des freien Marktes organisiert werden ...« (Definition von Christian Felber »50 Vorschläge für eine gerechte Welt«, erschienen im Deuticke Verlag) (Seite 8)

**ambivalent:** (in sich) widersprüchlich (Seite 38)

**antizyklische Wirtschaftspolitik:** Wirtschaftspolitik, die durch gezielte Maßnahmen versucht, Konjunkturschwankungen so gering wie möglich zu halten. (Seite 31)

**Basisjahr:** bestimmtes festgelegtes Jahr, das – zum Beispiel bei der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts – als Bezugsgröße bzw. Vergleichsgrundlage dient. (Seite 40)

**Cash-Cow:** wörtlich: »Geld-Kuh«, Bezeichnung für Unternehmen mit hohen Liquiditätsreserven. (Seite 8)

**Europäischer Sozialfonds:** errichtet 1961, um die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In Österreich standen aus Mitteln des esf für den Zeitraum 2000–2006 insgesamt 761 Millionen Euro zur Verfügung. Diese flossen in die drei Programmziele (Ziel 1: Abbau regionaler wirtschaftlicher Ungleichheiten, Ziel 2: Förderung von Gebieten, die sich wirtschaftlich und sozial neu orientieren wollen, Ziel 3: Förderung von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche) sowie in die Gemeinschaftsinitiative Equal. [www.esf.at](http://www.esf.at) (Seite 31)

**Halone:** Kurzbezeichnung für Halogenkohlen(wasser)stoffe, das sind organische Verbindungen, in denen mindestens ein Wasserstoffatom durch ein schweres Halogen (in der Regel Brom, unter Umständen auch Jod) ersetzt ist (= halogenieren). Halone enthalten meistens neben Brom auch noch Fluor und/oder Chlor. Durch den Halogenanteil schädigen sie die Ozonschicht der Erde. Halone wurden im 20. Jahrhundert hauptsächlich in Feuerlöscheinrichtungen eingesetzt. Da sie die Ozonschicht angreifen, ist die Produktion von Halonen weltweit seit 1994 verboten. Für die Entwicklungsländer gilt eine längere Ausstiegsfrist. (Seite 22)

**IK-Techniken:** Informations- und Kommunikationstechniken (Seite 37)

**Keynes, John Maynard:** britischer Politiker und Nationalökonom (1883–1946), er vertrat die The-

se, dass wirtschaftliches Gleichgewicht mit Vollbeschäftigung eine Ausnahme ist und nicht von alleine erhalten bleibt. Konjunkturschwächen und hoher Arbeitslosigkeit sollte durch staatliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. (Seite 8)

**kooptieren:** jemanden durch Nachwahl in eine Körperschaft aufnehmen (Seite 18)

**Lachgas:** Distickstoffoxid, 1844 setzte Horace Wells als erster Zahnarzt Lachgas, dessen schmerzstillende Wirkung er von Jahrmärkten kannte, als Narkosemittel ein. Außerdem wird Lachgas unter anderem in der Automobilindustrie und in der Lebensmittelindustrie (zum Aufschäumen von Schlagobers) verwendet. Lachgas zählt zu den Treibhausgasen. (Seite 22)

**Laissez-faire:** Schlagwort des wirtschaftlichen Liberalismus, demzufolge sich die Wirtschaft ohne staatliche Eingriffe am besten entwickelt; Gewährenlassen, zum Beispiel in der Kindererziehung (auch: laissez-faire). (Seite 8)

**Lueger, Karl:** österreichischer Politiker (1844–1910), schuf 1891 die christlich-soziale Partei, seine Politik war geprägt von konservativen Ideen, Antisozialismus und Antisemitismus. Lueger vertrat vor allem die Interessen des Kleinbürgertums. Als Wiener Bürgermeister führte er die Gas- und Wasserversorgung sowie den Schul- und Spitalsbau in Gemeindeverwaltung. (Seite 8)

**Mantra:** kurze, formelhafte Wortfolge, die beim Meditieren immer wieder (singend, flüsternd oder im Geist) wiederholt wird. Im Hinduismus handelt es sich dabei manchmal auch nur um die Silbe Om (Aum). (Seite 13)

**Methan:** auch Sumpfgas oder Methylwasserstoff, farb- und geruchloses Gas, nach Kohlendioxid das bedeutendste vom Menschen freigesetzte Treibhausgas. Es entsteht vor allem beim Faulen organischer Stoffe (z. B. während des Verdauungsprozesses von Rindern), Hauptbestandteil von Erdgas. (Seite 22)

**MOEL:** Mittel- und osteuropäische Länder, gemeint sind damit im Prinzip jene Länder, die bei der Osterweiterung 2004 und 2007 der EU beigetreten sind: Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Polen, Slowenien, Kroatien; meist werden auch Rumänien und Bulgarien dazu gezählt. Manchmal werden mit dem Begriff MOEL-Staaten aber auch sämtliche Länder östlich der EU-Grenzen vor der Osterweiterung bezeichnet. (Seite 37)

**Mugabe, Robert Gabriel:** Staatspräsident von Simbabwe, geb. 1924, seit 1980 steht der diktatorisch regierende studierte Jurist an der Spitze des Staates. Im Rahmen seiner Landreform (zurück an die schwarze Bevölkerung) kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Toten

auf beiden Seiten. Als bekannt wurde, dass Mugabe auch den Mord an weißen Siedlern unterstützte, wurde ihm die Einreise in die EU verweigert. (Seite 33)

**Näherungswert:** angenähertes Ergebnis einer Rechnung. Näherungswerte werden häufig verwendet, wenn die exakte Berechnung sehr aufwändig ist oder nur eine bestimmte Genauigkeit benötigt wird, beispielsweise 3,14 für  $\pi$ . (Seite 42)

**Oligopol:** Form des Monopols, bei welcher der Markt von wenigen Großfirmen beherrscht wird. (Seite 11)

**Public Private Partnership (PPP):** Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatunternehmen zum Zweck der Mobilisierung privatwirtschaftlichen Kapitals und Fachwissens für die Erfüllung staatlicher Aufgaben, meist kombiniert mit einer Teil-Privatisierung öffentlicher Aufgaben (z. B. im Straßenbau). (Seite 10)

**Schwefelhexafluorid:** anorganische Verbindung, farb- und geruchloses, ungiftiges und unbrennbares Gas. Da es außerdem reaktionsträge ist, wird es unter anderem in der Industrie als Isolationsgas verwendet; stärkstes bekanntes Treibhausgas. (Seite 22)

**Stern, Nicholas:** britischer Ökonom (geb. 1946), 2000 bis 2003 Chefökonom der Weltbank, Berater der britischen Regierung in Wirtschaftsfragen. Im Oktober 2006 veröffentlichte er den Stern-Report, in dem er die wirtschaftlichen Folgen des weltweiten Klimawandels behandelte. Stern kam zu dem Schluss, dass der Klimawandel möglichst rasch gestoppt und die Forschungsausgaben für Technologien zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes verdoppelt werden müssten. (Seite 24)

**Tsvangirai, Morgan:** simbabwischer Politiker und ehemaliger Gewerkschaftsführer (geb. 1952), gilt als führender Oppositioneller der Bewegung für den Demokratischen Wandel (MDC) sowie als schärfster Kritiker von Robert Mugabe. (Seite 33)

**VCÖ:** Verkehrsclub Österreich, setzt sich seit seiner Gründung 1988 für eine sichere, ökologisch verträgliche und ökonomisch effiziente Mobilität ein. Besonders berücksichtigt dabei werden die schwächeren Verkehrsteilnehmer wie Kinder, Fußgänger und Radfahrer. (Seite 26)

**Weltklimarat:** Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) = Wissenschaftliche Sachverständigengruppe über Klimaveränderungen, gegründet 1988. Der IPCC betreibt selbst keine wissenschaftlichen Studien, sondern trägt die Ergebnisse von Studien aus verschiedenen Bereichen zusammen. (Seite 22)

Neuaufgabe

**OGB** VERLAG



Reihe: Ratgeber

# Reden und Überzeugen

Referieren, Diskutieren, Argumentieren und Verhandeln – in diesen Fertigkeiten haben wir uns täglich zu bewähren. Gleichwohl haben viele Probleme beim Reden in der Öffentlichkeit.

Das Buch bietet allgemein verständliche Anleitungen zum klaren und überzeugenden Formulieren, handfeste Hinweise für den Aufbau von verschiedenen Formen der Rede, Tipps zur Vorbereitung eines Referates, konkrete Ratschläge, wie man Redeängste abbauen kann und praktische Hinweise zum überzeugenden Diskutieren und richtigen Argumentieren. Ihre Reaktionsfähigkeit und Sicherheit in den verschiedensten Gesprächssituationen des Alltags wird erhöht, die Wirksamkeit Ihrer Worte verstärkt.

Ingrid Autengruber  
Werner Tusche

## Reden und Überzeugen

Rhetorik im Alltag

4. Auflage 2007

240 Seiten, € 19,80

ISBN: 978-3-7035-1278-0

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

### BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung  
oder direkt bei der ...

## Bestellung:

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)  
per Mail: [bestellung@oegbverlag.at](mailto:bestellung@oegbverlag.at) oder  
per Fax: 01/405 49 98-136

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung  
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136  
E-Mail: [fachbuchhandlung@oegbverlag.at](mailto:fachbuchhandlung@oegbverlag.at)

Ja, ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplar/e von **Reden und Überzeugen**

à € 19,80

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 5/07

# Wenn Opfer verlangt werden

Kritisches Denken setzt Kenntnis der ökonomischen Zusammenhänge und politischen Hintergründe voraus. In *Arbeit&Wirtschaft* analysieren Experten für Wirtschaft und Sozialpolitik die aktuellen Probleme und stellen die Hintergründe dar.

*Arbeit&Wirtschaft* wurde 1923 gegründet. Seither hat sich viel verändert. Viel von dem, was wir für längst überwunden hielten, kehrt zurück. Daher ist der Geist, in dem diese Zeitung gegründet wurde, heute wichtiger denn je. Diesem Geist ist sie treu geblieben. Ihr ästhetisches Erscheinungsbild ist neu.

... ist kritisches Denken gefragt.



## Arbeit & Wirtschaft

Bitte senden Sie diesen Kupon mit Kuvert  
oder auf Postkarte an die Redaktion  
**Arbeit&Wirtschaft,**  
Laurenzerberg 2, 1010 Wien, oder  
schicken Sie ein Fax an 01/534 44-595

**Bestellen Sie jetzt kostenlos ein Probeexemplar!**

Bitte senden Sie mir ohne weitere Verpflichtung kostenlos die nächste Ausgabe von *Arbeit&Wirtschaft*. Wir fragen anschließend an, ob Sie die Zeitung beziehen wollen. Weitere Werbezusendungen erfolgen nicht.

Vor- und Zuname:

Adresse:

Postleitzahl:

Unterschrift:

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW